



 DEN WANDEL MITGESTALTEN
- GLAUBEN WEITERTRAGEN

KATHOLISCHE MILITÄRSEELSORGE



- 2. Ökumenischer Kirchentag
- Ethische Bildung für Soldaten
- Bundeskanzler Schröder und die Bundeswehr
- Gedenken an Franz Kardinal Hengsbach
- Woche der Begegnung

EDITORIAL	3	KIRCHE UNTER SOLDATEN	
SEITE DES BUNDESVORSITZENDEN	4	Wallfahrer unter der Obhut des Katholischen Militärpfarramtes Veitshöchheim <i>von Rainer Zink</i>	52
SICHERHEIT UND FRIEDENSETHIK		Aktiver Soldat zum Diakon geweiht <i>von Heinrich Dorndorf</i>	53
Zur Proliferationsproblematik <i>von Werner Bös</i>	5	Nach der Arbeit fängt das Leben an!? <i>von Reinhard Kießner</i>	54
Politikergespräch in Berlin <i>von Paul Schulz</i>	11	Den Wandel mitgestalten Glauben weitertragen <i>von Bertram Bastian</i>	55
GESELLSCHAFT NAH UND FERN		Einladung FGKS e.V. zur Mitgliederversammlung	56
Ethische Bildung für Soldaten <i>von Helmut Jermer</i>	12	AUS BEREICHEN, STANDORTEN UND GKS	
Philosophie der Freiheit Politisches Denken bei Johannes Paul II. <i>von Bertram Bastian</i>	17	GKS-KREIS UNNA	
Systematische Menschenrechtsverletzungen im Ostkongo <i>von Klaus Liebetanz</i>	18	Updates für den Glauben	57
Reform des Sicherheitssektors im Kongo Interview mit General Jean-Paul Michel <i>von Klaus Liebetanz</i>	21	GKS-KREIS KÖLN	
BILD DES SOLDATEN		Ehe und Familie – Fernbeziehung gestalten	57
Allgemeine Wehrpflicht – ein Abgesang <i>von Helmut Jermer</i>	23	MILITÄRPFARRAMT BONN	
Argumente für die Allgemeine Wehrpflicht <i>von Helmut Jermer</i>	25	Wallfahrt zur Rosa Mystica	58
Aufruf des Vorstandes des Katholikenrates zur Strukturreform der Bundeswehr	26	Klausurtagung des Mitarbeiterkreises	58
RELIGION UND GESELLSCHAFT		GKS-KREIS NÖRVENICH	
„Damit ihr Hoffnung habt“ Eindrücke vom 2. ÖKT <i>von Klaus Liebetanz</i>	27	Gelungene Premiere	59
Bilder vom 2. ÖKT <i>von Friedrich Brockmeier</i>	30	KREISE KÖLN UND WAHN	
Katholische Soziallehre will mehr als nur Werte fordern	31	Fronleichnam in Köln	60
Mehr Religionsfreiheit fordern	31	AUSSERORDENTLICHE BUNDESKONFERENZ	
BLICK IN DIE GESCHICHTE		Neue Ordnung – eine zukunftsweisende Lösung <i>von Christoph Auer</i>	61
50 Jahre Bundeswehr: Gerhard Schröder – Der siebte Bundeskanzler und die Bundeswehr <i>von Dieter Kilian</i>	32	Vatikan Erklärung zur „Causa Mixa“	63
Motor und Reformen des Laienapostolates - auch in der „Kirche unter Soldaten“ zum 100. Geburtstag von Franz Kardinal Hengsbach <i>von Paul Schulz</i>	45	KURZ BERICHTET	10, 16, 20, 22, 44, 55, 60
		IMPRESSUM	64

Redaktionsschluss für

AUFTRAG 280

Freitag, 1. 10. 2010

editorial:



Liebe Leserschaft,

eine außerordentliche Bundeskonferenz hat im Juni in Fulda die neue Ordnung verabschiedet. Jetzt geht es daran, die Inhalte auszufüllen und sich während der Woche der Begegnung in Bensberg der spirituellen Arbeit zu widmen. Von der außerordentlichen Bundeskonferenz in Fulda berichtet der Vorsitzende der Antragskommission und legt in seinem Artikel dar, welche Form unsere GKS jetzt hat. Christoph Auer erläutert aus der Historie heraus, wie es zu FGKS e.V. und GKS e.V. kam.

Einen vorgesehenen Artikel über den Islam in Deutschland konnte ich leider in dieser Ausgabe nicht veröffentlichen, da durch einen größeren Datenverlust die Quelldateien verloren gingen. Somit ist dieser Artikel für die Ausgabe 280 vorgesehen. Unser neues Redaktionsmitglied Oberstlt a.D. Rainer Zink schreibt als ersten Bericht von ihm im AUFTRAG seine Erlebnisse während der Soldatenwallfahrt Lourdes.

In dieser Ausgabe wendet sich Helmut Jermer der Wehrpflicht und dem Lebenskundlichen Unterricht zu. Helmut Jermer ist langjähriges Mitglied im Sachausschuss „Innere Führung“ und leitete diesen auch vertretungsweise. Da die

Bundeswehr sich einer größeren Strukturreform gegenüber sieht, ist das Thema „Wehrpflicht“ wieder im Blickfeld der politischen Parteien. Die Seminare des Lebenskundlichen Unterrichtes laufen an und haben zumindest was den Standort Bonn angeht eine hohe Akzeptanz gefunden. Es wäre interessant, die Meinung – nicht nur zum Artikel von Helmut Jermer – sondern auch zu der Durchführung der Seminare außerhalb zu erfahren.

Eine ganz andere Geschichte spielt sich im Innersten von Afrika ab. 2006 wurden Soldaten der Bundeswehr eingesetzt, um die Wahlen in der Demokratischen Republik Kongo abzusichern. Dieser Auftrag wurde „abgearbeitet“ und seitdem ist der Kongo im wahrsten Sinne „aus dem Auge – aus dem Sinn“. Klaus Liebetanz, der im Auftrag des Auswärtigen Amtes Hilfsprojekte überprüft, schreibt in seinem Artikel über die gravierenden Menschenrechtsverletzungen, die dort systematisch betrieben werden. Da er die Gelegenheit hatte, bei einer Konferenz in Berlin den Leiter der europäischen Mission zu befragen, fertigte er im Auftrag der Redaktion ein Interview an. Dort zeigt sich, dass die Lage in Afrika nur mit großem Optimismus angegangen werden kann, aber auch, dass die Politik auf ihre Versprechen aufmerksam gemacht werden muss, damit Afrika die Wertschätzung erhält, die es verdient.

Mit herzlichen Grüßen aus Bonn

Ordnung muss sein! – Muss Ordnung sein?

Die Gemeinschaft katholischer Soldaten hat eine neue Ordnung! Nach längerem Anlauf konnte die neue Ordnung am 12. Juni 2010 im Fuldaer Bonifatiushaus beschlossen werden. Dieser außerordentlichen Bundeskonferenz ging eine intensive Vorbereitung voraus, die sich letztlich als Schlüssel zum Erfolg herausgestellt hat. Nur durch diese Vorbereitung, bei der alle, die Interesse an der GKS haben, eingebunden werden konnten, ist es jetzt gelungen eine Ordnung für die aktuellen Aufgaben zu beschließen. Sicher, es mussten Kompromisse bei einigen Punkten gemacht werden. Die Zusammensetzung der Gremien hat sich entwickelt, sie sind angewachsen, um allen Ebenen Vertretungsmöglichkeiten einzuräumen. Es gibt eine strukturierte Mitgliedschaft, die Voraussetzung für das aktive Mitgestalten ist. Einen Mitgliedsbeitrag hingegen gibt es weiterhin nicht, auch wenn die Entscheidung denkbar knapp ausgefallen ist.

Wir haben auf dem Weg zu dieser Ordnung dokumentiert, dass eine ganzheitliche GKS aus vielen Elementen besteht. Dabei sind nicht nur die Gremien unterschiedlich, bedingt durch die regionalen Unterschiede prägt sich die Gemeinschaft auch in verschiedenen Formen aus, allerdings in gemeinsamer Identität. Diese Tatsache stimmt mich zuversichtlich für die Zukunft der Gemeinschaft.

Diese Zukunft der GKS hat bereits begonnen und es ist jetzt an uns allen, den gesetzten Rahmen mit Leben zu füllen. Ich sehe zahlreiche konstruktive Ansätze in einer Zeit, in der der Katholischen Kirche der Wind entgegenweht. Die allgemeinen Rahmenbedingungen für die Kirche allgemein und die Militärseelsorge insbesondere werden nicht einfacher, für diese Erkenntnis braucht man keine prophetischen

Fähigkeiten. Die Streitkräfte entwickeln sich rasant weiter und die existenziellen Herausforderungen für die Soldaten im Einsatz und ihre Familien werden bleiben. Damit bleibt auch die Aufgabe der GKS zur Begleitung in diesen Herausforderungen bestehen. Auf diese und andere Aufgaben können wir uns jetzt voll einlassen, hier finden sich mehr als genügend Betätigungsfelder. Und um den Titel aufzugreifen: Eine Ordnung, die diese Aufgaben unter den aktuellen Rahmenbedingungen ermöglicht, die musste sein!

Mir war von Anfang an wichtig, die Debatten um eine erneuerte Ordnung im Geiste einer christlich geprägten Gemeinschaft zu führen, alles andere wäre Selbstverleugnung gewesen. Dies ist in Fulda gelungen, die Stimmung unter der Delegierten kann durchgehend als brüderlich bezeichnet werden – leider nicht geschwisterlich, weil nur „Brüder“ und keine „Schwestern“ als Delegierte anwesend waren.

So hat die GKS nach dem „Leitershofener Programm“ jetzt eine „Fuldaer Ordnung“. Bei der „Bensberger Bundeskonferenz“ wird die Ordnung erstmals im großen Rahmen der Bundeskonferenz belastet. Ich bin sicher, dass sie diese Bewährungsprobe bestehen wird. Diese Bundeskonferenz wird im Rahmen der 50. „Woche der Begegnung“ stattfinden, ein runder Geburtstag so zu sagen und damit auch ein Grund zum Feiern. Dies wollen wir gemeinsam mit dem Katholikenrat in einem angemessenen Festakt auch tun. Und nach dem Feiern wird gearbeitet, auf Basis des „Leitershofener Programms“, im Rahmen der „Fuldaer Ordnung“.



*Rüdiger Attermeyer
Bundesvorsitzender*

Entwicklungen bei der Weiterverbreitung von nuklearer (Waffen-)Technologien

(14.gekürzte Fortschreibung – April 2010 bis Juni 2010)

VON WERNER BÖS

Die Redaktion wird letztmalig über das Monitoring der Proliferationsproblematik des Sachausschusses „Sicherheit und Frieden“ berichten. Wie gewohnt, verzichten wir auf die detaillierte Wiedergabe der chronologischen Ereignisse und werden uns auf die Bewertungen des Autors stützen. An der chronologischen Entwicklung interessierte Leser könne diese bei der Redaktion AUFTRAG per e-mail abrufen (redaktion-auftrag@kath-soldaten.de).

Iran

Nach monatelangem Tauziehen hatte der Iran im Streit über sein Atomprogramm Mitte Mai scheinbar eingelenkt; aber nicht etwa gegenüber den Vetomächten des Sicherheitsrates. Sondern die „neuen Mittelmächte“ Brasilien und die Türkei, die ihr gewachsenes diplomatisches Gewicht in die Wagschale warfen, erreichten mit der Regierung in Teheran einen Kompromiss zum Austausch von Uran für einen Forschungsreaktor. Demnach sollte der Iran schwach angereichertes Uran in die Türkei bringen und im Gegenzug binnen Jahresfrist Brennstäbe für den Atom-Forschungsreaktor erhalten. Zuvor hatte der Iran in den Verhandlungen darauf bestanden, dass ein Austausch nur auf iranischem Boden stattfinden könne. Das Abkommen sieht die Urananreicherung für den Forschungsreaktor des Iran im Ausland vor, z.B. in Russland und Frankreich. Es ist eine Variante eines im Oktober 2009 ausgehandelten Vorschlages der Internationalen Atomenergiebehörde. Es hatte ein erster vertrauensbildender Schritt sein sollen, war aber damals nach einigem Hin und Her von Iran abgelehnt worden, Hardliner hatten das ausgehandelte Abkommen verhindert. Inzwischen hat Teheran nicht nur selbst damit begonnen, Uran höher anzureichern, sondern verfügt auch ohne die 1200 Kilogramm, die in die Türkei verbracht werden sollen, über genug niedrig angereichertes Uran zum Bau einer Bombe. Genau das aber hatte die internationale Gemeinschaft verhindern wollen. Auch betrifft die Übereinkunft nicht den eigentlichen Stein des Anstoßes im Atomstreit, die An-

reicherung von Uran, deren Aussetzung der UN-Sicherheitsrat in einer Resolution verlangt. Die Vereinbarung stieß entsprechend international auf Skepsis, da der Iran sein laufendes Urananreicherungs-Programm nicht einstellen will. Es wird vermutet, dass der Iran auf diesem Wege in letzter Minute die drohende vierte Runde des UN-Sicherheitsrates mit verschärften UN-Sanktionen unterlaufen wollte. Zudem ist die Hauptsorge der internationalen Gemeinschaft nicht das Uran für den Forschungsreaktor, sondern das Atomprogramm selbst. Seit vielen Monaten hat der Iran dabei versagt, die Bedenken gegen seine Absichten des vermuteten Atomwaffenbaus auszuräumen. Trotzdem, die iranische Regierung sieht in der Vereinbarung einen Erfolg in ihrem Bemühen, eine internationale Isolierung zu vermeiden. Für Ahmadinedschad symbolisiert sie in seiner Weltordnung den „Triumph des globalen Südens“ über die Hegemonie der „tyrannischen Mächte der Vergangenheit“ des Nordens. Das Abkommen mit dem brasilianischen Präsidenten Lula und dem türkischen Regierungschef Erdogan ist nach Präsident Ahmadinedschad ein Indiz, dass Staaten mittlerer Größe in der Lage seien, internationalen Streit aus eigenen Kräften mit diplomatischen Mitteln zu lösen, statt sich wie seit Jahr und Tag ans Gängelband der atomaren Großmächte nehmen zu lassen. Und kündigte prompt den Bau einer weiteren Urananreicherungsanlage für März 2011 an.

Ist da trotzdem ein Hoffnungsschimmer aus Teheran zu sehen? Die jahrelangen bitteren Erfahrungen im Umgang mit dem fanatischen Mullah-

Regime haben jeden Optimismus der internationalen Staatengemeinschaft gedämpft. Der Iran steht und stand für das Gegenteil internationaler Verlässlichkeit. Zu oft hat er die Staatengemeinschaft düpirt: durch hasserfüllten und gewaltbereiten Antisemitismus und ernst zu nehmenden Atom-Drohungen gegenüber Israel. Durch einen Umgang mit der Opposition, der jede Form von legitimem Widerstand wegprügelt und deren Repräsentanten das Regime nach Schauprozessen im Gefängnis auf Nimmerwiedersehen verschwinden lässt. Eine solche Tyrannen-Clique besinnt sich nicht quasi über Nacht grundlegend neu und verabschiedet sich von allen bisher unumstößlichen Optionen. Dass die Internationale Gemeinschaft vor diesem Hintergrund zurückhaltend reagiert ist mehr als gerechtfertigt. Schon zu oft hat Teheran taktiert und Katz und Maus gespielt.

Die USA legten dem Weltsicherheitsrat dann auch unbeeindruckt nach der türkisch-brasilianisch-iranischen Vereinbarung Mitte Mai einen Resolutionsentwurf für härtere Sanktionen gegen Iran vor. Zuvor hatte Washington nach monatelangem Ringen die Zustimmung Chinas, Russlands und der anderen Veto-Mächte sowie Deutschlands erhalten. Dabei hatte Peking die von den USA angestrebten Strafmaßnahmen gegen die iranische Zentralbank und im Energiesektor verhindert. So blieb ein Entwurf übrig, dessen Hauptzweck darin liegt, Einigkeit gegenüber Teheran zu demonstrieren. Er sah vor: Strengere Importverbote für konventionelle Waffen, schärfere Frachtgutkontrollen und das Einfrieren von Gutha-

ben der Revolutionsgarden. Um die Geschlossenheit zu erhalten, hatten die westlichen Staaten von weiteren Forderungen Abstand genommen. Immerhin: Unter dem Druck der absehbaren UN-Sanktionen schien durch die brasilianisch-türkische Initiative eine letzte Dialogmöglichkeit erhalten zu bleiben. Zwei Punkte mussten geklärt werden: Dass Teheran nicht Teile seines Atomprogramms der internationalen Kontrolle entzieht. Und es musste klar sein, dass die umfassenden Überwachungs-Kompetenzen der Internationalen Atomenergiebehörde nicht ausgebremst werden können. Und daran blieben nagende Zweifel.

Die USA wollten die Daumenschrauben kräftig anziehen: Washington plante, durch neue Finanz- und Rüstungssanktionen des UN-Sicherheitsrates dem Regime in Teheran empfindliche Schmerzen zuzufügen. Der Iran gab sich offiziell unbeeindruckt: Die USA und ihre Partner würden mit einer neuen Resolution nichts erreichen. Im Gegenteil, sollte der UN-Sicherheitsrat eine vierte Resolution mit Sanktionen verabschieden, wollte Iran das Abkommen mit Brasilien und der Türkei für null und nichtig erklären. Das war freilich das wahrscheinlichste Szenario, denn weder die westlichen Mitglieder des Rates noch Russland und China würden sich von Brasilien und der Türkei, derzeit zwei von zehn nichtständigen Mitgliedern im Rat, die Agenda des Sicherheitsrates diktieren lassen.

Hinter den USA standen die vier ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates: Russland, China, Frankreich und Großbritannien. Auch Deutschland, das dem Sicherheitsrat nicht angehört, unterstützte die neuen Strafen. Besonders das Ja aus Peking und Moskau brachte Dynamik in die US-Pläne; lange sträubten sich beide Vetomächte gegen neue Iran-Sanktionen. Das Ziel der internationalen Bemühungen: Der Iran soll die umstrittenen Elemente seines Atomprogramms wie die Anreicherung von Uran endlich aufgeben. Insbesondere die westlichen Staaten werfen Iran vor, den Besitz von Atomwaffen anzustreben.

Bis Mitte Juni sollte der Entwurf mit neuen Sanktionen gegen Teheran verabschiedet werden. Zur Annahme sind neun der 15 Stimmen im Rat not-

wendig; ein Veto war ausgeschlossen, da sich die ständigen Ratsmitglieder in monatelangen Verhandlungen auf den am Tag nach der Teheraner Vereinbarung von Washington eingebrachten Entwurf geeinigt hatten. Neben Brasilien und Türkei waren der Libanon und Gabun gegen weitere Sanktionen. Nigeria und Uganda dürften am Ende mit den „ständigen Fünf“ stimmen, so wurde es erwartet. Die Zustimmung Bosnien-Herzegowinas, Japans, Österreichs und auch Mexikos – allein schon aus Rivalität zu Brasilien – galt als gesichert. Doch selbst nur vier Gegenstimmen oder Enthaltungen würden die Resolution schwächen; die vorherigen drei Sanktionsresolutionen gegen Iran, die letzte vom März 2008, wurden einstimmig verabschiedet.

Dabei hatten die drei westlichen Vetomächte und Deutschland, das als informeller Partner an den internationalen Iran-Beratungen beteiligt ist, gegenüber China und Russland schon im Laufe der seit Januar währenden zähen Verhandlungen umfangreiche Zugeständnisse gemacht. Auf Drängen Pekings waren weder Erdölexporterlöse noch Benzinimporte Irans von den angedrohten Strafmaßnahmen betroffen. Moskau hatte sich zusichern lassen, dass seine Waffengeschäfte mit Teheran nicht beeinträchtigt werden. Das hieß unter anderem, dass die seit langem von Moskau geplante und von Washington bisher abgelehnte Lieferung von S-300-Raketen erfolgen konnte. Das Flugabwehrsystem könnte auch gegen amerikanische und israelische Jagdbomber eingesetzt werden, was zumal das Unbehagen der israelischen Regierung über die mögliche Aufrüstung Irans weiter verstärkte. Offenbar als weiteres Zugeständnis an Moskau hatte Washington bilaterale Sanktionen gegen vier russische Unternehmen aufgehoben, die wegen illegaler Waffengeschäfte mit Iran und Syrien seit 1999 bestanden hatten.

Der am 09. Juni 2010 schließlich vom UN-Sicherheitsrat mit Mehrheit verabschiedeten neuen Sanktions-Resolution gegen den Iran stimmten 12 der 15 Mitgliedsländer zu. Brasilien und die Türkei lehnten sie ab, der Libanon enthielt sich der Stimme. Die ständigen Ratsmitglieder USA,

Frankreich und Russland hatten zuvor die als Kompromissvorschlag gedachte Vereinbarung Teherans, Ankaras und Brasílias zum Umtausch iranischen Spaltmaterials in Brennelemente abgelehnt. Verärgert zeigten sich die Regierungen darüber, dass in dieser Vereinbarung dem Iran ein Recht auf Urananreicherung zugebilligt wurde, obwohl der UN-Sicherheitsrat deren Suspendierung seit vier Jahren fordert und der Iran sogar angekündigt hat, weiterhin Uran sogar höher anzureichern.

Die Sanktionen richten sich vor allem gegen die iranischen Revolutionsgarden, eine der Säulen des Systems, und gegen Rüstungs- und Atomindustrie des islamischen Landes. Sie beinhalten unter anderem ein Reiseverbot für Mitglieder der paramilitärischen Garde und deren Angestellte. Hinzu kommen Kontensperrungen und Handelsbeschränkungen. Künftig dürfen Panzer, Kampfhubschrauber, Kriegsschiffe und Raketensysteme nicht mehr an den Iran verkauft werden. Die neuen Sanktionen werden ebenso wie die bisherigen, seit 2006 gegen das Land verhängten Strafen, völkerrechtlich verbindlich sein. Das bedeutet, dass Schiffe mit Frachtgut für den Iran gestoppt und auf geschmuggelte Waffen und Waffentechnologien durchsucht werden dürfen.

Die Entscheidung ist ein Befreiungsschlag für die USA und die EU-Staaten. Mehrmals war eine Abstimmung im Sicherheitsrat verschoben worden, weil vor allem China und lange auch Russland die Zustimmung verweigerten. In den drei Anhängen, über deren Inhalt die ständigen Ratsmitglieder bis zuletzt verhandelt hatten, werden die Namen und Adressen von 40 Firmen und Forschungseinrichtungen genannt, deren Auslandskonten eingefroren und deren Investitionstätigkeit im Ausland unterbunden werden. 15 der genannten Unternehmen gehören den iranischen Revolutionsgarden, die nach Überzeugung westlicher Dienste das iranische Nuklearprogramm zu guten Teilen kontrollieren und vorantreiben. Zudem werden in der neuen Resolution die Reisebeschränkungen von 40 schon in früheren Resolutionen genannten Mitarbeitern iranischer Atomeinrichtungen verschärft. Zusätzlich wurde

der Leiter des Nukleartechnik-Zentrums in Isfahan auf die Liste gesetzt. Nur die iranische First East Export Bank wird namentlich von den Sanktionen erfasst, weil China und Russland aus Sorge vor weiteren wirtschaftlichen Schwierigkeiten für die iranische Zivilbevölkerung die Bestrafung sonstiger Banken abgelehnt hatten. So wurde hinsichtlich der Teheraner Zentralbank nur die Formulierung aufgenommen, bei Transaktionen mit ihr „Vorsicht walten zu lassen“. Insgesamt ist die Liste der Personen, Unternehmen und Gruppen, die von Reisebeschränkungen, Handelsverboten und Finanzsanktionen betroffen sind, in der neuen Resolution etwa doppelt so lang wie in der vorherigen. Vor allem China, das sich einer neuen Sanktionsrunde lange grundsätzlich verweigert hatte, verhinderte die Aufnahme etlicher Firmen. Peking argumentierte, die iranische Bevölkerung dürfe durch die Strafmaßnahmen nicht leiden.

Die westlichen Ratsmächte legten Wert darauf, dass das Waffenembargo gegen Iran verschärft und etwa auf Panzer, gepanzerte Fahrzeuge, großkalibrige Artillerie, Kampfflugzeuge und Kampfhubschrauber, Kriegsschiffe und Raketenabwehrsysteme ausgedehnt wurde. Ein umfassendes Embargo, etwa auch für leichte Waffen und Munition, gibt es aber nicht. Bestimmte Finanzaktionen der Revolutionsgarden sowie iranischer Banken im Ausland und iranische Investitionen in den Uranabbau in aller Welt sollen unterbunden werden. Es sind auch keine allumfassenden Finanzsanktionen und Investitionsblockaden vorgesehen. Schiffstransporte sollen kontrolliert werden, wenn der Verdacht auf illegale Aus- und Einfuhr von Nuklear- und Raketentechnik besteht. Aber solche Kontrollen sind für die UN-Mitgliedstaaten nicht verpflichtend und sollen nur mit Zustimmung des Staates erfolgen, unter dessen Flagge der Frachter fährt.

Aber trotz der Einschränkungen und der Zugeständnisse an Moskau und Peking bedeuten die neuen Strafmaßnahmen gegen Teheran eine „substantielle Schraubendrehung“. Obwohl trotz gegenteiliger Darstellung westlicher Regierungen nun keine Rede davon sein kann, dass die Re-

solution den Revolutionsgarden wirtschaftlich „die Luft abschnüre“. Ob die neuen Sanktionen „Zähne haben“ und auf das Regime den erwünschten „lähmenden Effekt“ ausüben werden, ist unsicher. Allerdings, die Erfahrungen mit den bisherigen drei Sanktionsrunden, die ebenfalls jeweils als substantiell angepriesen worden waren, sind nicht gut. Es gibt kontroverse Stimmen, die die weitere Verschärfung der Sanktionen für wenig aussichtsreich halten. Sie plädieren stattdessen dafür, das Interesse Irans an regionaler Stabilität aufzugreifen. Zudem sollte die US-Regierung die diplomatischen Beziehungen mit Teheran wieder aufnehmen und glaubwürdig versichern, dass die Vereinigten Staaten keine militärischen Aktionen gegen iranische Nuklearanlagen planen und keinen gewaltsamen Wechsel des Regimes in Teheran beabsichtigen.

Die UNO verbindet die schärferen Sanktionen mit einem Gesprächsangebot. Im Anhang IV der Resolution wird das umfassende Gesprächs- und Kooperationsangebot der fünf Vetomächte und Deutschlands an Teheran vom 14. Juni 2008 wiederholt. Unter der Voraussetzung, dass Iran den Auflagen der IAEA in Wien und des UN-Sicherheitsrates folgt, wird dem Land politische, wirtschaftliche und technische Unterstützung seitens der internationalen Gemeinschaft zugesagt.

Die UNO-Atomaufsicht IAEA soll nach 90 Tagen prüfen, ob der Iran Urananreicherung und atomare Wiederaufbereitung beendet hat. Bisher zeigte Präsident Ahmadinedschad die entgegengesetzten Tendenzen und warnte früh, dass Teheran im Falle neuer Sanktionen die Gespräche über sein Atomprogramm abbrechen und sein Atomprogramm unvermindert fortführen werde. „Egal wie viele Resolutionen noch kommen, wir werden unsere Urananreicherung fortsetzen.“

Angesichts des begrenzten Spielraums im Sicherheitsrat haben die USA und die EU den Druck auf den Iran durch eigene, weitergehende Wirtschaftssanktionen verschärft. Dabei wird auch Deutschland eine wichtige Rolle zufallen, das zu Irans wichtigsten Handelspartnern im Westen zählt. Allein im ersten Quartal 2010

exportierten deutsche Unternehmen Waren für 920 Millionen Euro in den Iran. Irans Exporte nach Deutschland verdoppelten sich derweil auf knapp 160 Millionen Euro.

Vor dem Jahrestag der umstrittenen Wiederwahl des iranischen Präsidenten am 12. Juni stand die Opposition unter wachsendem Druck. Im Parlament hatte die Mehrheit von 175 Abgeordneten gefordert, die führenden Regimegegner Mir Hussein Mussawi und Mehdi Karrubi vor Gericht zu stellen. Der Chef der Justiz Sadeq Laridschani allerdings bewertete den Brief der Abgeordneten als Einmischung in die Tätigkeit der Justiz. Ein Sprecher der Revolutionsgarden nannte es schließlich sogar geschickt, die Angeschuldigten derzeit nicht zu verhaften, denn auf diese Weise gingen sie dem politischen Tod entgegen, während sie im Gefängnis zu Märtyrern würden. Die Stimmungsmache gegen die Opposition verstärkte sich im Mai, nachdem Mussawi gegen die Hinrichtung von fünf angeblichen Terroristen protestiert hatte. Regimenahe Kreise drohten damit, dass noch weitere bisher nicht bestätigte Todesurteile vollstreckt würden. Zu Beginn des Monats Juni, eine Woche vor dem ersten Jahrestag der umstrittenen Präsidentenwahl, richteten Irans Revolutionsführer Ali Chamenei und Präsident Mahmud Ahmadinedschad scharfe Warnungen an die Opposition. Bei einer Gedenkfeier zum 21. Todestag von Staatsgründer Ayatollah Chomeini warf Chamenei der grünen Bewegung vor, die Ideale der Islamischen Politik mit Füßen zu treten und drohte erstmals selbst den Oppositionsführern mit der Todesstrafe. Zu der Jubelfeier hat die iranische Führung zwei Millionen Menschen aus dem ganzen Land zusammengeholt. Hunderttausende der mobilisierten Basidsch-Milizen wurden bis zum Jahrestag der Präsidentenwahl in Teheran belassen, um jeden Versuch der grünen Bewegung zu unterdrücken, am 12. Juni erneut gegen Ahmadinedschad zu demonstrieren.

Terror und Einschüchterung werden meist nur dann sichtbar, wenn sie sich gegen bekannte Regimegegner richten, seien es ehemalige Mitglieder der Staatsführung und Regierung oder Studentenfürher und bedeutende Kul-

turschaffende usw. Doch sie dauerten auch ungesehen an. Unfaire Prozesse und harte Strafen sollten die Opposition vor dem Jahrestag in Furcht versetzen und mundtot machen. Sowohl Mussawi als auch Karrubi hatten für den 12. Juni zu gewaltlosen Protesten aufgerufen. Mussawi betonte dabei, er wolle nicht den Sturz des islamischen Systems, sondern dessen Reformierung.

Die letzten großen Demonstrationen der Opposition wurden am Revolutionstag, dem 11. Februar 2010, durch höchste Präsenz der Regime-Kräfte erstickt, die Demonstrationsorte abgeriegelt. Zum Jahrestag der umstrittenen Präsidentenwahl ergänzte das Regime dieses Vorgehen noch um eine neue Variante: Im Vorfeld wurden 91 sogenannte „Verdächtige“ festgenommen und so die Opposition großer Teile ihrer Führungskräfte beraubt. Schließlich wurden die geplanten Großkundgebungen aus Furcht vor Repressalien von den Oppositionsführern abgesagt. Dadurch kam es lediglich zu vereinzelt Zusammenstößen mit den übermächtigen Sicherheitskräften. Der Präsident und seine ultrakonservativen Gefolgsleute haben das Land fester im Griff denn je. Doch trotz aller Repressalien: Die Opposition hat Rückhalt in der Bevölkerung und lebt.

Nordkorea

Bei dem Besuch in China Anfang Mai 2010, der ersten Auslandsreise nach seinem Schlaganfall, zeigt sich ein schwacher nordkoreanischer Staatschef nach langer Zeit wieder in der Öffentlichkeit. Der Besuch beim chinesischen Präsidenten Hu Jin-tao hat erstmals öffentlich gezeigt, wie sehr der nordkoreanische Machthaber durch seinen Schlaganfall im Jahr 2008 gezeichnet ist. Die beiden Endsechziger schüttelten sich vor einem roten Vorhang in der Großen Halle des Volkes in Peking die Hand und wirkten dabei als trenne sie vom Alter her eine halbe Generation. Kim trug wie immer seinen charakteristischen beigefarbenen Blouson, doch sein Haar ist schütter geworden, ein Arm hängt schlaff herab und er hinkt – typische Symptome bei Schlaganfallpatienten.

Vor allem aufgrund des Gesundheitszustandes von Kim hat man den

Besuch als „inoffiziell“ bezeichnet. Damit ersparte man dem 68-jährigen anstrengende Begrüßungsparaden auf roten Teppichen. Kim besuchte Industrieparks in vier Städten Nordchinas und traf eine Handvoll chinesischer Spitzenpolitiker – neben Hu auch Ministerpräsident Wen Jia-bao. Kim fliegt nie und hält seine Reisen stets geheim. In der nordchinesischen Hafenstadt Dalian etwa musste das Hotel Furama den gesamten Gebäudeflügel, in dem der Diktator mit seiner Delegation abstieg, mit weißen Planen zuhängen. Auch China hielt sich bis zuletzt an den Maulkorb. Erst als nach Beendigung des Besuches Kims gepanzerter Sonderzug wieder über die Grenze in sein verarmtes Land rollte, berichteten Chinas Staatsmedien, dass der Nordkoreaner im Land war.

Da hatte sich der Besuch aber ohnehin längst herumgesprochen: Fotografen hatten Kim vor dem Hotel in Dalian abgelichtet. Die amtliche Nachrichtenagentur Xinhua brachte zudem eine Nachricht über die derzeit ausgesetzten Gespräche über das nordkoreanische Atomprogramm: „Kim sagte, dass die Demokratische Volksrepublik Korea gemeinsam mit China daran arbeiten wird, vorteilhafte Bedingungen zu schaffen, um die Sechsergespräche wieder aufzunehmen.“ Darauf hatten vor allem die USA gewartet. Allerdings einen Termin nannte Xinhua nicht.

So bleibt es vorerst unklar, wie ernst es Kim ist. Vor sechs Monaten hat er bereits ein ähnliches Bekenntnis zu den Sechsergesprächen abgegeben. Chinas Sondergesandter für die nordkoreanische Halbinsel hatte im März die Hoffnung geäußert, die Sechsergespräche noch im ersten Halbjahr aufnehmen zu können. Ob es jetzt einen Deal gab, in dem China Kim weitere Hilfen für eine Rückkehr an den Verhandlungstisch versprach, bleibt unklar.

Beide Länder teilten ansonsten nur die üblichen Solidaritätsbekundungen mit. Chinas Staatssender CCTV zeigte neben dem offiziellen Treffen mit Hu auch Bilder von einem Abstecher Kims in den Nordosten Pekings, wo er mit dem Präsidenten einer Biotechfirma zu sehen war. Die nordkoreanischen Nachrichtenagentur KCNA und das Staatsfernsehen

berichteten ebenfalls über Kims Reise – zeigten aber keine Fotos. Die wenigen Fotos, die Nordkoreas Propagandaverantwortlichen seit dem Schlaganfall herausgaben, porträtierten den Diktator mit Sonnenbrille und nie aus nächster Nähe. Der Mangel an Information hatte 2008 zunächst zu Spekulationen geführt, Kim sei bereits tot.

Dass der ohnehin reiseunlustige Kim nun trotz seiner Krankheit nach China gekommen ist, zeigt wie verzweifelt er auf Pekings Hilfe angewiesen ist. Ein weiteres Ziel der Reise kann gewesen sein, zu demonstrieren, dass er alles im Griff hat. Kim soll sich in Peking zudem Unterstützung für die Machtübergabe an seinen 28-jährigen Sohn Kim Jong Un geholt haben. Doch es gab keinen Nachweis, dass der junge Kim zur Delegation seines Vaters gehörte.

China stützt Kim aus strategischem Eigeninteresse, aber zeigt sich seit Jahren zunehmend ungehalten über Kims unkalkulierbares Verhalten. Wirtschaftsreformen nach dem Muster Chinas lehnt Nordkorea strikt ab. Erst zum Jahreswechsel 2009/2010 scheiterte Kim mit einer Währungsreform, durch die viele Bürger ihre Ersparnisse verloren und die Preise für Lebensmittel unerschwinglich wurden. Die sogenannte Reform wurde zurückgenommen und der dafür zuständige Funktionär hingerichtet.

Nordkorea ist das einzige Land, das aus dem Atomwaffensperrvertrag ausgetreten ist und Nuklearbomben entwickelt hat. Seit 2003 versucht die internationale Gemeinschaft in den Sechsergesprächen mit den USA, Russland, China, Südkorea, Nordkorea und Japan das Land bisher vergeblich zur Aufgabe seines Atom-Programms zu bewegen. Je nach Lage in dem immer wieder unter Hungersnöten leidenden Land spielt der Diktator Kim Jong Il die Atombombe als diplomatische Waffe aus. Seit eineinhalb Jahren boykottiert er die Verhandlungen wieder einmal.

Die US-Administration von Präsident Obama hat nun wahrlich versucht, sich dem nordkoreanischen Regime auf diplomatischem Wege zu nähern. Hohe Washingtoner Emissäre, im vergangenen Jahr kein Geringerer als Ex-Präsident Bill Clinton, weilten im „Reich der Finsternis“

und boten den Dialog an. Washington wollte damit zweierlei erreichen: Das gefährliche Atomprogramm der stalinistischen Diktatur zumindest transparenter und kontrollierbarer zu machen und den internationalen Paria-Staat wieder in die Staatengemeinschaft einzubinden. Diktator Kim Jong Il aber wertete die diplomatische Offensive Obamas als Schwäche und schlug die gereichte Hand aus. Entspannung, so scheint es, kann das Regime nicht gebrauchen. Die Suggestion des ständigen Kriegszustandes dient als innenpolitische Machtkrücke der Herrschaftselite um den schwer kranken Staatschef.

Nordkorea betrachtet „die derzeitige Lage als Kriegsphase“. Ende März, so geht es aus der erdrückenden Beweislast eines internationalen Expertenteams hervor, hat ein nordkoreanisches U-Boot die südkoreanische Korvette „Cheonan“ nahe der innerkoreanischen Seegrenze im Gelben Meer mit einem Torpedoangriff versenkt. 46 Seeleute starben. Womöglich war dies eine Vergeltung für den südkoreanischen Beschuss eines Schiffes aus dem Norden im November 2009. Nordkorea weist jede Verantwortung für die Havarie des südkoreanischen Schiffes am 26. März zurück. Falls Südkorea nun seinerseits Vergeltung üben wolle, werde Nordkorea die Beziehungen komplett einfrieren und den Nichtangriffpakt beider Länder annullieren. Zuvor schon hatte das Regime in Pjöngjang für den Fall von Vergeltungsaktionen mit „harten Maßnahmen bis zum totalen Krieg“ gedroht.

Dieses Kriegsgeschrei im Frühsommer war wohl vor dem Hintergrund eines Machtwechsels in dem maroden Staat zu sehen, und es soll offenbar noch dem Willen Kims eine dynastische Erbfolge geben. Er selber wurde am 16. Februar 1941 in einem sowjetischen Ausbildungslager im Dorf Wjatskoje bei Cjabarowsk geboren, wo seine Eltern während des Zweiten Weltkriegs Zuflucht vor den Japanern suchten. Die offizielle nordkoreanische Propaganda aber verlegte seine Geburt zeitlich in das Jahr 1942 und örtlich auf den beiden koreanischen Bruderstaaten heiligen Berg Paektu. Der „Geliebte Führer“ hatte die Macht von seinem Vater, dem „Ewigen

Präsidenten“ Kim Il Sung, nach dessen Tod 1994 übernommen. Nun will er den allenthalben in Nordkorea gepflegten Personenkult um die Familie Kim weitervererben an den jüngsten seiner drei Söhne, den 28-jährigen Kim Jong Un. Das durchzusetzen, offenbar gegen große regimeinterne Widerstände, scheint sein letztes großes Ziel zu sein. Es fällt schwer, sich vorzustellen, dass das Militär die Geschicke des Landes in der Krise einem politisch unerfahrenen „Kind“ anvertrauen könnte.

Militärische Muskelspiele gelten als Rahmenwerk, um den keineswegs monolithischen Machtapparat in Pjöngjang zusammenschweißen. Nordkorea ist wieder auf dem Weg, zu einem sicherheitspolitischen Problem zu werden, und sein einziger Mentor China ist mehr als bisher als ehrlicher Makler gefragt. Doch China scheint ein kontrollierbarer „Hinterhof“ wichtiger zu sein, als eine global verantwortliche Haltung und die eigene Reputation.

Die Kühnheit und Rücksichtslosigkeit Pjöngjangs hat mit der Versenkung der „Cheonan“ eine neue Qualität erreicht. Er zeugt von der Gewissheit Nordkoreas, straffrei ausgehen zu können, und erinnert an den „Stabwechsel“ vom alten zum jungen Kim vor 16 Jahren, der ebenfalls von viel kriegerischer Rhetorik begleitet wurde. Es ist eine gefährliche Eskalation zu beobachten und die Kriegsgefahr ist eindeutig gestiegen. Ein Krieg hätte für das unterentwickelte und waffentechnisch unterlegene Nordkorea verheerende Folgen. Doch um des eigenen Machterhalts willen scheinen die Militärs, die womöglich von Kim gar nicht mehr kontrolliert werden, zum Äußersten entschlossen. Käme es zu einem Krieg auf der koreanischen Halbinsel, wäre dessen Ausgang zu Gunsten des technologisch überlegenen Südkoreas zwar vermutlich eindeutig, obwohl Nordkorea zahlenmäßig deutlich mehr Soldaten und Waffensysteme unterhält. Aber ein hochindustrialisiertes Land wie Südkorea hat zu viel zu verlieren, als dass es ein solches Risiko eingehen könnte. Im besonderen Fall kommt erschwerend hinzu, dass die Hauptstadt Seoul in Reichweite nordkoreanischer Geschütze liegt.

Südkoreas Präsident Lee Myung Bak stand innenpolitisch sehr unter Druck, der Volkszorn kochte hoch. Einem solchen Ereignis wäre in gar nicht so ferner Vergangenheit unmittelbar eine Kriegserklärung gefolgt. Nicht nur die Radikalen forderten Revanche. Von ihm wurde eine harte Reaktion angesichts der 46 getöteten Seeleute erwartet. Politische Vernunft und militärisches Kalkül verboten es ihm jedoch, auf diese Provokation mit einem Waffengang zu reagieren. Zusammen mit seinem Sicherheitsrat sprach er sich für eine „umsichtige Antwort“ aus. Solange sich Südkorea nicht zum Waffengebrauch provozieren lasse, drohe kein Krieg auf der Halbinsel. Als Reaktion auf die Versenkung beschloss Südkorea in diesem Sinne im Juni Handelssanktionen. Die Einfuhr von Sand und anderen Gütern aus Nordkorea wurde gestoppt. Nordkoreanischen Frachtschiffen wurde die Fahrt durch südkoreanische Hoheitsgewässer verboten. Nach sechsjähriger Unterbrechung nahm Südkorea seine Propagandasendungen über Lautsprecher und Rundfunk wieder auf. Für den von beiden Seiten betriebenen Gewerbepark in der nordkoreanischen Grenzstadt Kaesong, in dem südkoreanische Firmen rund 42000 Nordkoreaner beschäftigen, kündigte Nordkorea die Verträge. Südkorea ist nach China der zweitwichtigste Handelspartner Nordkoreas. Trotzdem, Seoul allein kann den außer Rand und Band geratenen Diktator ökonomisch nicht bändigen. Auch deshalb brachte Südkorea den Fall vor den UN-Sicherheitsrat. Der soll nach UN-Generalsekretär Ban Ki Moon, der selber Südkoreaner ist, „der Ernsthaftigkeit der Lage angemessene Maßnahmen ergreifen“. Nur Sanktionen des Weltsicherheitsrates können Wirkung zeigen und auch nur, wenn China ehrlich und konsequent dahinter steht. Ohne Öl, Rohstoffe, Strom, Nahrungsmittel und moralische Rückendeckung aus dem Reich der Mitte wäre das nordkoreanische Schatzenreich innerhalb von Monaten am Ende. Es würde erst ökonomisch und dann politisch implodieren oder – viel schlimmer noch – explodieren und damit in Fernost einen militärischen Flächenbrand auslösen. Niemand kann diese Konsequenzen wollen.

Die USA sicherten Südkorea volle Unterstützung zu. Sie stuften die Lage auf der Halbinsel als sehr gefährlich ein und verschärften ihre Tonlage deutlich. Der Angriff auf die Korvette „Cheonan“ sei ein „grundloser und unberechtigter“ Akt gewesen und werde definitiv Konsequenzen haben. Pjöngjang seinerseits setzte die Kriegsrhetorik fort, die Anschuldigungen Südkoreas seien eine „nicht tolerierbare, schwere Provokation“, gleichbedeutend mit einer Kriegserklärung und brach alle Beziehungen und Gesprächskontakte ab. Nordkorea versetzte seine Streitkräfte in Kampfbereitschaft und sprach von der Vorbereitung auf einen „heiligen Krieg“. Wichtige Hotlines mit dem Süden, die dazu dienen, ungewollte bewaffnete Zusammenstöße zu verhindern wurden vom Norden gekappt. Auch den altstalinistischen Funktionären und Generälen ist klar, dass nach normalen völkerrechtlichen Maßstäben das Versenken einer vollbewaffneten Korvette einer Kriegserklärung entspricht. Das ist kein Versehen und keine Lappalie, nach der man zum Alltagsgeschäft übergehen kann.

Das Pentagon stellte engen Kontakt mit Seoul her, um eine Antwort vorzubereiten. Es hielt seine in Südkorea stationierten 28 500 Soldaten in Bereitschaft. Die USA und Südkorea führten im Juni zwei gemeinsame Seemanöver durch. Bei den Übungen ging es neben der Demonstration von Stärke zur künftigen Abwehr von Aggressionen darum, U-Boote aufzuspüren und abzuwehren.

Das von den USA geführte UN-Kommando (UNC), das die Grenze zwischen den beiden koreanischen Staaten sichert, prüft, ob Nordkorea mit dem Angriff den 1953 getroffenen Waffenstillstand gebrochen hat. Dieses Vorgehen hat aus amerikanischer Sicht den Vorteil, dass die Regierung von Präsident Obama nicht direkt mit Kim über die Versenkung der „Cheonan“ verhandeln muss. Dem UNC gehören neben den USA, Vertreter aus Australien, Kanada, Dänemark, Frankreich, Neuseeland, der Türkei, Großbritannien und Südkorea an. Die beiden koreanischen Staaten befinden sich formal noch im Krieg, weil der Koreakrieg von 1950 bis 1953

lediglich mit einem Waffenstillstand zu Ende ging.

Für den Süden war der Torpedoschuß des Nordens eine Provokation zuviel. Mit der versöhnlichen „Sonnenscheinpolitik“, die seine Vorgänger Kim Dae Jong und Rob Moo Hyun gegenüber dem Norden betrieben, ist es nach den Worten des südkoreanischen Präsidenten Lee Myung Bak endgültig vorbei. Sie hatte mitgeholfen, das stalinistische Regime der Kim-Dynastie vor einem unkontrollierten Zusammenbruch zu bewahren. Nicht länger will der Süden hilflos auf die Angriffe aus dem Norden reagieren; sich nicht länger den ewigen Erpressungen des „Geliebten Führers“ und seines Regimes fügen. All die kleinen Zwischenfälle im Gelben Meer entlang der nicht anerkannten Seegrenze, all die militärischen Drohgebärden und die Erprobung neuer Raketen sollen künftig Folgen haben.

Hilflos sahen die Großmächte zu, wie sich der Konflikt immer weiter aufschaukelte. Keine Seite kann mehr von ihrer Position abweichen, ohne das Gesicht zu verlieren: Lee nicht, weil dann seine bisherigen Drohungen

lächerlich wirken würden; Kim nicht, wenn er die Autorität seines Regimes nicht dadurch untergraben will, dass er sich, wie von Seoul verlangt, für den Torpedo-Angriff entschuldigt.

Die kritische Lage auf der koreanischen Halbinsel zwingt die USA und China, nach Wegen zu suchen, um einen neuen Waffengang ihrer jeweiligen koreanischen Bundesgenossen zu verhindern, der auch den geopolitischen Interessenkonflikt zwischen ihnen neu entfachen könnte. Peking will verhindern, dass die USA in der Region wieder verstärkt Fuß fassen und Nordkorea wieder auf die Liste der Staaten setzt, die den Terror unterstützen. Überdies fürchtet Peking, dass Japan und Südkorea mittelfristig dem Vorbild Kim Jong Il folgen und sich selbst Atomwaffen zulegen könnte. Für Peking geht es auch um die Stabilität des eigenen Reiches: Ein Krieg der beiden Koreas könnte Hunderttausende nordkoreanische Flüchtlinge über die Grenze treiben. Und bräche die Kim-Dynastie zusammen, könnten amerikanische Truppen bis zur eigenen Grenze vordringen – für Peking ein Gruselszenario. □

Kurznachrichten

Niebel weist Kritik am Konzept der vernetzten Sicherheit zurück

Bundesentwicklungsminister Dirk Niebel (FDP) hat die Kritik an der geplanten stärkeren Verzahnung von militärischem Handeln und Aufbauhilfe in Afghanistan zurückgewiesen. Es gehe um die Koordinierung der Steuermittel, sagte Niebel dem Deutschlandfunk. Dies sei das Mindeste, was der Steuerzahler an Transparenz beim Einsatz seiner Mittel erwarten dürfe. Die Hilfsorganisationen könnten weiter unabhängig agieren, sagte Niebel. Lediglich beim Erhalt von Fördermitteln müssten die Organisationen dort tätig werden, wo die Bundeswehr Verantwortung trage, so der Minister. „Es gibt keine Sicherheit ohne Aufbau, aber es wird auch keinen Erfolg des zivilen Aufbaus ohne ein Minimum an Sicherheit geben“, sagte Niebel. Viele Hilfsorganisationen hatten die Pläne für die sogenannte „vernetzte Sicherheit“ kritisiert. Sie argumentierten, dass sie dann ihre Arbeit den nationalen sicherheitspolitischen Interessen unterordnen müssten, statt sich am Bedarf der hilfsbedürftigen Menschen zu orientieren.

(KNA)

Politikergespräche fortgesetzt

Sicherheitspolitiker Ernst-Reinhard Beck informiert über vernetzte Sicherheit und Afghanistan

Beeinträchtigt durch wichtige namentliche Abstimmungen im Bundestag am 17. Juni 2010¹ setzten KMBA und GKS die Anhörung namhafter Politiker der Bundesebene fort. Zum Gespräch an diesem denkwürdigen Tag der jüngeren deutschen Geschichte hatten Militärgeneralvikar Apostolischer Protonotar Walter Wakenhut und der Bundesvorsitzende der GKS Oberstleutnant i.G. Rüdiger Attermeyer das Mitglied im Verteidigungsausschuss Ernst-Reinhard Beck² (MdB CDU) eingeladen. Es stand nur ein schmales Zeitfenster von 75 Minuten für Vortrag und Diskussion zur Verfügung.

Etwa 35 Soldaten und Mitarbeiter des KMBA waren aufmerksame Zuhörer, als MdB Beck die „UMSETZUNG DER GEÄNDERTEN AFGHANISTANSTRATEGIE DER BUNDESREGIERUNG IM KONTEXT EINER VERNETZTEN SICHERHEITSPOLITIK“ erläuterte. Natürlich war den fachkundigen Publikum geläufig, dass „vernetzten Sicherheit“³ – comprehensive approach“ nicht allein eine nationale Aufgabe ist, sondern nur in abgestimmtem globalen Rahmen und innerhalb multilateraler Verflechtungen erlangt werden kann. Bezug nehmend auf die Äußerungen des zurückgetretenen Bundespräsidenten wies der Referent einmal mehr darauf hin, dass es bei Auslandseinsätzen auch immer um nationale Interessen gehe: Deutschland habe an stabilen Verhältnissen in der Welt und als Exportnation an der Sicherung der Handelswege ein vitales Interesse.

Beck ging ausführlich auf den umfassenden Sicherheitsbegriff in Bezug auf die Afghanistanpolitik der Bundesregierung ein. Wenn Sicherheit und Aufbau in dieser hoch gefährdeten Region einander bedingen sollen, so müsse neben der stabilisierenden und schützenden militärischen Komponente die zivile Entwicklungshilfe wesentlich verstärkt und besser koordiniert werden. In der deutschen Bevölkerung werde der Einsatz militärischer Gewalt nur für die Landesverteidigung, nicht jedoch für das Erreichen politischer Ziele im Ausland akzeptiert. Diese Diskrepanz sei für die Gesellschaft in unserem Land eine Herausforderung, die zur Auseinandersetzung mit sicherheitspolitischen Fragestellungen zwingt. Vor allem die Politik sei in der Pflicht, in dieser Debatte eine Vorreiterrolle einzunehmen, mahnte der Politiker.

Asymmetrische Bedrohungen, wie sie in Afghanistan Realität sind, zwingen zu flexiblem, mutigem Handeln und schneller Anpassungen an militärische Veränderungen. Die Aufständischen agierten oft versteckt im zivilen Umfeld und nahmen dabei auch Opfer in der eigenen Bevölkerung bewusst in Kauf. Dadurch sei höchste Umsicht im Umgang mit Waffeneinsatz geboten. Allerdings sei das deutsche Konzept „möglichst keine Kollateralschäden“ in einem effektiven Antiterrorkampf nicht durchzuhalten. Unabhängig von konzeptionellen Papieren, gab Beck zu bedenken, sei es erforderlich die Verhaltensregeln für Afghanistan der Realität immer wieder anzupassen. Dies gebiete die Verantwortung gegenüber den Soldaten. Es müsse auch klar definiert werden, welches Ziel es für die Afghanistan-Mission zu erreichen gelte, nämlich: „Nur mit einer funktionierenden wirtschaftlichen und sozialen Infrastruktur kann sich dort eine selbsttragende stabile Sicherheitslage entwickeln.“

Der Sicherheitspolitiker versicherte, auch unter den gegenwärtigen



Sparzwängen würden, was Ausbildung und Ausrüstung anbelangt, an der Sicherheit der Soldaten im Auslandseinsatz keine Abstriche vorgenommen. Jedoch werde eine Reduzierung des Verteidigungsetats in der Sicherheitsvorsorge Maßnahmen auslösen, die bisher zwar schon diskutiert, aber nicht angepackt oder aber aufgeschoben wurden.

Ein weiterer Aspekt der Ausführungen war die Rechtssicherheit der Soldaten: Das Grundgesetz kenne nur die Landesverteidigung; deutsches Recht könne aber nicht eins zu eins im Auslandseinsatz angewandt werden. Die Rechtsfrage vom nationalen (Straf-)Recht bis zum humanitären Völkerrecht spielte in den Fragen, die der Politiker kompetent beantwortete, eine vorrangige Rolle. Zwar konnte die rechtliche Situation für unsere Truppe durch die Klassifizierung des Konflikts in Afghanistan als „nicht internationaler bewaffneter Konflikt“ präzisiert werden – der MdB verwies in diesem Zusammenhang auf die Bundesanwaltschaft, die das Verfahren gegen Oberst Klein zu Recht eingestellt hat – dennoch existiere, so waren sich alle einig, immer noch Optimierungsbedarf. Es gebe noch keine Schwerpunktstaatsanwaltschaft für Bundeswehrangehörige. Dies wolle seine Fraktion zügig ändern, versprach Beck – Die Moderation des Politikergesprächs lag in den Händen des Vorsitzenden des GKS-Sachausschusses „Sicherheit und Frieden“, Oberst Dipl.-Ing. Josef Schmidhofer.

(PS, Foto: www.cdusu.de)

- 1 Abstimmungen im Dt. Bundestag zu sicherheitspolitischen Themen am 17.06.2010: Reduzierung der Wehrpflicht, Bundeswehr ohne Wehrpflicht, Verlängerung des Darfur-Einsatzes (UNAMID), Verlängerung des Libanon-Einsatzes (UNFIL), Verlängerung des Sudan-Einsatzes (UNMIS).
- 2 Ernst-Reinhard Beck: Jg. 1945, Oberstudiendirektor a.D., Wohnort Reutlingen/Baden-Württemberg, MdB seit 2002, verteidigungspolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.
- 3 s. Weißbuch 2006, insb. Teil I, Abschnitt 1.4 und Kapitel 2

Ethische Bildung für Soldaten

Plädoyer für den Lebenskundlichen Unterricht

VON HELMUT JERMER

Mit der Einführung der neuen ZDv 10/4 „Lebenskundlicher Unterricht – selbstverantwortlich leben – Verantwortung für andere übernehmen können“ wird den veränderten Bedingungen, unter denen Soldaten von heute ihren Dienst tun, Rechnung getragen. Die revidierte Vorschrift wurde am 20. Januar 2009 zunächst für drei Jahre zur Erprobung in Kraft gesetzt. Sie schafft mit aktualisierten und standardisierten Inhalten eine neue Grundlage für den Lebenskundlichen Unterricht (LKU), der nunmehr grundsätzlich für alle Soldaten verbindlich ist.

Der Sachausschuss Innere Führung der GKS hat sich ausführlich mit der neuen Vorschrift befasst und damit zusammenhängende Fragen diskutiert. Er empfiehlt dem Bundesvorstand, für „Lebenskunde“ als soldatische Ethik zu werben und mitzuhelfen, dass der LKU engagiert umgesetzt wird.

Die GKS begrüßt diesen neuen überzeugenden Ansatz und empfiehlt allen Vorgesetzten in der Bundeswehr, dafür zu sorgen, dass der LKU über die Dienstpläne durchgesetzt und auch wirklich alle erreicht. Von allen Soldaten erwartet sie, dass sie das für sie so hilfreiche Angebot zur ethischen Bildung annehmen und aufnehmen. Auf die Frage: „Wieviel Ethik braucht der Soldat?“ hat die GKS eine klare Antwort: „So viel wie möglich!“

Neue Vorschrift

Mit der neuen ZDv 10/4 wird „Lebenskunde“ aus ihrem Schattendasein herausgeholt und ins Licht des Truppenalltags gerückt. Seitdem sich die Bundeswehr zur Einsatzarmee transformiert, betont die militärische Führung den Wert einer spezifischen ethischen Bildung für Soldaten¹, und erkennt, wie hilfreich und notwendig es ist, „einen Beitrag zur Förderung der

sittlichen, geistigen und seelischen Kräfte zu leisten, die mehr noch als fachliches Können den Wert des Soldaten bestimmen.“²

Der Soldat ist vielfältig gefordert: als freie Person, mündiger Bürger, überzeugter Demokrat, verlässlicher Kamerad, schließlich als motivierter Soldat und – mancher obendrein – als vorbildlicher Vorgesetzter. Um sich diesem Ideal-Profil annähern zu können, bietet der Lebenskundliche Unterricht (LKU) Zeit, Raum und Inhalt zur Vermittlung von Themen, die den Soldaten in seiner besonderen Lage betreffen. Der Dienstherr löst mit diesem Bildungsauftrag nunmehr im Bewusstsein seiner Verantwortung für die Truppe im Allgemeinen und für jeden einzelnen Soldaten im Besonderen seine Bringschuld ein, indem er für alle Soldaten Lebenskunde verbindlich auf den Dienstplan setzt.

Für gewissenhaft dienende Soldaten ist es wichtig, hilfreiche Antworten auf das Warum und Wofür ihres Dienstes zu bekommen. Denn der Umgang mit Waffen und das Handeln in die Gefahr hinein (Tapferkeit) verlangen ein waches Gewissen und starken Mut. Im LKU werden sowohl Themen aus der persönlichen Lebens- und Erfahrungswelt (junger) Soldaten als auch schwerwiegende und tiefgründige Fragen nach dem Sinn ihres Tuns erörtert: was steht hinter dem Auftrag der Soldaten³, für welches (höhere?) Ziel riskieren sie äußerstenfalls ihr Leben, mit welchen Methoden und Mitteln dürfen sie – vor dem Hintergrund ethischer Auflagen – Befehle durchsetzen? Der LKU trägt dazu bei, Soldaten in die Lage zu versetzen, dass sie die Wirklichkeit sehen (wie sie ist), sie gewissenhaft bewerten und verantwortungsbewusst handeln können.

Ethische Bildung führt über Wertebindung und Gewissenbildung zu

verantwortungsbewusster Lebensführung.

Wertebindung⁴

Der Staat als Gemeinwesen, dem die Soldaten per Eid und Gelöbnis verpflichtet sind, wird von Werten bestimmt, die sowohl der Gesellschaft als auch jedem einzelnen Mitglied Wohlfahrt ermöglichen. Die mit dem Grundgesetz vorgegebene politische Ordnung ist zwar weltanschaulich neutral, jedoch nicht wertfrei; sie bildet das geistige Fundament, um aus einer neutralen Gesellschaft frei und friedlich eine wertorientierte Gemeinschaft zu bilden und weiter zu entwickeln. Die gemeinschaftsbildenden und -fördernden Grundwerte kann der Staat allerdings nicht aus sich selbst heraus erzeugen⁵, wohl aber für sich als bindend (im Sinne eines übergeordneten Bezugs) und verpflichtend erkennen, um daraus Regeln für das Zusammenleben von Bürgern (mit ihren je unterschiedlichen Interessen) zu verfassen. Die Grundwerte, die in der Verfassung verankert und übereinstimmend als Grundrechte und -pflichten ausformuliert worden sind, bilden die ideelle Mitte der Gesellschaft. Alle staatlichen Organe, welche die drei Gewalten Legislative, Exekutive und Judikative ausüben, haben sich an diesen Werten nicht

4 Wertevermittlung: Der Hirnforscher, Manfred Spitzer (Lernen – Gehirnforschung und die Schule des Lebens, Springer-Verlag Berlin Heidelberg 2007, S. 438 f) vertritt die Auffassung, dass sich Werte nicht durch Belehrung, sondern durch Beispiele vermitteln lassen. Das Lernen durch Beispiel erfolge auf verschiedenen Ebenen, orientiere sich am vom Lernenden gesetzten Prioritäten. Ethik im Sinne einer Reflexion auf Prinzipien von Handlungen würde erst mit einem einigermaßen entwickelten Abstraktionsvermögen betrieben werden können; Wertevermittlung liefe bis ins dritte Lebensjahrzehnt ab.

5 Böckenförde, Ernst-Wolfgang: „Der freiheitliche säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann.“ (Festschrift für Carlo Schmitt 1967)

1 zugunsten der Lesefreundlichkeit wird darauf verzichtet, weibliche Personalbegriffe zu nennen; sie sind selbstverständlich mitbedacht.

2 ZDv 66/2 – Vorläufer der ZDv 10/4

3 Ist der Auftrag politisch notwendig, rechtlich zulässig, ethisch gerechtfertigt und militärisch sinnvoll?

nur zu orientieren; vielmehr sind sie darüber hinaus verpflichtet, alles zu ihrem Schutz und zu ihrer ungestörten Entfaltung zu tun.

Grundwerte sind abstrakte Begriffe der politischen Ethik; sie sind gleichsam die christlich-abendländisch kultivierten geistigen Wurzeln der Verfassung und gehen als Grundrechte und -pflichten auf. Ihre Früchte lassen sich am Ergebnis politischen Bemühens von Regierung und Parlament aber auch und vor allem im mitmenschlichen Umgang (Konkretisierung) erkennen. Grundwerte verpflichten die demokratisch verfasste Gesellschaft implizit zu einem kontinuierlichen Verbesserungsprozess; denn nichts ist so gut, als dass es nicht noch verbessert werden könnte.

Soldaten dienen mit ihrer ganzen Person dem Staat und sind nach dem Soldatengesetz dazu bestimmt, für die freiheitliche und demokratische Grundordnung einzutreten.⁶ Deshalb sollten sie wissen, an welche Werte sie sich gebunden fühlen⁷, welchem höheren Ziel sie dienen und sich zudem bewusst werden, dass sie dafür „Leib und Leben“ riskieren.

Freiheit & Verantwortung, Gerechtigkeit & Barmherzigkeit, Solidarität & Subsidiarität sind Werte, „die für das Zusammenleben der Menschen in einer freiheitlichen und demokratischen Ordnung unabdingbar sind; sie müssen jeder Generation neu vermittelt, von ihr verstanden und verinnerlicht werden, damit sie nachhaltig wirken können.“⁸ Grundwerte sind Errungenschaften, die im Laufe der Kultur- und Geistesgeschichte des christlichen Abendlandes, oft unter Mühe und Opfer gewachsen sind und schließlich „als Recht“ erkannt wurden; sie sind es wert, verteidigt zu werden, dafür zu kämpfen und – äußerstenfalls – sein Leben einzusetzen.⁹

Freiheit & Verantwortung

„Freiheit ist die Befugnis des Menschen, alles zu tun, was keinem

anderen schadet. Sie hat als Grundsatz die Natur, als Regel die Gerechtigkeit und als Schutz das Gesetz“¹⁰ Das Recht, seine Freiheit auszuüben, ist eine von der Menschenwürde untrennbare Forderung¹¹, Freiheit bedeutet also nicht, dass Menschen tun können, was sie wollen; vielmehr findet sie da ihre Grenzen, wo die Willkür beginnt. Wäre alles erlaubt, würde sich der Stärkere jedes Recht nehmen. Allein das Menschen-Mögliche darf nie Maßstab für das Zusammenleben sein; die Menschen-Würde bliebe auf der Strecke. Hemmungslose Freiheit setzte sich über alles hinweg, über andere Menschen und deren Rechte, auch über die Menschlichkeit. Ohne sittliche Bindung herrschte Angst und Terror, Anarchie und Chaos, das Faustrecht würde zur Norm. Um des geschützten Zusammenlebens willen gilt also die Stärke des Rechts und nicht das Recht des Stärkeren.

„Durch seine Freiheit soll der Mensch in Wahrheit und Güte wachsen.“¹² Der Mensch ist Herr seiner Taten; er kann sich frei für die Wahrheit und das Gute entscheiden und sich so mit Anstand selbst verwirklichen. Er soll werden können, was er soll, indem er Gott und den Nächsten wie sich selbst liebt. An diese Goldene Regel¹³ soll er sich halten und sie zu seinem persönlichen kategorischen Imperativ erheben.¹⁴

Freiheit muss also sittlich verantwortet sein. Und dazu sind Maßstäbe notwendig, die von jedem einzelnen verinnerlicht (Haltung/Tugend) und von der Gemeinschaft als wertvoll und normstiftend anerkannt werden.

Eine freie Gesellschaft wird in dem Maße, wie sich ihre Bürger auf das sie Verbindende besinnen und es wertschätzen, zu einer wertgebundenen Gemeinschaft. Mit dem Grundgesetz hat sich die Bundesrepublik Deutschland eine tragfähige und belastbare Ordnung geschaffen, die einerseits der Forderung nach Frei-

heit gerecht wird und andererseits die Spannung, die eine um des geregelten Zusammenlebens willen gebundene Freiheit auslöst, einsichtig und erträglich macht: „Das Grundgesetz ist eine wertgebundene Ordnung, die den Schutz von Freiheit und Menschenwürde als den obersten Zweck allen Rechts erkennt; sein Menschenbild ist nicht das eines selbtherrlichen Individuums, sondern das der in der Gemeinschaft stehenden und ihr vielfältig verpflichteten Persönlichkeit“¹⁵.

Gerechtigkeit & Barmherzigkeit

„**Gerechtigkeit** gibt jedem das Seine,maßt sich nichts Fremdes an und setzt den eigenen Nutzen zurück, wenn es um das Wohl des Ganzen geht.“¹⁶ Gerechtigkeit zwischen Menschen fordert, „die Rechte eines jeden zu achten und in den menschlichen Beziehungen jene Harmonie herzustellen, welche die Rechtschaffenheit gegenüber den Personen und dem Gemeinwohl fördert.“¹⁷ Gerechtigkeit hat zwei Dimensionen:

Die **austeilende** Gerechtigkeit¹⁸ besteht in der Bereitschaft der **Gemeinschaft** oder ihrer Führung, jedem einzelnen / der Teilgemeinschaft das an Gütern und Lasten zukommen zu lassen, was ihm/ihr zusteht. Vorteile und Lasten werden dadurch gerecht verteilt, dass objektiv-sachliche Kriterien (Verdienst, Bedürftigkeit, Leistung, Fähigkeit usw.) als Maßstab herangezogen werden. Dabei ist das Wohl des einzelnen oder der Teilgemeinschaft (direkt) ebenso im Blick wie das Gemeinwohl (indirekt).

Die **ausgleichende** Gerechtigkeit¹⁹ (Verkehrsgerechtigkeit) wirkt durch die tatkräftige Bereitschaft des **einzelnen** (oder auch einer Gruppe), (einem) anderen (oder auch Gruppen) das Zustehende zu gewähren. Einer Leistung soll eine Gegenleistung entsprechen – und umgekehrt. Ausgleichende Gerechtigkeit beruht auf gegenseitigem Vertrauen, dass keiner sich etwas anmaßt, was ihm nicht zusteht. Auch hier geht es sowohl um

6 vgl. SG § 8 und GKS-Leitsatz 2: „Für Recht und Freiheit“

7 GKS-Leitsatz 3: „sittlich gebunden“

8 vgl. KMBA-Broschüre: Innere Führung und Lebenskundlicher Unterricht – Kontinuität und Wandel, 2009, Seite 20f, insbesondere 6. Aufzählung

9 Sonderheft Militärseelsorge 2007, Seite 22

10 Art 4 der Verfassung der Französischen Republik von 1793

11 Katechismus der Katholischen Kirche (KKK) 1747

12 KKK 1731

13 Mt 7,12

14 Immanuel Kant variiert mit seinem kategorischen Imperativ Mt 7,12

15 BVerfG 12,45,51

16 Kirchenvater Ambrosius von Mailand (339-397)

17 KKK 1807

18 iustitia distributiva; vgl. Aristoteles, Nik. Eth. V 5

19 iustitia commutativa; vgl. Aristoteles, Nik. Eth. V 5, 1130 b

das Wohl des einzelnen als auch um das Gemeinwohl.

Als objektiver Maßstab („Kennzeichen“) für die (Rechts-) Ordnung einer Gesellschaft gilt: Das Prinzip der **Gleichheit** der Menschen betrifft die Würde der Person und die sich daraus ergebenden Rechte (gleiches Recht für alle). Menschen haben die gleiche Natur und den gleichen Ursprung und die gleiche vernunftbegabte Seele. Durch Veranlagung und Umwelt kommen jedoch Unterschiede zum Vorschein, die mit dem Alter, der körperlichen Kondition, den geistigen und sittlichen Anlagen, den im Wettbewerb gewonnenen Vorteilen oder mit ererbten oder erworbenen Reichtümern zusammenhängen. Nach dem Prinzip der **Billigkeit** werden im Rechtsstaat (vor Gericht) die jeweiligen (besonderen) Umstände im konkreten Fall berücksichtigt. Das Prinzip der **Zweckmäßigkeit** verlangt, dass sich alles staatliche Handeln an den Werten und Normen einer Gesellschaft orientiert. Schließlich garantiert das Prinzip der **Rechtssicherheit** Berechenbarkeit und Verlässlichkeit der Rechtsprechung in den Schutz der Person und des Eigentums.²⁰

Ungerechte Unterschiede verletzen die gleiche Würde der Menschen, die für alle humane und gerechte Lebensbedingungen verlangt. Ungerechte Umstände sind ein Ärgernis und stören den gesellschaftlichen und den internationalen Frieden.

B(W)armherzigkeit ist angewandte Nächstenliebe. Sie soll dort greifen, wo Menschen unverschuldet in Not geraten sind, sei es materiell (Armut) oder leiblich (Krankheit). Wer sich selbst nicht helfen kann, dem muss geholfen werden. Als Komplementärwert zur Barmherzigkeit zeigt sich Gerechtigkeit streng und unbestechlich. Barmherzigkeit ist dann geboten, wenn Gerechtigkeit durch menschliche Härte pervertiert und in soziale Kälte umzukippen droht.

Barmherzigkeit folgt der Gerechtigkeit als Ausdruck der (Nächsten-) Liebe, die ihrerseits der Wurzelboden der Gerechtigkeit ist. Die Erfahrung

lehrt, „dass die Gerechtigkeit allein nicht genügt, ja, zur Verneinung und Vernichtung ihrer selbst führen kann, wenn nicht einer tieferen Kraft - der Liebe - die Möglichkeit geboten wird, das menschliche Leben in seinen verschiedenen Beziehungen zu prägen“²¹

Solidarität & Subsidiarität

„Die **Solidarität** ist eine vorzüglich christliche Tugend. Sie drängt dazu, die materiellen und ganz besonders die geistigen Güter zu teilen.“²² Mensch und Gemeinschaft sind ihrem Wesen nach verbunden und daher sittlich füreinander verantwortlich. Dieses Prinzip ergibt sich aus der Forderung nach Geschwisterlichkeit („soziale Liebe“), die sich zunächst in der Güterverteilung und Entlohnung der Arbeit zeigt. Angestrebt ist eine gerechtere Gesellschaftsordnung, in der Spannungen abgebaut und Konflikte friedlich gelöst werden können.

Das Gebot zur **Subsidiarität** fordert, dass eine übergeordnete Gesellschaft nicht so in die inneren Angelegenheiten einer untergeordneten Gruppe eingreifen darf, dass sie diese ihrer Kompetenzen (ihrer Verantwortung und ihrer Entfaltungsmöglichkeiten, der Verf.) beraubt; im Notfall soll sie ihr helfen, ihr eigenes Bemühen mit anderen Gruppen im Hinblick auf das Gemeinwohl abzustimmen.²³

Unter **Gemeinwohl** sind alle Bedingungen des Zusammenlebens zu verstehen, „die es sowohl Gruppen als auch deren einzelnen Gliedern ermöglicht, die eigene Vollendung voller und leichter zu erreichen.“²⁴ Alle sollen an der Förderung des Gemeinwohls mitwirken. Indem sich der Mensch seinem Vermögen (Fähigkeiten und Neigungen) entsprechend engagiert und persönlich Verantwortung übernimmt, bestätigt er seine Menschenwürde.²⁵

Das Gemeinwohl betrifft das Leben aller! Es wird getragen von Mitmenschlichkeit (Achtung vor der Person, Menschenwürde), Gerechtigkeit (Gleichheit vor dem Gesetz, freie Entfaltung des Einzelnen wie der Gesellschaft) und Friedfertigkeit (re-

spektvoller Umgang, gegenseitiges Vertrauen, sicheres Umfeld, saubere Umwelt).

Der **Dienst des Soldaten** hat immer das Gemeinwohl im Blick. Sicherheit zu garantieren und Frieden zu sichern sind zunächst vorrangige und vornehme Aufgaben eines jeden Gemeinwesens (Subsidiarität: Selbsthilfe durch Sicherheits- und Streitkräfte) und, wenn es allein dazu nicht in der Lage ist, Verpflichtung der internationalen Gemeinschaft (Solidarität: Beitritt zu Bündnissen und internationalen Organisationen).

Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind nicht nur lokal, sondern auch regional und global zu fördern. Dieser Imperativ christlicher Friedensethik ist gleichsam eine „ethische Harmonielehre“ für das Zusammenleben der Völker. Frieden bedeutet in entwickelten Staaten längst nicht mehr nur Abwesenheit von Krieg. Die Organisation friedlichen Zusammenlebens in Freiheit fordert vielmehr alle „Menschen guten Willens“ zu einem Dauerauftrag heraus, Grundbedingungen für ein Leben in Frieden und Sicherheit für alle Menschen zu schaffen. Wohlfahrt wiederum ist das Ergebnis von Leben und Wirken in einem freien, sozialen und auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Wirtschaftssystem in Verbindung mit sicherheitspolitischer Klugheit und friedenspolitischer Weitsicht. Deshalb argumentiert die GKS aus der Perspektive eines umfassenden Friedensbegriffs und setzt sich dafür ein, dass das Völkerrecht durchgesetzt, die Menschenwürde geschützt und Wohlfahrt verwirklicht werden.²⁶

Gewissensbildung

Das Gewissen versetzt den Menschen in die Lage, nach seiner Vernunft zu erkennen und zu bewerten, ob eine bestimmte Tat gut oder schlecht ist.²⁷ Als „Mitte der personalen Existenz“ wacht das Gewissen über die „grundlegende Übereinstimmung des Menschen mit sich selbst. Im Gewissen erfährt sich der einzelne Mensch selbst als unmittelbar und unvertretbar Betroffener unter den unbedingten Anspruch des Guten gestellt; es bestimmt ihn zu einer „ethischen Exis-

²⁶ vgl. Gerechter Friede, 2000

²⁷ vgl. KKK 1796

²¹ Enzyklika: Dives in Misericordia, 12,14

²² KKK 1948

²³ Enzyklika: Centesimus Annus 48

²⁴ GS 26,1

²⁵ KKK 1913-1914

²⁰ Jung, Wolfgang: Grundbegriffe aus Politik, Gesellschaft, Wirtschaft Frankfurt am Main, ISBN3-454-54500-5, Seite 112

tenz“ und achtet auf seine personale Integrität.²⁸

Durch erlerntes und verinnerlichtes Wissen (Erfahrung) und durch das Urteilsvermögen, das als Gewissen im Innersten des Menschen wirkt, kommt der Mensch zu Einsichten und Entscheidungen, mit denen er sich selbst versichert und sein Leben steuert. So kann er sowohl Sachverhalte als auch die Zeichen der Zeit durch Klugheit und den guten Rat anderer einschätzen und Schlüsse daraus ziehen. Die objektiven Normen der Sittlichkeit regen das Gewissen zum rechten Handeln an. (Dem Gewissen zu folgen, macht frei und zufrieden.)

Ein gewissenhaft handelnder Mensch ist sich der Folgen seiner Tat bewusst; er handelt nach bestem Wissen und Gewissen. Würde er sich gegen seine innere Einsicht entscheiden, verurteilt (belöge) er sich selbst. Der LKU verfolgt das Ziel, das Gewissen zu schärfen, es sensibel und kreativ zu halten.

Lebensführung

Jeder Mensch ist zunächst für sich selbst verantwortlich. Für ein gelingendes Leben helfen ihm erwerbende, in langer Tradition gebildete und immer wieder bewährte (An-) Gebote wie der Dekalog und die Goldene Regel, die auch den Grundrechtokatalog des Grundgesetzes durchdringen, das nach den Irrungen und Wirrungen des Nationalsozialismus und eines verheerenden und verlorenen Krieges „im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen“ verfasst wurde (Vergangenheitsbewältigung als politischer Bußprozeß, Voraussetzung für Neubeginn: Reue & Vorsatz).

Gleich der erste Artikel des Grundgesetzes stellt die Menschenwürde unter den besonderen Schutz des Staates. Kein Staatsziel übertrifft die Verpflichtung auf den Schutz der Menschenwürde; jede politische Entscheidung, jedes militärische Handeln muss sich an ihr messen lassen!

Soldatische Tugenden helfen, das Leben (im Truppenalltag und im Einsatz) zu meistern. Tugenden²⁹ sind be-

ständige, feste Neigungen, das Gute zu tun. Sie ermöglichen es dem Menschen, nicht nur gute Taten zu vollbringen, sondern sein Bestes zu geben.³⁰

Moralisch integre Soldaten kultivieren spezielle Tugenden, die sie im Truppenalltag, aber auch im Einsatz auszeichnen:

- Tapferkeit als Bereitschaft, in die Gefahr hinein zu handeln und als Mut, den es braucht, Angst zu überwinden
- Ritterlichkeit als Fairness und Respekt gegenüber Freund und Feind
- Pflichtbewusstsein als Engagement im Dienst der Sache (des Auftrags)
- Gehorsam als Gefolgschaft aus Einsicht in die Sinnhaftigkeit und Notwendigkeit eines Auftrages
- Treue als Verlässlichkeit gegenüber Vorgesetzten und Kameraden
- Klugheit als Besonnenheit, menschenfreundlich zu führen, kameradschaftlich miteinander umzugehen und Aufträge optimal zu erledigen
- Demut als Bescheidenheit und Ausdruck einer inneren Haltung, die sich im Auftreten, im Äußeren sowie in Äußerungen spiegelt

Ethische Bildung ist geboten!

LKU ist eine verpflichtende Qualifizierung für alle Soldaten, die kontinuierlich darauf vorbereitet werden sollen, dass sie ihr Leben bewusst und eigenverantwortlich führen können. Um schwierige Situationen zu meistern, setzen sie sich mit existentiellen Fragen auseinander. Soldaten als Vorgesetzte sind für die ihnen anvertrauten Soldaten verantwortlich; durch Befehle üben sie Macht über andere aus und entscheiden u.U. über deren Leib und Leben.³¹

Verantwortungsbewusste Vorgesetzte setzen sich für die ethische Bildung ihrer Soldaten ein. Die im LKU vermittelten Inhalte tragen dazu bei, dass Soldaten richtige Entscheidungen treffen können. Wer guten Gewissens Aufträge übernehmen und durchführen kann, wird mit der Last

der Verantwortung leben können, und wer bestimmte Situationen im Vorhinein durchdacht hat, gewinnt im Nebel der Ungewissheit mancher Lage einen schnelleren Durchblick. Er kann zügiger strukturieren und besser beurteilen, ob ein Auftrag ethisch gerechtfertigt ist. Auf der Grundlage seiner bis dato erworbenen politischen Bildung³², mit seinem Rechtsempfinden (durch im Unterricht angereichertes Wissen im Wehr- und Humanitären Völkerrecht) und seinem militärischen Fachwissen³³ kann er nach bestem Wissen und Gewissen urteilen und - auch in eine Gefahr hinein (Tapferkeit) - handeln. Schließlich kann ethische Bildung helfen, traumatische Erlebnisse besser zu verarbeiten und mit Schuld umzugehen.

Für Soldaten, Vorgesetzte zumal, ist es wichtig, dass sie militäretische Grundsätze verinnerlicht sowie Kenntnisse der eigenen und fremder Weltanschauungen im Allgemeinen und deren Menschenbildern im Besonderen haben. Wer über ethische und interkulturelle Kompetenz verfügt, kann sich auf dieser Grundlage selbst vergewissern und sich seines Standpunkts versichern, in dem von ihm verinnerlichteten Koordinatensystem von Werten und Normen sich selbst verorten und schließlich in schwierigen Lagen verantwortungsbewusst handeln.

Dass sich Soldaten an ethischen Grundsätzen orientieren und ihr Handeln danach ausrichten, kann nicht befohlen, sondern bestenfalls empfohlen werden; vielmehr handelt es sich um einen offenen, lebenslang andauernden Prozess des Werdens der Persönlichkeit, ein ständiges Orientieren, Navigieren und Korrigieren. Durch den LKU können entscheidende Impulse für diesen Prozess gegeben werden.

Die Militärseelsorge sieht in der ethischen Bildung der Soldaten eine unverzichtbare Aufgabe. Daher unterstützt sie das Anliegen des Staates, für die Bundeswehr LKU anzubieten: Legitimität militärischer Gewaltanwendung, Grenzen des Gehorsams, Fragen nach der Bedeutung ethischer Grundhaltungen (Tugenden),

28 Kompass 05/07: Dr. Matthias Gillner, S. 20

29 Tugenden schützen und fördern Werte; sie sind kein Selbstzweck!

30 KKK 1803

31 vgl. Wolfgang Borchert: „Draußen vor der Tür“

32 GKS-Leitsatz 4: „politisch gebildet“

33 GKS-Leitsatz 5: „fachlich kompetent“

aus denen verantwortliches und moralisch richtiges Handeln erwächst, sind wichtige Themenfelder des Unterrichts.³⁴

Wissen nachhaltig vermitteln

Die Themen des LKU sind philosophischer und theologischer Natur. Sie müssen didaktisch und methodisch gut aufbereitet werden, damit der LKU zu nachhaltigem Lernen führt. Dazu mögen folgende Hinweise dienen³⁵. Kompetente Seelsorger/Pädagogen sollten

- ein lernfreundliches und vertrauensvolles Unterrichtsklima erzeugen und fördern
- auf die Lerngruppe (Individuen) eingehen,
- die Lernzeit intensiv nutzen,
- durch klare Strukturierung des Unterrichts den Lernprozess fördern,
- Lerninhalte methodisch geschickt vermitteln
- und die Lernatmosphäre beleben und auflockern, sinnstiftende Unterrichtsgespräche führen
- klare Lernziele und Leistungsstandards vorgeben

Eine Differenzierung der Themen nach spezifischen Ausbildungsarten ist hilfreich: Grundausbildung, Laufbahnlehrgänge, Einsatzausbildung.³⁶ So wird sichergestellt, dass gerade jüngere Soldaten beim Aufbau ihrer Karriere Grundlegendes und Aktualisiertes erfahren.

Um einen Standard bei der Vermittlung von Inhalten in Methodik und Didaktik einzuhalten, empfiehlt sich ein Vorgehen in vier Schritten: (1) Impuls/Grundlagen, (2) Betroffenheit/Sitz im Leben, (3) Erwartungen/Reaktion, (4) Konsequenzen/Anwendung³⁷. Das Curriculum mit den Themen, anhand derer ethische Kompetenz vermittelt werden soll, berücksichtigt die besondere Situation der Soldaten, die Zusammensetzung der Lerngruppen und den Bezug zu konkreten Herausforderungen des Trup-

penalltags (Kaserne, Übungsplatz, Einsatz).

LKU und ethische Bildung dienen nicht nur der Persönlichkeitsentwicklung des einzelnen. Mit jedem gebildeten, entscheidungsstarken, handlungssicheren und verantwortungsbewussten Soldaten steigt die Qualität der Bundeswehr und mit ihr das Ansehen der Truppe, sowohl im eigenen Land als auch bei Auslandseinsätzen.

Die folgenden Grundsätze soldatischer Ethik mögen Sinn und Zweck des LKU nochmals komprimiert zu bedenken geben:

Grundsätze soldatischer Ethik³⁸

1. Kenne Deine Befugnisse und ihre Grenzen. Betrachte sie stets im Zusammenhang mit Deinem Auftrag.
2. Erwäge, was Du mit Deiner Handlung bewirkst und bedenke das

³⁸ vgl. Anlage 5 zur AusbHilfe zur ZDv 10/4 (zE)

Ende: ist sie gerechtfertigt oder musst Du Dich ihrer schämen? Müsstest Du sie bereuen?

3. Beachte das Gebot zur Verhältnismäßigkeit. Bedenke, dass Deine Handlungen andere(s) nur so viel wie nötig beeinträchtigen oder (zer-) stören sollen.
4. Halte Dich an die Goldene Regel: „Behandle andere so, wie Du auch von ihnen behandelt werden möchtest.“
5. Sei also ein Vorbild in Haltung und Pflichterfüllung, denn Deine Handlungen werden von anderen beobachtet, bewertet und unter Umständen (medial) verbreitet. (Dies gilt erst recht für Vorgesetzte!)

„Was immer wahrhaft, edel, recht, was lauter, liebenswert, ansprechend ist, was Tugend heißt und lobenswert ist, darauf seid bedacht.“³⁹

³⁹ Phil 4,8

Kurznachrichten

Papst schreibt dritten Band

Papst Benedikt XVI. hat den dritten Band seiner Jesus-Biografie in Angriff genommen. Mit Beginn seines Sommerurlaubs in Castelgandolfo habe er mit den Arbeiten über die biblische Kindheitsgeschichte begonnen, teilte Vatikan-sprecher Federico Lombardi mit. Der erste Teil von „Jesus von Nazareth“ über das öffentliche Wirken Jesu war im April 2007 herausgekommen. Die Druckfahnen für den zweiten Band über die Passion und die Auferstehung hatte der Papst vor wenigen Monaten an die Verlage gegeben. Er soll in mehreren Sprachen übersetzt im kommenden Frühjahr erscheinen. Joseph Ratzinger, der heutige Benedikt XVI., hatte während der Sommerferien 2003 als Kurienkardinal das große Buchprojekt begonnen und nach seiner Papstwahl im April 2005 viel Zeit in das Buch investiert.

(KNA)

Nach dem Erscheinen des zweiten Bandes wird dieser ebenso wie der dritte Band hier im AUFTRAG besprochen werden.

³⁴ vgl. KMBA-Broschüre, Fußnote 7, Seite 20

³⁵ vgl. Anlage 4 zur AusbHilfe zur ZDv 10/4

³⁶ vgl. Anlage 1 zur AusbHilfe zur ZDv 10/4

³⁷ ebda

Eine Philosophie der Freiheit

Politisches Denken bei Johannes Paul II

Am Dienstag den 18. Mai 2010 fand der Clubabend der Thomas-Morus-Akademie in Zusammenarbeit mit dem Katholischen Leitenden Militärdekan Mainz im Geistlichen Forum in Bonn statt. An diesem Tag wäre der Johannes Paul II 90 Jahre alt geworden. Grund genug für den Philosophen Dr. Christoph Böhr, Vorsitzender der Cusanus Gesellschaft und Angehöriger der philosophischen Fakultät der Universität Düsseldorf, über die Philosophie der Freiheit dieses Papstes vorzutragen. Nach der Begrüßung durch Dr. Hanns-Gregor Nissing von der Thomas-Morus-Akademie, sprach Pastoralreferent Klaus Spreckelmeier in Vertretung des Leitenden Katholischen Militärdekans Msgr. Rainer Schnettker ein Grußwort an die knapp vierzig Gäste des Vortrages. Der Referent baute seinen Vortrag an drei Thesen auf: Karol Wojtyla als politischer Mensch vor und nach der Papstwahl, das Verhältnis von Mensch und Arbeit bei Johannes Paul II und die Anthropologie der Freiheit aus der Sicht Karol Wojtylas, welche er als Philosoph entwickelt hat und als Theologe verkündigte.

Der junge Karol Wojtyla sei vielseitig begabt gewesen, so wäre er Schauspieler und Dramaturg, Poet, Arbeiter im Steinbruch, Philosoph und Theologe gewesen. Geprägt wurde er durch sein Leben in Diktaturen, führte der Referent aus, zwar wuchs er in der Republik Polen auf, die nach dem I. Weltkrieg wiedergeboren wurde und sich in den zwanziger Jahren des letzten Jahrhunderts gegen die Sowjetunion erfolgreich zur Wehr gesetzt hatte, aber seit 1939 stand das Land unter diktatorischer Herrschaft, erst die Nationalsozialisten, danach die Kommunisten. Dr. Böhr weiter: Während dieser Zeit, in der er als einfacher Arbeiter im Steinbruch sich bestätigte, entwickelte er seine Sicht auf den Wert der Arbeit, die den Menschen adelt. In dieser Zeit im Untergrund entwickelte er

auch seine Philosophie der Freiheit, führte der Vortragende aus. So lernte er das Handeln im Hintergrund, wenn öffentliche Kontakte nicht möglich oder erwünscht waren, er fand immer einen Weg, seine Vorstellungen zu verwirklichen, machte der Redner an dem Beispiel des Plattenneubau in Warschau „Nova Huta“ klar. Dort habe Karol Wojtyla in einer Nacht und Nebel Aktion ein Kreuz errichtet, feierte dort mit den Gläubigen Weihnachten und schuf so vollendete Tatsachen vor den Herrschern, erklärte Dr. Böhr. Die Kommunisten hätten danach dort die Errichtung einer neuen Kirchengemeinde genehmigt. Während der junge Karol Wojtyla aktiv gegen die kommunistischen Besatzer, wandte sich sein Handeln nach 1945 gegen die Kommunisten, sagte der Referent. Dabei sei er immer für Gespräche gewesen, um den Gegenüber zu überzeugen. Er habe dabei Kontakte und auch gegenseitiges Vertrauen geschaffen, soweit das in einer Diktatur möglich war, aber angepasst habe er sich nie. Sein Sinnen sei immer gewesen: Kampf für die Freiheit des Menschen. Nach seiner Wahl zum Papst 1978 sei er der spiritus rector der Gründung von Solidarnosc gewesen und habe deren Wirken begleitet. Seine Kontakte zu General Wojciech Jaruzelski seien nicht durch Papiere belegbar, aber man ginge davon aus, dass diese Kontakte im Hintergrund hilfreich waren, sei doch die erste Reise eines Papstes in den kommunistischen Machtblock 1983 nach Polen gewesen, noch während das Land unter Kriegsrecht stand. Dr. Böhr weiter, dabei sei Karol Wojtyla immer ein Mann der Kirche gewesen und habe die „Freiheitsdenker“ Südamerikas bei seinem Besuch getadelt, weil diese sich in der politischen Ebene zu aktiv bewegt hätten.

Als Ökonom habe Johannes Paul stets die Marktordnung als Teil einer Rechtsordnung gesehen, führte der Redner aus. Dabei sei die Rechts-

ordnung immer überzuordnen, damit die Wirtschaft nicht zu einer Zwangsherrschaft mutieren könne. Aus diesem Grund habe der Papst nach dem Zusammenbruch des Ostblocks auch eine neue Ordnung gefordert, da die alte Ordnung sich überlebt habe. Am Beispiel der Finanzkrise legte der Referent dar, wie verhängnisvoll eine fehlende Ordnung sich auswirken kann. Während die Neuordnung der Staaten in Europa gelungen sei, mache die Weiterentwicklung der gesellschaftlichen Ordnung keine Fortschritte, man stolpere von Krise zu Krise. Dabei gelte der Satz von Johannes Paul uneingeschränkt, dass jede Ordnung dem Menschen dienen, seine Freiheit schützen und seine guten Eigenschaften fördern solle.

Das Verhältnis von Mensch und Arbeit habe Johannes Paul II in seiner Enzyklika „*Laborum exercens*“ von 1981 deutlich zum Ausdruck gebracht. Arbeit sei der Schlüssel der Sozialfrage, legte der Redner die Einstellung des Papstes zusammenfassend dar. Johannes Paul sei immer gegen den primitiven Kapitalismus gewesen, der fordere, dass sich alles dem Gewinn unterordnen solle. Sinn der Arbeit sei vielmehr, dass der Mensch mehr Mensch sein könne durch seine Arbeit. Somit habe der Papst den sozialetischen Imperativ mit einem ökonomischen Imperativ verknüpft. Letztendlich seien die Ideologien des zwanzigsten Jahrhunderts gescheitert, weil sie ein falsches Menschenbild gehabt hätten, brachte Dr. Böhr die Meinung des ehemaligen Papstes zum Ausdruck.

Nach abschließenden Bemerkungen über die Enzyklika „*Evangelium vitae*“, wurde in einer lebhaften Diskussion mit dem Redner nicht nur die Finanzkrise und die Globalisierung, sondern auch die klassische katholische Soziallehre angesprochen. Ein Imbiss, bei dem man mit Dr. Böhr weiter diskutieren konnte, beendete den Clubabend im Geistlichen Forum. (BB)

Systematische Menschenrechtsverletzungen im Ostkongo

VON KLAUS LIEBETANZ

Im folgenden Beitrag hat Major a. D. Klaus Liebetanz Fakten und Quellen zusammengestellt, die belegen, dass systematische Menschenrechtsverletzungen zur Unterdrückung der zivilen Bevölkerung im Ostkongo durchgeführt werden. Für ihn als Ergebnisprüfer für weltweite Projekte der deutschen humanitären Hilfe in den Jahren 2005-2009 für das Auswärtige Amt u.a. auch in Kanyabayonga (100 km nördlich von Goma) steht fest, dass der Ostkongo der Ort ist, wo Frauen und Kinder am häufigsten auf der Welt durch systematische Menschenrechtsverletzungen gefährdet sind. Da die Bundesrepublik sich beim VN-Weltgipfel in 2005 feierlich verpflichtet hat, alles zu unternehmen, um solche Verstöße zu verhindern oder nachhaltig zu mindern (Responsibility to Protect, R2P) fordert er die Verantwortlichen in der Politik zum Handeln auf.

Gewalt durch Angehörige der FARDC

Die kongolesische Armee FARDC macht sich einer Vielfalt von Menschenrechtsverletzungen schuldig. Im Zeitraum Januar bis Oktober 2009 hat die Untersuchungskommission der Vereinten Nationen „UN-Experts Group“ 530 Fälle von schweren Verbrechen durch Angehörige der FARDC dokumentiert. Dazu zählen Morde, willkürliche Verhaftungen, Folter, Zwangsarbeit, Plünderungen, Erpressungen, Brandstiftung von Häusern und Dörfern sowie sexualisierte Gewalt¹. Kampfhandlungen der FARDC haben sich wiederholt gegen Zivilisten gerichtet. So haben die 231., 232. und 25. Brigade Ende April 2009 ein Flüchtlingslager in Nordkivu attackiert, wobei 129 Flüchtlinge ums Leben kamen². Das POLE-Institut berichtet von Fällen, in denen FARDC-Kämpfer Dörfer als Vergeltungsmaßnahmen aufgrund angeblicher Kollaboration mit FDLR-Rebellen angegriffen haben³. Die FARDC hat zudem von April bis September 2009 zehn Attacken gegen humanitäre Hilfsorganisationen verübt. Dabei handelte es sich um die Konfiszierung von Fahrzeugen, physische Angriffe, aber auch Ermordung von lokalen Mitarbeitern⁴. Die FARDC hat 2004 zwar offiziell die Rekrutierung von Kindersoldaten beendet. Laut Amnesty International befindet sich jedoch immer noch eine unbekannte Anzahl von ihnen in den Reihen der FARDC⁵.

Sexuelle Gewalt als Kriegsmittel

Sexualisierte Gewalt durch militärische Gruppen stellt ein massives Problem in den östlichen Provinzen der DR Kongo dar. Genaue Zahlen über das Ausmaß dieser Gewalt sind schwierig zu ermitteln. Um die Zahlen zu schätzen, muss auf die Frauen, die den Weg in eine Gesundheitseinrichtung gefunden haben, zurückgegriffen werden. Es gibt allerdings diverse Gründe, wie z.B. Scham, soziale Ausgrenzung bei Bekanntwerden der Taten, fehlendes Geld für die Behandlung oder auch schlechte Erreichbarkeit der Gesundheitszentren, die den Frauen eine medizinische Behandlung verwehren, sodass die Dunkelziffer der Vergewaltigungen die Zahl der tatsächlich statistisch erfassten Taten um ein Vielfaches überschreiten dürfte.

Das International Rescue Committee hat im Zeitraum 2003 bis 2008 allein in Südkivu über 40.000 Vergewaltigungsoffer behandelt⁶. Die UN hat für das Jahr 2006 27.000 Vergewaltigungen gezählt⁷.

Oxfam hat gemeinsam mit der Harvard Humanitarian Initiative die Patientenbefragungen des Panzi Hospitals im Zeitraum 2004 bis 2008 ausgewertet. Die Studie untersucht, welchen Tätergruppen die Delikte sexualisierter Gewalt zugeordnet werden können und ob sich die Form der sexualisierten Gewalt nach Tätergruppen unterscheidet⁸. 42 % der Täter konnten nicht näher spezifiziert werden, während nur 6 % klar Zivilisten zugeordnet wurden. 52 % der Ver-

gewaltigungen wurden militärischen Gruppen zugeordnet⁹.

Oxfam geht bei den nicht näher spezifizierten Tätern davon aus, dass sich darunter ein erheblicher Teil an militärischem Personal befindet, da sich der Tathergang mit denen der militärischen Gruppen ähnelt. So fanden diese Vergewaltigungen in Verbindung mit Plünderungen statt und wurden von Gruppen verübt. Diese Vorgehensweise fand sich nicht bei den zivilen Tätern¹⁰.

Die Zuordnung der Täter zu bestimmten militärischen Gruppen stellt die Opfer und damit auch die Ermittler vor große Schwierigkeiten. Die Taten finden häufig im Dunkeln statt, was die Identifizierung von Uniformen und Abzeichen erschwert. Auch die bei der Tat gesprochene Sprache ist oft ein Indiz dafür, dass es sich bei den Tätern um Mitglieder der FARDC oder der ruandisch – stämmigen FDLR oder CNDP Milizen handelt¹¹.

Die Auswertung der Verbrechen nach Tätergruppen ergab, dass es erhebliche Unterschiede zwischen den Taten ziviler und militärischer Herkunft gibt. Militärische Täter begehen ihre Verbrechen im Zusammenhang mit Plünderungen, verüben Gruppenvergewaltigungen und sexuelle Sklaverei. Die Übergriffe erfolgen gegen Frauen und Mädchen jeglicher Alters und jeglicher ethnischer Zugehörigkeit. Die Taten zeichnen sich durch eine große Brutalität aus. So berichteten die Frauen im Panzi Hospital von Vergewaltigungen hochschwan-

1 UN-Security Council (2009), Par. 358

2 UN-Security Council, Par. 361, 364

3 Pole-Institut (2010), S. 21

4 UN-Security Council (2009), Par. 377

5 UN-Human Rights Council (2009), Par 14

6 Oxfam International/Harvard Humanitarian Initiative (2010), S. 6

7 ebda

8 ebda

9 Oxfam International/Harvard Humanitarian Initiative (2010), S. 13

10 Oxfam International/Harvard Humanitarian Initiative (2010), S. 33

11 Oxfam International/Harvard Humanitarian Initiative (2010), S. 35

gerer oder behinderter Frauen, sehr junger Mädchen und von Patientinnen in Krankenhäusern, von erzwungenen Vergewaltigungen zwischen Opfern oder auch Familienmitgliedern. Es gab Berichte von erzwungenen Kannibalismus und dem Verbrennen von Familienmitgliedern bei lebendigem Leibe¹².

Die meisten Übergriffe wurden 2004 gemeldet, im Zeitraum 2004 bis 2008 gab es einen leichten Rückgang. Es konnte eine Verbindung zwischen der Verdichtung der sexuellen Übergriffe und verstärkter militärischer Aktivität festgestellt werden. So wurden beispielsweise während der Attacke der CNDP-Milizen auf Bukavu im Jahr 2004 wesentlich mehr Übergriffe in der Region gemeldet. Berichten zufolge wurde innerhalb einer Woche 16.000 Frauen vergewaltigt¹³. Die Korrelation zwischen dem Anstieg der sexualisierten Gewalt und militärischen Aktivitäten sowie die Brutalität der Übergriffe deuten auf den Einsatz systematischer sexualisierter Gewalt als Kriegsmittel hin. Human Rights Watch hat 2009 die Beteiligung der FARDC an sexualisierter Gewalt untersucht und im Zeitraum Januar bis Mai 2009 im Einzugsgebiet einer Krankenstation in Nordkivu 143 Fälle von Vergewaltigungen durch FARDC-Soldaten dokumentiert¹⁴.

Laut dem Bericht des UN Experts Panel wurden von Januar bis Juli 2009 über 3.100 Fälle sexualisierter Gewalt gezählt, wovon die Hälfte durch FARDC-Soldaten begangen wurde¹⁵.

2007 kam MONUC zu dem Ergebnis, dass 54 % der von ihr in den ersten sechs Monaten des Jahres festgehaltenen Fälle sexueller Gewalt durch FARDC-Soldaten verübt wurden¹⁶.

In einer exemplarischen Fallstudie hat Human Rights Watch die 14. Brigade der FARDC untersucht, die im Südkivu stationiert war, und in deren Reihen ab 2006 Kämpfer der RCD-Goma, der Mai Mai und der CNDP integriert wurden¹⁷.

HRW hat 26 Fälle von sexualisierter Gewalt durch Angehörige der 14. Brigade dokumentiert. Davon haben 23 Fälle seit Anfang 2008 stattgefunden. Die Vergewaltigungen wurden häufig im Rahmen von Dorfplünderungen verübt. Massenvergewaltigungen waren dabei eine gängige Vorgehensweise¹⁸. Diese Brigade wurde als Beispiel ausgewählt, weil ihr Verhalten dem vieler anderer Militäreinheiten im Osten der DR Kongo gleich kommt. So hat z.B. die 4. FARDC-Brigade ebenfalls 2006 in der Provinz Orientale vielfach sexualisierte Gewalt verübt¹⁹.

Der vergessene Krieg in der DR Kongo

Dr. Denis Mukwede, der medizinische Direktor des Panzi-Hospitals in Bukavu (Südkivu), berichtete auf dem 2. Ökumenischen Kirchentag in München am 14. Mai 2010 bei der Podiumsveranstaltung „Der vergessene Krieg im Kongo“, dass allein 2009 ca. 3.000 vergewaltigte Frauen und Mädchen medizinisch in seinem Hospital behandelt wurden. Insgesamt seien im Ostkongo in 2009 ca. 41.000 Frauen und Mädchen Opfer sexueller Gewalt geworden. Dr. Mukwede vertrat ferner die Auffassung, dass ein baldiger Abzug der UN-Schutztruppe MONUC das Ausmaß der menschlichen Katastrophe noch bedeutend erhöhen würde.

Straflosigkeit

Die Vergehen der FARDC-Soldaten werden nur unzureichend geahndet. Selbst wenn die Führungsebene Kenntnis von den Vergehen ihrer Soldaten hat, werden diese nicht zur Verantwortung gezogen. Falls es zu Verurteilungen kommt, betreffen diese nur niederrangige Offiziere. Viele Urteile werden nicht vollstreckt²⁰. Das Ausmaß der Menschenrechtsverletzungen durch die FARDC ist auf die nur schleppende Reform des Sicherheitssektors zurückzuführen. Die ca. 130.000 offiziell registrierten FARDC-Soldaten unterstehen de facto nicht dem Verteidigungsministerium in Kinshasa, sondern werden von lokalen Kommandeuren mit teilweise starken politischen und finan-

ziellen Eigeninteressen geführt. Seit 2006 wurde mit der Absicht, ehemalige Bürgerkriegsparteien zu befrieden, ein Prozess der „Mixage“ gestartet. Komplette Rebellen Gruppen wie die von Ruanda unterstützte CNDP, oder die lokale Miliz Mai-Mai und viele kleinere Gruppen erhielten in kürzester Zeit den Status und das Gehalt von FARDC-Angehörigen. Ihre Kommandeure sollen sie nun gemeinsam mit den alten FARDC-Brigaden zum Schutz der Zivilbevölkerung einsetzen. So entstanden parallele Kommandostrukturen, die von politischen Kalkülen sowie Einzelinteressen bestimmt sind²¹.

Die Integration der CNDP in die FARDC scheint beispielsweise weitgehend gescheitert zu sein. Die CNDP Kommandostrukturen sind nach wie vor intakt und die CNDP unterhält in den Gebieten Masisi, Walikale, Kalehe und Mwenga (Nordkivu) parallele Verwaltungen²².

Monatlang ausbleibender Sold, knappe Nahrungsrationen, zerstörte und korrupte Gerichte und fehlende Kasernen führen dazu, dass die staatlichen Sicherheitsorgane und Soldaten anfällig für Korruption sind²³.

Auch die zivilen und militärischen Gerichte und Juristen im Osten der DR Kongo sind weitgehend unbezahlt und fern des Justizapparates der Hauptstadt darauf angewiesen, sich durch Bestechungsgelder und Gefälligkeiten zu versorgen. Dies bedeutet, dass für weite Teile der Bevölkerung eine rechtliche Verfolgung der begangenen Straftaten durch die Justiz keine realistische Option darstellt, so dass sie weiterhin den Übergriffen der staatlichen Sicherheitsorgane und der Milizen schutzlos preisgegeben sind

Schlussfolgerungen

Dem Einsatz deutscher Soldaten im Jahr 2006 zur Absicherung der Präsidentenwahl in der DR Kongo lag bedauerlicherweise kein in sich schlüssiges, zielführendes Gesamtkonzept der Bundesregierung für den Friedensprozess in der DR Kongo zu Grunde. Der nicht ganz ungefährliche Einsatz der Bundeswehr hatte offensichtlich nur das Ziel nachzuweisen,

12 Oxfam International/Harvard Humanitarian Initiative (2010), S. 35f

13 Oxfam International/Harvard Humanitarian Initiative (2010), S. 33 f

14 Human Rights Watch (2009), S. 21

15 UN-Security Council (2009), Par 339

16 UN-Human Rights Council (2008), Par. 13

17 Human Rights Watch (2009), S. 23, 26

18 Human Rights Watch (2009), S. 27

19 Human Rights Watch (2009), S. 21 f

20 UN-Security Council (2009), Par. 341-344

21 Group International Crisis (2010), S. 6

22 Refugees International (2010), S. 2

23 ÖNZ (2009), S. 25

dass die EU auch außerhalb Europas operativ tätig werden kann, ohne auf Potenziale der NATO zurückzugreifen, wie Oberst a.D. Ludwig Jakob, in seinem Artikel „Im Interesse der EU oder der DR Kongo?“ in „Beiträge zur Friedensethik 42“ nachgewiesen hat. Es ist an der Zeit, dass die Bundesregierung die Versäumnisse der Vorgängerregierung nachholt und endlich zusammen mit den europäischen Partnern ein ressortübergreifendes, ziel führendes Gesamtkonzept für die Situation in der DR Kongo entwickelt, damit die andauernden schweren und systematischen Menschenrechtsverletzungen zur Unterdrückung der zivilen Bevölkerung im Ostkongo verhindert oder doch gemindert werden. Das wäre auch im Sinne des neuen „Afrika-Konzepts der Bundesregierung“, das bezeichnenderweise mit folgendem Zitat von Bundespräsident Horst Köhler beginnt: „Für mich entscheidet sich die Menschlichkeit unserer Welt am Schicksal Afrikas“.

Abkürzungen:

- DR Kongo – Demokratische Republik Kongo
- FARDC – staatliche kongolesische Armee
- CNDP – von Ruanda unterstützte Miliz in der DR Kongo
- Mai-Mai – aus „Selbstverteidigungsgruppen“ entstandene kongolesische Miliz
- FDLR – ehemalige Hutu-Milizen aus Ruanda, jetzt in DR Kongo verortet
- MONUC – UN Friedensmission in der DR Kongo
- RCD-Goma – von Ruanda unterstützte Miliz

Quellen:

- Human Rights Watch (2009): Soldiers who rape, commanders who condone. Sexual violence and military reform in the Democratic Republic of Congo, <http://www.hrw.org/en/reports/2009/07/16/soldiers-who-rape-commanders-who-condone-0> (27.4.2010).
- International Crisis Group (2010): Congo. L'enlèvement du projet démocratique, Policy Briefing Afrique No73, [http://www.crisisgroup.org/~media/](http://www.crisisgroup.org/~/media/)

[Files/africa/centralafrika/dr-congo/B73%20Congo%20-%20lenlissement%20du%20projet%20democratique.ashx](http://www.oenz.de/fileadmin/users/oenz/Aktuell/FDLR_Studie_OENZ_2009.pdf) (4.5.2010).

- Ökumenisches Netz Zentralafrika (2009): FDLR. Ruandische Hutu-Milizen in der DR Kongo, http://www.oenz.de/fileadmin/users/oenz/Aktuell/FDLR_Studie_OENZ_2009.pdf (5.5.2010).
- Oxfam International/Harvard Humanitarian Initiative (2010): Now the world is without me. An investigation of sexual violence in Eastern Democratic Republic of Congo, <http://www.oxfam.org/en/policy/now-world-without-me> (27.4.2010).
- Pole Institut (2010): Guerillas im Nebel. Wie Kongolesen den Krieg gegen die ruandische FDLR-Milizen im Osten der DR Kongo erleben und was Deutschland damit zu tun hat, http://www.oenz.de/fileadmin/users/oenz/PDF/POLE_Studie_FDLR_Guerillas_im_Nebel_Feb_2010.pdf (5.5.2010).
- Refugees International (2010): DR Congo. Unstable Areas endanger Returns, <http://www.refugeesinternational.org/sites/default/files/041910%20drc.pdf> (5.5.2010).
- UN Human Rights Council (2008): Report of the Special Rapporteur on violence against women, its causes and consequences, Yakin Ertürk, Addendum Mission to the Democratic Republic of the Congo, A/HRC/7/6/Add.4, <http://daccess-ddsny.un.org/doc/UNDOC/GEN/G08/111/42/PDF/G0811142.pdf?OpenElement> (5.5.2010)
- UN Human Rights Council (2009): Summary prepared by the office of the high commissioner for human rights, in accordance with paragraph 15 (c) of the annex to Human Rights Council Resolution 5/1 Democratic Republic of the Congo, A/HRC/WG.6/6/COD/3, http://lib.ohchr.org/HRBodies/UPR/Documents/Session6/CD/A_HRC_WG6_6_COD_3_EF.pdf (27.4.2010).
- UN-Security Council (2009): Final report of the Group of Experts on the Democratic Republic of the Congo, S/2009/603, http://www.congoplanet.net/download/UN_Report_Congo_Group_Experts.pdf (27.4.2010).

Kurznachrichten

Rückblick Fußballweltmeisterschaft

Die Fußball-WM hat auch Projekten katholischer Hilfswerke im Gastgeberland zu Erfolg verholfen. Das ist eine erste Bilanz bei Don Bosco Jugend Dritte Welt in Bonn und bei Missio in München. Beide Einrichtungen unterstützen stark Bildungsinitiativen in Südafrika, die bei der Entwicklung in dem jungen Land mit hoher Jugendkriminalitätsrate eine Schlüsselstellung einnehmen. „Das Interesse am Land von privaten Stiftungen und Spendern ist gestiegen.“, sagt Sprecherin Annegret Spitz von Don Bosco Jugend Dritte Welt rückblickend. Aber nicht nur Sponsoren und prominente Unterstützer ließen sich leichter mobilisieren, wie Missio-Präsident Pater Eric Englert feststellte. „Dabei sind auch Initiativen herausgekommen, bei denen sich deutsche Jugendliche überlegt haben, wie sie denn junge Leute in Südafrika unterstützen können.“

(ZENIT)

Reform des Sicherheitssektors im Kongo notwendig

Interview mit General Jean-Paul Michel

VON KLAUS LIEBETANZ

Vom 10. bis 11. Juni 2010 fand in der Heinrich Böll Stiftung in Berlin die Internationale Expertenkonferenz „Peace Needs in the DR Congo. Local and International Strategies for Conflict Resolution“ statt. Teilnehmer dieser Konferenz waren unter anderem:

- Jean-Paul Michel, Leiter der Mission EUSEC, Kinshasa
- Rene Ngongo, Träger d. Alternativen Nobelpreises, Greenpeace, Kinshasa
- Christian Manahl, östlicher Koordinator der UN-Mission in der Demokratischen Republik Kongo (MONUC), Goma
- Raphael Wakenge, Gründer der Initiative „Congolaise pour la Justice et la Paix“, DR Kongo
- Claudia Roth, Bundesvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen
- Jean Claude Katende, Präsident, „Association Africaine de Defense des Droits de l’Homme“ (ASADHO), DR Kongo

Im Verlauf dieser Tagung konnte Major a.D. Klaus Liebetanz für den AUFTRAG das folgende Interview mit dem Leiter der EUSEC RD CONGO General Jean-Paul Michel führen. Sollte erneut ein Einsatz europäischer Kräfte mit oder ohne Beteiligung deutscher Kräfte in diesem geschundenen Land notwendig werden, so hält es die Redaktion für wichtig, Informationen aus diesem Teil unserer Welt zu bekommen, der nicht ständig im Fokus unseres Interesses liegt.

AUFTRAG: *Schwere, systematische Menschenrechtsverletzungen haben im Ost-Kongo nicht nachgelassen. Über 50% der schweren und systematischen Menschenrechtsverletzungen zur Unterdrückung der Zivilbevölkerung werden nachweislich von Soldaten der FARDC kollektiv begangen. Dies berichten übereinstimmend die von den Vereinten Nationen eingesetzte Experten-Gruppe und zahlreiche Menschenrechtsorganisationen, wie Human Rights Watch (HRW) und Oxfam.*

Welchen effektiven Einfluss hat EUSEC auf die Sicherheitssektorreform der kongolesischen Streitkräfte um die schweren und systematischen Menschenrechtsverletzungen zu verhindern oder mindestens zu mildern?

General Michel: Die Zahlen, die mir über Menschenrechtsverletzungen von Soldaten der FARDC vorliegen, sind geringer. Wir sprechen bei der Tätergruppe besonders gegenüber Frauen von Männern in Uniform, weil sich die Uniformen von Soldaten der FARDC und den verschiedenen Rebellengruppen kaum unterscheiden und teilweise identisch sind. Ich will aber nicht bestreiten, dass auch Soldaten der FARDC an den schweren Men-

schenrechtsverletzungen beteiligt sind. Die FARDC besteht zum Teil aus Einheiten, die aus ehemaligen Rebellengruppen gebildet wurden, dem sog. Verwürfelungsverfahren. Die Disziplin dieser Verbände ist zur Zeit noch nicht ausreichend. Das Ziel von EUSEC ist eine Personalpolitik (human resource policy) zu schaffen, mit der menschlich ungeeignete Soldaten ausgesondert werden können, dem sog. Vetting-Verfahren). Die FARDC soll sukzessive von zurzeit 150.000 auf 80.000 gut trainierte und disziplinierte Soldaten reduziert werden. Damit wird auch der Missbrauch zurückgehen. Zwischenzeitlich sollen drei Feldjägerbataillone (Militärpolizei) aufgestellt werden, um die Straflosigkeit innerhalb der FARDC auf ein Mindestmaß zu reduzieren.

AUFTRAG: *Die ehemalige Kunda-Truppe (CNDP) ist 2009 formal der FARDC beigetreten. Sie führt aber weiterhin das Leben einer Rebellengruppe, die Lagerstätten von Coltan, Gold und Diamanten erobert und die Zivilbevölkerung mit schweren systematischen Menschenrechtsverletzungen unterdrückt. Hat EUSEC eine unmittelbare Kontrolle auf die CNDP?*

General Michel: Nein, EUSEC hat nicht genügend Experten um eine wirksame Einschätzung der Lage in der Tiefe des Landes durchzuführen. EUSEC hat lediglich vier Teams, mit jeweils 3-4 Experten im Ostkongo, wo 90% der kongolesischen Streitkräfte disloziert sind. Diese Teams befinden sich bei den wichtigen Kommandozentralen der FARDC nämlich in Kisangani (Orientale), Goma (Nord-Kivu), Bukavu (Süd-Kivu) und in Lubumbashi (Katanga).

AUFTRAG: *Ist die Zahl von 60 Offizieren und Feldweibel der EUSEC für die DR Kongo, die so groß ist wie Westeuropa, ausreichend?*

General Michel: Nein, diese Zahl ist lächerlich gering, um eine solche Aufgabe ordentlich durchzuführen; aber die verantwortlichen Mitglieder in den betreffenden Gremien der Europäischen Union haben die Zahl auf 60 Experten reduziert.

AUFTRAG: *Es wird immer wieder berichtet, dass Soldaten der FARDC schlecht oder überhaupt nicht bezahlt werden, so dass sie auf Plünderung und Unterdrückung der Zivilbevölkerung angewiesen sind. Welche Möglichkeit besitzt EUSEC die Auszah-*

lung des Soldes aller Soldaten der FARDC konkret und effektiv zu kontrollieren?

General Michel: EUSEC hat in den letzten Jahren eine Database von allen Soldaten der FARDC inklusive biometrischer Angaben erstellt, nicht zuletzt um die Bezahlung einer „Schattenarmee“ zu verhindern. Anfänglich bestand die kongolesischen Streitkräfte aus angeblich 300.000 Soldaten. EUSEC weiß, dass von Kinshasa aus der Sold für jeden einzelnen Soldaten angewiesen wird. Der Sold eines einfachen Soldaten beträgt monatlich 50 USD. Die Erfahrung zeigt aber, dass einzelne weit von den Kommandozentralen entfernte kleinere Einheiten ihren Sold nicht immer erhalten. Außerdem gibt es einzelne Vorgesetzte, die das System der Kleptomane praktizieren, in dem sie ein Teil des Soldes der einfachen Soldaten für sich behalten. EUSEC hat weder das Personal noch die Mittel, um das zu verhindern. Gelegentlich wird jedoch das Argument der Unter- oder Nichtbezahlung der Soldaten vom Militär als Entschuldigung und Rechtfertigung für die brutalen Übergriffe auf die Zivilbevölkerung genutzt. Generell muss aber ein Staat in der Lage sein, seine eigenen Soldaten zu bezahlen.

AUFTRAG: *Viele Kenner der Menschenrechtslage im Ost-Kongo halten den Abzug der MONUC ab 1.07.2011 für eine Katastrophe, weil sich dann die Menschenrechtslage noch weiter verschlimmern würde. Wie ist dem zu begegnen?*

General Michel: Am 28. Mai 2010 hat der VN-Sicherheitsrat mit der Resolution 1925 (2010) das Mandat der MONUC ausgeweitet. Der neue Name der VN-Mission heißt MONUSCO. Sie dient der Stabilisierung der DR Kongo und beginnt am 01.07.2010. Das Ende der Mission ist zunächst auf das Ende 2011 festgelegt. Die Mission kann aber verlängert werden, wenn die „Indikatoren des Fortschritts“ nicht erreicht würden. Insofern ist ein rascher Abzug der MONUC mit möglichen katastrophalen Folgen verhindert worden.

AUFTRAG: *Was kann aus Ihrer Sicht die deutsche Regierung tun, um die Lage der Menschen im Ostkongo zu verbessern?*

General Michel: Aus meiner Sicht muss es das erste Ziel der Bemühungen sein, eine effektive und rechtstaatliche Nationalarmee für die DR Kongo zu schaffen. In zweiter Priorität steht eine funktionierende Polizei und ein rechtsstaatliches Justizwesen. Die neue umgestaltete kongolesische Armee muss alle Milizen und Mafiagruppen daran hindern, weiter ihr Unwesen zu treiben und die illegale Ausbeutung der Rohstoffe des Landes zu betreiben. Dann wird auch die Regierung ausreichende finanzielle Mittel haben, um die Entwicklung des Landes voranzutreiben. Ohne die Reform des Sicherheitssektors sind alle anderen Bemühungen umsonst. Die Annahme, dass mit Wahlen und einem Mehrparteiensystem die Demokratie von allein kommt, ist ein Irrtum, wie wir im Kongo gesehen haben. Ohne Sicherheit gibt es keine Entwicklung.

Was kann die deutsche Bundesregierung tun, um die Reform des Sicherheitssektors voranzubringen? Ich war sehr froh, dass uns das deutsche Auswärtige Amt bei einem Projekt geholfen hat, 18.000 Soldaten der CNDP biometrisch innerhalb von 6 Wochen in einer Database zu erfassen, und da-

mit in die FARDC zu integrieren. Dafür sage ich ausdrücklich Dank. Wir brauchen aber auch weiterhin starke Unterstützung durch die deutsche Bundesregierung bei anderen Projekten der EUSEC, zum Beispiel bei der Demobilisierung und nachhaltigen Integration von ehemaligen Soldaten in die Zivilgesellschaft, damit diese nicht wieder zu Rebellengruppen gehen und/oder für die Mafia arbeiten.

AUFTRAG: *Zum Abschluss des Interviews möchten wir Ihnen noch eine ganz persönliche Frage stellen. Sind Sie mit Ihrer Mission als Leiter der EUSEC innerlich zufrieden? Oder würden Sie Ihren Auftrag lieber anders ausführen?*

General Michel: Ich bin Optimist. Natürlich bin ich nicht vollkommen zufrieden mit meiner Arbeit bei EUSEC. In Afrika gehen die Uhren anders. Man muss sehr viel Geduld haben. Man kann nicht mit dem Kopf durch die Wand gehen. Im Laufe der Zeit haben mein Stab, auf den ich sehr stolz bin, und ich einige Schritte nach vorn getan. Wir haben das Vertrauen der Kongolesen erlangt und Dinge erreicht, die wir vor zwei Jahren noch für unmöglich gehalten haben, besonders im finanziellen Bereich, der für uns zunächst verboten war. Man kann nicht von großen Fortschritten sprechen, aber die Tendenz stimmt.

Dokumentationszentrum über Völkermord in Ruanda eröffnet

In Ruanda ist ein Dokumentationszentrum über den Völkermord von 1994 eröffnet worden. Das von der nationalen Kommission für den Kampf gegen Völkermord in der Hauptstadt Kigali eingerichtete Zentrum soll vor allem über die Arbeit der lokalen Gerichte (Gacacas) Auskunft geben. Die entsprechenden Dokumente seien nun an einem Ort zugänglich, berichtet die Tageszeitung „The New Times“. Die Dorfgerichte waren 2001 entstanden und basieren auf der traditionellen Rechtsprechung. Ziel ist es, eine Aussöhnung von Opfern und Tätern des Genozids von 1994 zu schaffen. Nach UN-Angaben kamen bei dem Völkermord in Ruanda rund 800.000 Tutsi und gemäßigte Hutu ums Leben. Vom April 1994 an töteten Angehörige der Hutu-Mehrheit innerhalb von 100 Tagen etwa 75 Prozent der in Ruanda lebenden Tutsi-Minderheit sowie moderate Hutu, die sich am Völkermord nicht beteiligten oder aktiv dagegen einsetzten. (KNA)

In der noch laufenden Transformation soll die Bundeswehr grundlegend verändert werden. Eine Strukturkommission wird dem Bundesminister Modelle vorschlagen, wie das vorgesehene Einsparpotenzial erreicht werden kann, ohne die Effizienz der Armee allzu stark einzuschränken. Dabei wurde die Wehrpflicht teilweise in Frage gestellt. Die folgenden zwei Artikel von Oberstlt a.D. Helmut Jermer drücken zum Einen den Unmut über die Sorglosigkeit der Politiker aus, zum Anderen nennt das Mitglied des Sachausschusses Innere Führung elf gute Argumente für die Wehrpflicht.

Allgemeine Wehrpflicht – ein Abgesang?

VON HELMUT P. JERMER

Als ehemaliger Berufssoldat und Sympathisant der Allgemeinen Wehrpflicht kann ich mich nur wundern, wie die politisch Verantwortlichen mit der hochsensiblen Frage nach der angemessenen Wehrform für die Bundesrepublik Deutschland bisher umgegangen sind.

Gestern noch haben die „Volksparteien“ einmütig die Notwendigkeit der Allgemeinen Wehrpflicht „von der Kanzel“ verkündet; sie merken nicht, dass sie längst zu Sterbehelfern der Wehrpflicht geworden sind, angefangen mit der Postkartenlösung (Heiner Geißler, CDU), die das Verweigern so leicht und verlogen gemacht hat – Ausnahmen bestätigen die Regel – bis hin zu der Tatsache, dass inzwischen mehr junge Männer „zivilen Ersatzdienst“ (so die richtige Bezeichnung) als Grundwehrdienst leisten. De iure war und ist der Wehrdienst auf der Grundlage der Allgemeinen Wehrpflicht die Regel, und der zivile Ersatzdienst – wie der Begriff vermittelt – die Ausnahme. Diese Position ist auch heute noch stichhaltig und wahrhaftig im Sinne des seinerzeitigen Gesetzgebers. Das hat der zeitgeisthörigen „68er Spätlese“ schon damals (70/80er Jahre) nicht gepasst. Seit vielen Jahren setzen sie mit billigem Populismus diese wertvolle Errungenschaft der wehrhaften Demokratie nach dem Motto: „Wie es euch gefällt“ aufs Spiel. De facto ist der zivile Ersatzdienst inzwischen zur Regel geworden – verdrehte Welt. Diese die Allgemeine Wehrpflicht aushöhlende Entwicklung sollte vordergründig Wehrgerechtigkeit (ein komischer Begriff) herstellen, hat aber bestenfalls ein wenig mehr „Dienstgerechtigkeit“ herbeimanipuliert. Der Umgang des Gesetzgebers mit der Allgemeinen Wehrpflicht erinnert den Autor an das Kinderlied von den „Zehn Kleinen Negerlein“.

Als kritischer Betrachter der Entwicklung der Allgemeinen Wehrpflicht von 1956 bis heute stelle ich etliche Ungereimtheiten fest. M.E. waren und sind sich die politischen Verantwortlichen nicht immer bewusst (gewesen), dass ihr Umgang mit der Wehrpflicht am Ende zu ihrer (de jure) Aussetzung und (de facto) Abschaffung führen wird.

Volker Rühle behauptete als Bundesminister der Verteidigung schon Mitte der 90er Jahre, wir seien „von Freunden umzingelt“. Geografisch gesehen hat(te) er recht. Sicherheitspolitisch ist diese Aussage angesichts der diffusen terroristischen Gefahr mit ihren asymmetrischen Bedrohungsformen kritisch. Einerseits hat sich die „euregionale“ Sicherheitslage in den letzten zwei Jahrzehnten deutlich stabilisiert, andererseits beantragen global vagabundierende Terroristen keine Einreisevisa. Für die (inländische) Terrorbekämpfung ist nach der Verfassung die Polizei zuständig, Wehrpflichtige könnten einen eventuellen Personalmangel im Bereich der inneren Sicherheit also kaum kompensieren. Im übrigen hat der „Erfinder“ der allgemeinen Wehrpflicht, der Franzose Lazare N. M. Carnot (von 1793 bis 1797 Organisator der französischen Landesverteidigung), schon seinerzeit die Bedingung an die Wehrpflicht geknüpft, dass man junge Männer nur dann in Pflicht nehmen darf, wenn die Nation in existentieller Gefahr sei. Wer also die Allgemeine Wehrpflicht beibehalten will, muss sie glaubwürdig(!) begründen. Darauf hat der ehemalige Bundespräsident Roman Herzog beim 40jährigen (1995) Bestehen der Bundeswehr vor Kommandeuren hingewiesen: „Die Wehrpflicht ist ein so tiefer Eingriff in die individuelle Freiheit des jungen Bürgers, dass ihn der demokratische Rechtsstaat nur fordern darf, wenn es die äußere

Sicherheit des Staates wirklich gebietet. Sie ist also kein allgemeingültiges ewiges Prinzip, sondern sie ist auch abhängig von der konkreten Sicherheitslage. Ihre Beibehaltung, Aussetzung oder Abschaffung und ebenso die Dauer des Grundwehrdienstes müssen sicherheitspolitisch begründet werden können. Gesellschaftspolitische, historische, finanzielle und streitkräfteinterne Argumente können dann ruhig noch als Zusätze verwendet werden. Aber sie werden im Gespräch mit dem Bürger nie die alleinige Basis für Konsens sein können. Wehrpflicht glaubwürdig zu erhalten, heißt also zu erklären, weshalb wir sie trotz des Wegfalls der unmittelbaren äußeren Bedrohung immer noch benötigen.“

Auch wenn das Bundesverfassungsgericht die „Dienstgerechtigkeit“ relativiert und verwässert hat und ausschließlich vom politisch entschiedenen Bedarf(?) der Streitkräfte abhängig sieht – es war und ist dennoch ungerecht, wenn junge Männer jahrgangweise unterschiedlich belastet werden, und Frauen – ich habe gelesen, dass ca. ein Drittel kinderlos bleiben – überhaupt nicht herangezogen werden. Und warum hat sich eigentlich bisher niemand aufgeregt, dass nur Familien (mit Söhnen) belastet wurden und immer noch werden? Welchen Beitrag leisten eigentlich Eheleute ohne Kinder oder Familien, die keine Söhne haben? Dass einige Gruppen belastet werden und andere nicht, ist ungerecht.

Das Herumspielen (Kompensieren) mit Tauglichkeits- und Freistellungskriterien – nicht einmal die Hälfte eines Jahrgangs wird zurzeit zum Wehr- oder zivilen Ersatzdienst herangezogen (Kompass 6/10, S. 10) – trägt ebenfalls nicht zur Dienstgerechtigkeit bei. Ebenso merkwürdig war und ist die bis heute fünf Mal

reduzierte Dauer des Wehrdienstes. Die militärische Führung warnte jedes Mal vor den Folgen verkürzter Ausbildung und zu kurzen Erfahrungs- und Übungszeiten der GWDL; die politisch Verantwortlichen dagegen haben sich darüber hinweggesetzt. Seit dem Wegfall der „Gewissensprüfung“ sollten die Zivilen Ersatzdienst Leistenden bewusst länger dienen und damit die Ernsthaftigkeit Ihrer Gewissensgründe glaubhaft machen. Auch dieser Unterschied wurde „wegpopularisiert“ – ein weiterer Sargnagel für die (stetig abnehmende) Glaubwürdigkeit und Wertschätzung der Allgemeinen Wehrpflicht seitens der politisch Verantwortlichen. Die Allgemeine Wehrpflicht im Sinne des Begriffes ist faktisch abgeschafft (worden), bestenfalls gibt es eine Allgemeine Dienstpflicht, denn nicht mehr Grundwehrdienstleistende sondern „Zivis“ stellen seit einiger Zeit die Mehrheit.

Auch die Ausgestaltung des Wehrdienstes steht nach wie vor in der Kritik. Wenn es die „Organisation“ nicht schafft, die den jungen Männern genommene Zeit mit sinnvoller Beschäftigung zu füllen, statt ihnen Gammeldienst zuzumuten, verliert der Grundwehrdienst seine Legitimation. Bis zum Wehrbeauftragten durchgereichte Beschwerden (Eingaben) füllen und sprengen Bände. Sinnlose oder artfremde Tätigkeiten verstoßen gegen die Menschenwürde. Wer zwangsverpflichteten jungen Männern stumpfsinnige Tätigkeiten zumutet oder sie durch „Nichtstun“ verelenden lässt, nimmt sie nicht ernst und sollte von seiner Verantwortung als Vorgesetzter entbunden werden. Die phantasielose Ausrede: „warum sollen die es besser haben als wir?“ war früher so dumm wie sie es heute ist. Am Ende seiner Dienstzeit sollte vielmehr jeder „gediente“ Wehrpflichtige folgende Fragen mit „ja“ beantworten können: Erstens: Wurde ich gebraucht? Zweitens: War mein Dienst sinnvoll? Drittens: Wurde ich anständig behandelt? bzw: Waren meine Vorgesetzten fair, anständig, vorbildlich, kompetent?

Ist es in diesem Zusammenhang Wehrpflichtigen zu verdenken, wenn sie sich für den scheinbar sinnvollen Dienst interessieren? Ist es nicht auch eine Gewissensfrage und -ent-

scheidung, wenn sie erwägen, wem oder welchem Sozial- oder Pflegedienst sie die ihnen genommene Zeit „schenken“ oder anders gefragt: Können es junge Männer mit ihrem Gewissen vereinbaren, sich ihre Zeit durch Desorganisation oder Desinteresse (Ausbildungs- und Dienstgestaltung) „totschlagen“ zu lassen? So jung sie auch seien: Zeit ist Leben – Lebenszeit!

Die Wertschätzung der jungen, dienstbereiten Männer seitens des Dienstherrn zeigt sich nicht nur im Umgang mit ihnen, sondern auch darin, was ihnen zugedacht oder zugemutet wird. Der Wehrbeauftragte hat schon häufig den Zustand der Unterkünfte beklagt. Es wäre einem entwickelten Land wie der Bundesrepublik Deutschland durchaus angemessen, wenigstens Jugendherbergs-Standard in den Mannschafts-Unterkünften sicherzustellen. In diesem Zusammenhang wäre es interessant zu wissen, welchen Ausstattungsstandard die seinerzeit in Stammheim einsitzenden Terroristen „genossen“ haben. Oder anders gefragt: Wie geht eigentlich der Staat mit denen um, die ihn verteidigen und schützen, und wie mit jenen, die ihn bekämpfen?

In Ländern, die sich bereits von der Wehrpflicht verabschiedet haben, leisten junge Männer keinen Pflichtdienst zur Landesverteidigung. Im vereinten Europa herrscht heute eine bisher kaum beklagte, weil offensichtlich noch nicht wahrgenommene Ungerechtigkeit.

Warum sollen junge Belgier, Franzosen oder Engländer keinen Dienst zur Verteidigung ihrer jeweiligen Nation leisten, während beispielsweise junge Deutsche „mit Haut und Haar“ ihrem Vaterland einen in ihre Lebensgestaltung einschneidenden Dienst zu leisten haben? Von 27 EU-Mitgliedstaaten haben bereits 21 die Wehrpflicht ausgesetzt!

Meines Erachtens kann die Allgemeine Wehrpflicht in Deutschland heute nur noch im Rahmen einer Allgemeinen Dienstpflicht überzeugend dargestellt werden. Mit einer solchen wirklich allgemeinen Inpflichtnahme junger Menschen ließe sich ein effektiver Heimat- und Katastrophenschutz personell generieren. Dazu zählen Dienste bei allen Organisatio-

nen, die diesem Ziel unmittelbar oder mittelbar dienen, wie z.B. Landesverteidigung (gibt es eigentlich noch ein entsprechendes militärisches Bedrohungsszenario?), Zivil- und Katastrophenschutz (THW und Feuerwehren), Unfallhilfe auf der Autobahn (z.B. unsägliche Staus nach Unfällen schnell auflösen), ABC-Abwehr als Umweltpolizei, Landschafts- und Gewässerschutz (Deichbau). Und mit dieser Lösung könnte de facto Dienstgerechtigkeit hergestellt werden. Heimat- und Umweltschützer und andere nützliche Dienstleister kann es eigentlich nicht genug geben! Man könnte eine solche „Nationalgarde“ für all' diese Aufgaben organisieren, warum nicht? Es wäre schlicht zu regeln, dass jede(r) Taugliche eine gewisse Zeit der Gemeinschaft schenkt und damit dem Gemeinwohl dient. Die Dienstzeit könnte ebenso der Persönlichkeitsentwicklung wie der beruflichen Orientierung nützen. Im Krisenfall wäre die „Nationalgarde“ (Beispiel USA) eine notwendige und wirksame Ergänzung, die auftragsorientiert aufwachsen und – einsatzbezogen ausgebildet – neben die Einsatzkräfte gestellt werden könnte; diese ließe sich entsprechend ihren speziellen Aufgaben professionalisieren und auf ihre vielfältigen Aufgaben konzentrieren, was dazu beitragen würde, die Effizienz im Einsatz zu steigern. Würde die Allgemeine Wehrpflicht beibehalten und aufgewertet, so gäbe es also eine zweigeteilte Armee: Einsatzkräfte und Heimatschutztruppen. Letztere wären – sprichwörtlich schnell wie die Feuerweh – dann eben nicht als minderwertig oder zweitklassig angesehen, was übrigens auch eine Frage des Selbstbewusstseins ist! Und aus den dienstpflichtig rekrutierten Truppen könnte schließlich auch der Nachwuchs für die Einsatzkräfte gewonnen werden. Beides sind gleichermaßen vornehme Aufgaben: Heimatschutz im Auftrag des eigenen Volkes oder Friedensmissionen im Ausland im Namen des Völkerrechts. Falls eine solche oder ähnliche Lösung nicht verfolgt wird, sollte die Wehrpflicht konsequenterweise ausgesetzt werden. Die Abschaffung ist dann eine Frage der Zeit. Ob das aber für unser Land gut wäre? □

Argumente pro Allgemeine Wehrpflicht

VON HELMUT JERMER

Diese im Jahr 2000 auf der Bundesmännerkonferenz der KJG (Katholische Junge Gemeinde) in Altenberg in ähnlicher Form vorgebrachten Argumente sind heute genauso stichhaltig wie seinerzeit und sollten nicht leichtfertig außer Acht gelassen werden. Gerade die jüngste Diskussion um die Wehrpflicht zeigt einen merkwürdigen Ansatz: Ist es wahr, dass der Bundesminister der Verteidigung die Wehrform von der Kassenlage abhängig macht? Sollte nicht vielmehr gründliches Abwägen eine so weitreichende Veränderung bestimmen? Die folgenden elf Argumente mögen einen Beitrag zur Nachdenklichkeit und Vor-Sicht leisten, damit „das Kind nicht leichtfertig mit dem Bade ausgeschüttet wird“.

1. Die Allgemeine Wehrpflicht, die mit dem Artikel 12a Grundgesetz demokratisch legitimiert ist, macht die Verteidigung des Landes, konkret den Schutz der freiheitlich verfassten und demokratisch angelegten politischen Ordnung des Grundgesetzes, zu einer Angelegenheit aller wehrfähigen (männlichen) Bürger.
2. Nur eine wehrhafte Demokratie kann im Kräftespiel der Politik bestehen. Ein Staat mit 80 Mio. Menschen in der Mitte Europas sollte, wenn er ernst genommen werden will, eine respektable Armee unterhalten (so, wie jede Kommune sich eine wirksame Feuerwehr leistet). Denn militärische Herausforderungen wird es auch in Zukunft geben. Die Wehrpflicht schafft die optimale Voraussetzung, genügend wehrfähige junge Männer zu rekrutieren. Neben strukturellen und materiellen Aufwendungen ist der Personalumfang ein wesentlicher Beitrag zur Bündnis-solidarität. (Burdensharing) Der nationale Beitrag ist Maßstab für den Einfluss im Bündnis.
3. Der Wehrpflichtige leistet mit dem Wehrdienst einen persönlichen Beitrag für das Gemeinwohl. Als besonders intensive Form der „Inpflichtnahme“ durch den Staat stiftet der Wehrdienst nachhaltig Identität mit dem Gemeinwesen. Der Grundwehrdienst ist daher ein besonders deutlicher Beitrag zum Gemeinwohl; intensiver als die Steuerpflicht als finanzielle Abgabe ist der Wehrdienst persönliche Hingabe in Form von Zeit und Arbeitskraft.
4. Die Wehrpflicht schafft eine Bürgerarmee, die in hohem Maße für die Integration des Militärs in die staatliche Gemeinschaft und in die pluralistische Gesellschaft sorgt. Durch den personellen Austausch, durch das Kommen und Gehen, durch Einberufung und Entlassung, werden die Bundeswehr im allgemeinen und die Vorgesetzten als deren Repräsentanten im besonderen ständig herausgefordert, militärische Verhaltensweisen mit zivilen Lebensstilen in Einklang zu bringen.
5. Durch die Wehrpflicht bleibt die Bundeswehr eine junge Armee, die einen Vergleich mit den „Profis“ aus Freiwilligenstreitkräften nicht zu scheuen braucht. Die Allgemeine Wehrpflicht macht die Bundeswehr zu einer intelligenten Armee, zumal sie ihren Nachwuchs nicht im Wettbewerb mit der Wirtschaft und aus allen Berufen rekrutieren muss.
6. Der Charakter einer Bürgerarmee unterscheidet sich von einer „Söldnerarmee“ durch den persönlichen Bezug zum Gemeinwesen, zur schutzwürdigen politischen Ordnung. Die spezielle, in der Bundeswehr kultivierte Gehorsamskultur sorgt dafür, dass sich militärisches Handeln an den Werten und Normen des GG orientiert: Wehrpflichtige stellen Vorgesetzte intensiver als Berufs- und Zeitsoldaten vor die Notwendigkeit, ihre Befehle einsichtig zu machen: Gehorsam aus Einsicht in die Notwendigkeit! Oder anders: Wehrpflichtige haben, weil sie nicht freiwillig dienen moralisch betrachtet einen größeren Anspruch, die Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit von Befehlen zu hinterfragen (Legitimation). Wenn Zeit- oder Berufssoldaten Befehle hinterfragen, werden sie gelegentlich mit dem plumpen „Totschlagargument“ konfrontiert: „Sie sind ja freiwillig hier! – Sie werden ja bezahlt.“
7. Die wehrpflichtigen Soldaten bilden einen „Hygienefaktor“ in der Bundeswehr. Sie dürfen nur zum Heimatschutz und zur Bündnisverteidigung eingesetzt werden. Die politisch Verantwortlichen wissen, dass die Grundwehrdienstleistenden nicht für Auslandseinsätze (außerhalb des Bündnisgebietes) zur Verfügung stehen. Sie schützen somit vor voreiligen und unüberlegten Einsätzen und sorgen auf diese Weise auch dafür, dass die Bundeswehr nicht zu einer „Allerwelts-Interventionsarmee“ mutiert.
8. Die Wehrpflicht schafft gute Voraussetzungen, für den Fall einer existentiellen Bedrohung des eigenen Landes oder des Bündnisgebietes die Fähigkeit zum Aufwuchs durch Heranziehen von Reservisten zu organisieren. In einer sich entwickelnden Krisensituation kann die Mobilmachung als politisches Mittel eingesetzt werden, um einem möglichen Aggressor die Entschlossenheit zu demonstrieren, sich selbst zu behaupten und nicht klein beizugeben (konventionelle Eskalationsdominanz / Abschreckung).
9. Die Wehrpflicht sorgt dafür, dass die Rekruten aus allen Bevölkerungs- und Bildungsmilieus herangezogen werden. Das Einberufungsalter und die Tatsache, dass (bisher) nur Männer dienen müssen, macht die Bundeswehr zu einer Art „Hohlspiegel“ der Gesellschaft. Die Rek-

ruten wollen und sollen von den Vorgesetzten bzw. der Truppe so akzeptiert werden, wie sie sind – ein nicht zu unterschätzender Hygienefaktor in pädagogischer und psychologischer Hinsicht (Menschenführung).

10. Die Bundeswehr setzt sich zu einem größeren Teil aus Zeit- und Berufssoldaten und aus einem geringeren Teil aus Grundwehrdienstleistenden zusammen. Die Wehrpflicht sorgt dafür, dass aus der Truppe heraus ein nicht un-

erheblicher Teil des Nachwuchses für den freiwilligen Dienst in den Streitkräften gewonnen werden kann.

11. Die Konzeption der Inneren Führung als eine von der Wehrpflicht nachhaltig beeinflusste und geförderte „Unternehmenskultur“ sorgt dafür, dass die Streitkräfte der Bundesrepublik Deutschland demokratiefreundlich und gesellschaftsverträglich sind. Innere Führung überträgt das Menschenbild des Grundge-

setzes in die Bundeswehr und prägt entscheidend ihre innere Verfassung. Wehrpflichtige Soldaten wollen von der Notwendigkeit ihres Dienstes und von der Rechtmäßigkeit der Aufträge immer wieder neu überzeugt werden, wenn von Ihnen verlangt wird, „der Bundesrepublik Deutschland treu zu dienen und das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen!“ (Legitimation, Information, Motivation). □

Katholikenrat beim Katholischen Militärbischof für die Deutsche Bundeswehr

Aufruf des Vorstandes zur Strukturreform der Bundeswehr

Aufgabe des Katholikenrates beim Katholischen Militärbischof für die Deutsche Bundeswehr ist es, als Angehörige der Streitkräfte in einem demokratischen Staat Entwicklungen im gesellschaftlichen, staatlichen und kirchlichen Leben zu beobachten und die Anliegen der Katholiken des Jurisdiktionsbereichs des Katholischen Militärbischofs in der Öffentlichkeit zu vertreten.

Die Bundeswehr steht vor großen Herausforderungen. Deshalb sollen in den nächsten Jahren ihre Strukturen auf größere Wirksamkeit im Einsatz ausgerichtet, zivile und militärische Führungsorganisation gestrafft und bürokratische Hemmnisse abgebaut werden. Aufgaben, Fähigkeiten und Ausrüstung der Bundeswehr müssen unter Berücksichtigung der verfügbaren Finanzmittel und im Rahmen eines streitkräftegemeinsamen Ansatzes synchronisiert und dabei unsere multinationalen Verpflichtungen berücksichtigen werden.

Die Erwartungen des Katholikenrates an diese Strukturreform erwachsen aus der Perspektive des christlichen Glaubens und enthalten wichtige Ziele für die Gestaltung der zukünftigen Bundeswehr. Wir rufen dazu auf, unsere Anliegen in der Arbeit der Kommission und bei der Umsetzung der Ergebnisse zum Wohle unserer Soldaten und ihrer Familien zu berücksichtigen:

- bei der ethischen Bildung und Werteentwicklung der Soldatinnen und Soldaten unverändert das christlich abendländische Menschenbild zu Grunde zu legen;
- die Themen der berufsethischen Aus- und Weiterbildung in die Ausbildungspläne, insbesondere auch die der Truppen-, Offizier- und Unteroffizierschulen, weiterhin fest zu integrieren und deren Umsetzung zu überprüfen;
- flexible und innovative Strukturen mit dem Ziel zu entwickeln, weiterhin die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern und so eine wichtige Voraussetzung für eine nachhaltige Gewinnung von qualifiziertem Personal für die Bundeswehr zu erhalten;
- die strukturellen und rechtlichen Möglichkeiten zu verbessern, damit Soldatinnen und Soldaten mit seelischen oder körperlichen Verwundungen im Dienst verbleiben können, wenn sie dies wünschen;
- die nachhaltige Fürsorge, Betreuung und Versorgung der Soldatinnen und Soldaten und ihrer Familien, insbesondere auch der Hinterbliebenen, sicherzustellen;
- den häufig unterschiedlichen kulturellen Hintergrund der Soldatinnen und Soldaten in der Bundeswehr zu respektieren und die sich daraus ergebenden Chancen für interkulturelle Kompetenz besser zu nutzen;
- bezüglich der Allgemeinen Wehrpflicht weiterhin die wichtige Klammerfunktion zwischen Streitkräften und Gesellschaft zu verstehen und dabei die Wehrgerechtigkeit zu beachten;
- den Sanitätsdienst der Bundeswehr so zu strukturieren, dass eine qualitativ hochwertige und angemessene medizinische Versorgung der Soldatinnen und Soldaten im Einsatz und an den Heimatstandorten gewährleistet ist;
- eine sachgerechte personelle und materielle Ausstattung der Militärseelsorge sicherzustellen sowie dabei die sich aus den Einsätzen und den Bedürfnissen der Soldaten und ihrer Familien an den Friedensstandorten ergebenden Aufgaben in effektiver Balance zu halten;
- die Rahmenbedingungen für das ehrenamtliche Engagement von Soldatinnen und Soldaten in der Militärseelsorge weiterhin sicherzustellen.

Beschlossen vom Vorstand des Katholikenrats beim Katholischen Militärbischof für die Deutsche Bundeswehr am 19.06.2010

2. Ökumenischer Kirchentag

„Damit ihr Hoffnung habt“

Eindrücke vom 2. Ökumenischen Kirchentag in München

VON KLAUS LIEBETANZ

Das christliche Glaubensfest des 2. Ökumenischen Kirchentages vom 12.-16. Mai 2010 in München war mit 125.000 Dauerteilnehmern und ca. eine Million täglichen Teilnehmern bei den über 3.000 Einzelveranstaltungen wieder das größte geistige und geistliche Ereignis in Deutschland und wohl auch in Europa. Neben Gottesdiensten und täglichen Bibelarbeiten stand das Zusammenleben der vielfältigen christlichen Orientierungen und das verantwortliche Handeln der Christen heute in und für die Welt im Vordergrund. Alles was Rang und Namen in Politik und Gesellschaft hat, einschließlich vieler prominenter Vertreter aus dem Ausland, war in München dabei. Der folgende Beitrag gibt einige (subjektive) Eindrücke vom 2. Ökumenischen Kirchentag wieder.

Der Bundespräsident als Glaubenszeuge und Mahner

Bundespräsident Horst Köhler betonte bei seinem Grußwort zur Eröffnung dieses großen Laintreffens auf der Theresienwiese, dass der 2. Ökumenische Kirchentag gerade zur rechten Zeit käme. Die Christen beider Konfessionen seien verunsichert durch Missbrauchsskandale innerhalb der Kirche und durch den Stillstand in der Ökumene. Er verwies auf die großen Verdienste der Kirchen für eine soziale und humane Welt. Er rief die Gläubigen auf, sich nicht entmutigen zu lassen, sondern als mündige Christen Weltverantwortung zu übernehmen und sich für Fortschritte in der Ökumene einzusetzen.

An die beiden Kirchen appellierte er, „eine neue innere Mission zu beginnen“. Es ginge dabei um die spirituelle Selbstvergewisserung der Christen und um die Frage, was Christsein in der Welt angesichts der Herausforderungen durch demografischen Wandel, Klimaveränderung, Finanzkrise und anhaltende Armutprobleme in der 3. Welt bedeute. Im Rheinischen Merkur (Nr. 19/2010) äußerte sich der überzeugte evangelische Christ wie folgt: „Bestimmt werden wir in den kommenden Jahren nicht das (wirtschaftliche) Füllhorn ausgießen können. Wir stehen vor einer Phase der Konsolidierung, nicht nur bei den Staatsfinanzen, sondern auch in Bezug auf das Bewusstsein der Menschen. Die Grenzen der Biosphäre auf unserem Planeten zeigen Grenzen für die Wünsche der Menschen auf.

Das muss man jedoch nicht nur als Verzicht, als Einschränkung und als Not begreifen. Diese Phase der Konsolidierung kann uns auch zu neuer Spiritualität führen, zu einem neuen Bewusstsein für Harmonie und Übereinstimmung menschlichen Lebens mit der Natur dieses Planeten. Wenn wir das schaffen, muss unsere künftige Lebensqualität nicht schlechter sein als die heutige, die doch viel zu sehr vom materiellen „Immer mehr“ geprägt ist. Wohlergehen erwächst nicht nur aus Konsum. Der Mensch lebt nicht nur vom Brot allein. Er braucht menschliche Zuwendung, Empathie. Gerade da liegt manches im Argen. Die Menschen vereinsamen in einer Wohlstandsgesellschaft. Immer mehr fühlen sich trotz wirtschaftlichen Wachstums nicht mehr gebraucht und werden mit sozialpolitischer Alimentierung ruhiggestellt. Ich glaube, ein Umdenken ist nötig. Es kann unserm Land auch neue seelische Kraft bringen“.

Erschöpft und ausgebrannt!
Was tun?

Im Geistlichen Zentrum auf dem Messegelände gab es eine interessante Veranstaltung mit einem der Stars des Kirchentages, Pater Dr. Anselm Grün von der Benediktiner-Abtei Münsterschwarzach. Die Halle war wie immer, wenn der Benediktiner mit seinem Rauschebart auftritt, vor Beginn der Veranstaltung wegen Überfüllung geschlossen und stand unter dem Thema „Selber dürsten und andern das Wasser reichen. Darf Kirche

beschädigt sein?“. Vorbereitet wurde das Podium vom katholischen Recollectio-Haus Münsterschwarzach und dem evangelischen Haus Respiratio, Rödelsee. In beiden Häusern werden katholische und evangelische Geistliche bis zu einem halben Jahr lang therapiert, wenn sie erschöpft und ausgebrannt sind und unter Versagenssyndromen leiden. Die Häuser liegen nur 20 km voneinander entfernt. Sie sind die einzigen Einrichtungen dieser Art in Deutschland. Das Recollectio-Haus wird von Pater Wunibald Müller geleitet. Er hat neben Theologie und Philosophie auch Psychologie studiert und ist Autor zahlreicher einschlägiger Bücher. Er wird von seinem Mitbruder Pater Anselm Grün unterstützt. Das evangelische Haus Respiratio wird u.a. von Schwester Ingrid Tabea Lutz geleitet, die einer evangelisch-benediktinischen Schwesternkongregation angehört, die auch die Einrichtung betreibt. Das „Burn-out-Syndrom“ (med. Erscheinungsform der völligen seelischen u. körperlichen Erschöpfung) ist natürlich nicht nur auf Geistliche beschränkt, sondern ist eine alltägliche Erscheinung in unserem anstrengenden und perfektionierten Berufsleben. Aber gerade für Geistliche, welche die frohmachende und befreiende Botschaft des Evangeliums zu verkünden haben, ist es besonders bitter, an dieser Aufgabe zu scheitern und deshalb an Versagenssyndromen zu leiden.

Im Folgenden ein kleiner Ausschnitt der Erkenntnisse aus dieser Veranstaltung:

- Das Abenteuer Leben geschieht nicht ohne Beschädigungen (Pater Wunibald).
- Sich selbst kennenlernen und ein Leben lang annehmen.
- Das eigene Selbstbild nicht idealisieren.
- In der eigenen Krise eine Chance sehen.
- Die Arbeit für Gerechtigkeit darf nicht zur Selbstdarstellung und zur Machtausübung führen.
- Bei Überarbeitung muss abgerüstet werden.
- Eigene Bedürfnisse dürfen auf Dauer nicht unterdrückt werden.
- Wichtig sind persönliche Beziehungen zu den Mitmenschen. Kein Einzelgänger werden.
- In schwierigen Situationen Geduld haben und auf die Phantasie Gottes vertrauen.

Das Phänomen Anselm Grün

Pater Anselm spricht immer frei und authentisch. Er kann tiefe religiöse Gedanken einfach und verständlich darlegen. Es ist immer faszinierend, ihm zuzuhören. Der Benediktiner hat zusätzlich Betriebswirtschaft studiert und leitet als Cellar (Kellermeister) den Betrieb Kloster Münsterschwarzach mit ca. 120 Mitarbeitern. Er hält u.a. Vorträge bei Managern und ist der meistgelesene geistliche Autor in Deutschland und hat zahlreiche Bücher in Millionenaufgabe verfasst. Es ist ein erstaunliches Phänomen, dass ein sog. mittelalterlicher Klostermann der modernen Welt etwas zu sagen hat.

Margot Käßmann, der „Popstar“ des Kirchentages

Margot Käßmann ist wieder da. Bei ihrer ersten morgendlichen Bibelarbeit in der überfüllten Halle C2 des Messegeländes wurde sie mit minutelangem Beifall begrüßt. Am Abend feierte sie im Dom zu Unserer Lieben Frau mit musikalischer Begleitung von „Evas Schwestern“ aus Dresden einen ökumenischen Frauengottesdienst mit dem Thema: „Vor uns die Sintflut? Mit der Erde leben. Gottes Bund trauen“. Der Dom war bis auf den letzten Stehplatz randvoll. In ihrer Predigt beklagte sie die unersättliche Gier der Börsenmakler und Hedge Fonds, welche die Weltwirtschaft an den Rand einer Katastrophe gebracht

und in der 3. Welt infolge der Globalisierung großes Elend verursacht hätten. Darunter hätten besonders die Frauen in der 3. Welt zu leiden, weil diese die Leistungsträger ihrer Familien seien. Käßmann sprach sich für Geburtenkontrolle aus und lobte die Vorzüge der Anti-Baby Pille, die für viele zunächst etwas Anrüchiges gehabt habe. „Wir können sie aber auch als Geschenk Gottes sehen“. Sie ver helfe den Frauen zu einem selbstbestimmten Leben und vermeide ungewollte Schwangerschaften. Vor ihrer Predigt hatte eine Wissenschaftlerin vom Potsdam Institut für Klimaforschung auf die ernsten und katastrophalen Folgen des Klimawandels für die 3. Welt hingewiesen, wenn die Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft nicht endlich mit entschiedenen Maßnahmen gegensteuern.

Das Phänomen Margot Käßmann

Käßmanns Redestil ist locker und souverän. Sie fügt immer wieder kleine Anekdoten ein, welche die Zuhörer zum Lachen bringen. Sie spricht die Sprache unserer Zeit. Dabei ist sie nicht ganz frei von Populismus. Ihre Predigt oder Bibelarbeit wird immer wieder vom Beifall unterbrochen. Sie spricht den Zuhörern aus der Seele und gelegentlich nach dem Munde. Sie sieht den Auftrag der Kirche weniger in der spirituellen Anleitung der Gläubigen, sondern vielmehr im weltlichen „Engagement“. Das unterscheidet sie von Anselm Grün. Sie ist geprägt von der christlich-amerikanischen Befreiungs- und Protestbewegung. Das Persönliche spielt bei Käßmann immer eine große Rolle. Die Schilderung ihrer eigenen, zum Teil schmerzlicher Erlebnisse und Befindlichkeiten macht es vielen Menschen leicht, sich mit ihr zu identifizieren. Sie ist zu einem Hoffnungsträger vieler engagierter Christen in der Evangelischen Kirche geworden. Eine Münchner Zeitung titelte am zweiten Tag des Kirchentages „Mit Käßmann macht der Glaube wieder Spaß“. Man kann Margot Käßmann mit Recht wegen mancher ihrer überspitzten Äußerungen kritisieren; aber sie gehört sicher zu den wenigen Kirchenvertretern, die in der Lage sind, alle Generationen anzusprechen und zu begeistern.

Der vergessene Krieg im Kongo

Zum vergessenen Krieg im Kongo gab es zwei Veranstaltungen auf dem Kirchentag. Das eine Podium wurde durch das „Ökumenische Netz Zentralafrika“ (ÖNZ) und das andere durch die „Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung“ (GKKE) vorbereitet. Beide Podien waren mit anerkannten Menschenrechtlern und Kirchenvertretern aus der DR Kongo besetzt.

Schwester Marie Bernard Alima, die Leiterin des Sekretariats „Friede und Gerechtigkeit“ der Nationalen Bischofskonferenz der DR Kongo beklagte sich über die Untätigkeit der Europäischen Union gegenüber den schweren, systematischen Menschenverletzungen in der DR Kongo, als hätten die Europäer nichts aus dem Holocaust gelernt. Sie wies darauf hin, dass 80% der Coltan-Produktion aus dem Ostkongo komme und für die Handyherstellung unerlässlich sei. Dieses Coltan werde von regulären Soldaten, Milizen und Rebellen Gruppen mit Hilfe der lokalen Bevölkerung gewonnen. Im gegenseitigen Kampf um die Rohstofflager werde brutale sexuelle Gewalt gegen Frauen und Mädchen bis hin zur Tötung als Mittel der Kriegsführung angewendet. An jedem Handy in Europa klebe das Blut der kongolischen Frauen und Mädchen, führte die Schwester aus.

Dr. Denis Mukwede, der medizinische Direktor vom Panzi-Hospital in Bukavu (Süd-Kivu) berichtete, dass allein 2009 ca. 3000 Frauen und Mädchen medizinisch behandelt werden mussten, die Opfer der brutalen Attacken von regulären Soldaten, Milizen und Rebellen geworden seien. Insgesamt seien im Ostkongo in 2009 ca. 41.000 Frauen und Mädchen Opfer sexueller Gewalt geworden. Dr. Mukwede vertrat ferner die Auffassung, dass ein baldiger Abzug der UN-Schutztruppe MONUC das Ausmaß der menschlichen Katastrophe noch bedeutend erhöhen würde.

Schwester Marie Bernard berichtete auch über positive Entwicklungen im Zuge der kongolischen Wahlen in 2006. Die Kirchen hätten insgesamt 110.000 Wahlhelfer ausgebildet. Daraus hätten sich Netzwerke zur Förderung der Demokratie in der DR Kongo entwickelt. Diese sollten von Europa aus unterstützt werden.

Dr. Christian Ruck, der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und zuständig für Entwicklungspolitik, sprach sich beim zweiten Podium der GKKE dafür aus, ein Tabu der Entwicklungshilfe zu brechen, nämlich aus Entwicklungsmitteln einen Teil des Soldes der Soldaten der regulären kongolesischen Streitkräfte angemessen zu bezahlen. Dadurch könnten die kaum oder überhaupt nicht besoldeten Soldaten davon abgehalten werden, die Zivilbevölkerung durch Plünderung und Vergewaltigung zu unterdrücken. Diese „Incentives“-Zahlungen (Zusatzzahlungen) müssten allerdings unabhängig kontrolliert werden, damit die Zahlungen nicht auf dem Wege zum einfachen Soldaten und deren Familien in den Taschen von Vorgesetzten verschwinden. Dies sollte solange im europäischen Rahmen geschehen, bis die kongolesische Regierung in der Lage sei, genügend finanzielle Mittel aus der Gewinnung und Besteuerung von Rohstoffexporten (Coltan, Gold, Diamanten und Kupfer) zu generieren. Die kongolesische Regierung werde schon jetzt vom deutschen Bundesministerium für Wirtschaftlichen Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) durch Transparenzmaßnahmen mittels der geologischen Fingerabdrucks unterstützt (Vgl. AUFTRAG 277 S. 11f. „Katastrophale Menschenrechtslage im Ostkongo“).

Der Friede ist möglich

Samuel P. Huntington vertritt in seinem weltbekannten Buch „Kampf der Kulturen – Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert“ die These, dass aus dem Ende der westlichen Vorherrschaft neue Konflikte globalen Ausmaßes erwachsen. Die zukünftigen Fronten beruhen nicht mehr auf politischen, ideologischen oder ökonomischen Gegensätzen, sondern verliefen zwischen den großen Weltkulturen. Derzeit vorherrschend sei der antagonistische Gegensatz zwischen der westlichen und islamischen Welt (vgl. AUFTRAG 252/253 S. 71ff.). Dieser These widersprach der bekannte amerikanische Friedensforscher Prof. Dr. Amitai Etzioni auf dem Podium „Der Friede ist möglich“ anlässlich des Kirchenta-

ges. Nach seiner Auffassung gehe es nicht um einen Kampf der Kulturen, sondern dieser Kampf verlaufe innerhalb der Kulturen, nämlich zwischen den moderaten Vertretern einer Kultur und/oder Religion und extremen Vertreter derselben. Es gehe also nicht darum Krieg gegen ganze Kulturen oder Religionen zu führen, sondern die moderaten Kräfte zu gewinnen. So führten Deutschland und die NATO in Afghanistan nicht einen Krieg gegen den Islam, sondern sie bekämpften die radikal-islamischen Taliban, also auch nicht alle, die sich Taliban nennen. Ferner vertritt Etzioni die Methode der kleinen Schritte bei Verhandlungen, die viel Geduld erfordert; jedoch in der Regel nachhaltig sei.

Barack Obama – Ein tiefgläubiger Christ

Am vorletzten Tag des Ökumenischen Kirchentages hielt Prof. Dr. Mark S. Burrows aus Chicago eine Bibelarbeit. Der vorgegebene Text (Mt 25,31-46) befasste sich mit dem Gleichnis Jesu vom Weltgericht. „Was ihr für einen meiner geringsten Brüder getan habt, habt ihr mir getan“. Burrows erläuterte in verschiedenen Beispielen, wie die Gläubigen den unsichtbaren Gott konkret im Mitmenschen erfahren können.

Zu Beginn der Bibelarbeit erwähnte er bei seiner eigenen Vorstellung, dass er Mitglied der „Union Church of Christ“ in Chicago sei und zur selben Gemeinde wie Barack Obama gehörte. Der Autor dieses Beitrages fragte Professor Burrows, was dessen Meinung von Obama sei. Dieser schilderte ihn als tiefgläubigen Christen. Das deckt sich mit der Aussage von Jim Wallis, einen wichtigen geistlichen Berater von Barack Obama, den der Autor auf dem Kirchentag in Bremen sprechen konnte (Vgl. AUFTRAG 277 S. 10. „Widerstand gegen Reformen in den USA – Obamas christliche Ziele“). Wegen Obamas zweiten Vornamens, Hussein, den ihm sein indonesischer Stiefvater gegeben hatte, waren Zweifel aufgekommen, ob er überhaupt Christ sei.

Ökumene und gemeinsames Abendmahl

Auch auf dem 2. Ökumenischen Kirchentag konnte man wie in

Berlin 2003 feststellen, dass die Christen verschiedener Konfession sich näher gekommen sind und ein Hoffnungszeichen christlichen Handelns gegeben haben. Dies zeigte sich besonders beim Treffen des Forums „Miteinander für Europa“, einem internationales Netzwerk von rund 250 christlichen Bewegungen und Gemeinschaften in ganz Europa. Es entstand 1999 und verbindet evangelische, katholische, anglikanische und orthodoxe Christen ebenso wie Mitglieder von Freikirchen und neuen Gemeinden. Auch der gemeinsame Stand. der „Gemeinschaft Evangelischer Soldatinnen und Soldaten“ (GES) und der „Gemeinschaft Katholischer Soldaten“ (GKS) war ein Zeichen der ökumenischen Zusammenarbeit.

Typisch für Kirchen- und Katholikentage ist die Erfahrung, dass man nach einem längeren geistlichen Gespräch mit einem zunächst unbekanntem Gegenüber schließlich fragt: „Und welcher Konfession gehören Sie an?“. Die geistige Trennlinie verläuft eher innerhalb als außerhalb der Konfessionsgrenzen (Vgl. Prof. Etzioni).

Die Frage nach gemeinsamen Eucharistiefiern wurde häufiger gestellt. Auf Podien wurde die Forderung eher von evangelischer Seite vorgetragen. Hier spielt wohl deren Anerkennung als Kirche eine nicht unbedeutende Rolle. Der Vorsitzende der katholischen Deutschen Bischofskonferenz, der Freiburger Erzbischof Robert Zollitsch, sagte dazu: „Ich verstehe die Sehnsucht, ich verstehe die Ungeduld“. Dennoch mahnte er Geduld an, denn Fortschritte in der Abendmahlsfrage müssten theologisch sorgfältig vorbereitet sein.

Hier könnten z.B. Lutheraner und Katholiken zu einer gemeinsamen Lösung kommen, wie bei der „Gemeinsamen Erklärung zur Rechtfertigungslehre“ von 1999 in Augsburg. Viele wünschten, dass dies bis zum nächsten Ökumenischen Kirchentag möglich sein sollte.

Abschließende Bemerkungen

Das Glaubensfest des 2. Ökumenischen Kirchentages hat wieder er-



Beim Einzug für den Ökumenischen Friedensgottesdienst von links: Erzabt Jeremias Schröder OSB, Evangelischer Militärbischof Dr. Martin Dutzmann, Katholischer Militärgeneralvikar Walter Wakenhut.



Der gemeinsame Stand der GKS und der GES war immer gut besucht, viele interessante Gespräche konnten geführt werden.



Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg im Gespräch mit Dr. (hc) Susanne Kastner, MdB (SPD) auf dem 2. Ökumenischen Kirchentag



Zufriedene Gesichter nach dem Podium von links: Katholischer Militärgeneralvikar Walter Wakenhut, General Karl-Heinz Lather, Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages Hellmut Königshaus, Brigadegeneral Johann Berger.



Immer gern gesehene Gäste: der ehemalige Wehrbeauftragte Reinhold Robbe, Brigadegeneral Johann Berger, stellvertretender Befehlshaber Wehrbereich IV, Hellmut Königshaus, der neue Wehrbeauftragte

Der Vorsitzende der GES StFw Ralf Siegmann im Gespräch mit dem ehemaligen Wehrbeauftragten Reinhold Robbe



Militärgeneralvikar Apostolischer Protonotar Walter Wakenhut bei dem ökumenischen Friedensgottesdienst in der katholischen Kirche St. Gertrud in München

leben lassen, dass die Gemeinschaft der Gläubigen lebendig und ewig jung ist, weil Jesus Christus ewig jung ist und in der Mitte der Gläubigen erfahrbar wurde. Auch wenn der Teilnehmer in seine gewohnte Umgebung zurückkehrt, wo engagierte Christen eher in der Minder-

zahl sind und die Masse der Zeitgenossen dem Glauben mit Desinteresse begegnen, ist er nicht mehr allein und scheinbar auf verlorenen Posten.

Parallel zum Vertrauensverlust der hierarchisch verfassten Amtskirche und zum Rückgang der Zahl

traditioneller Gläubiger haben sich in der Kirche fast unbemerkt neue „Geistliche Bewegungen“ kraftvoll und lebendig entwickelt. Das ist ein Zeichen der Hoffnung und des Aufbruchs und für viele ein untrügliches Zeichen, dass der Heilige Geist in der Kirche wirkt. □

Marx: Katholische Soziallehre will mehr als nur Werte fordern

Die katholische Soziallehre darf aus Sicht des Münchner Erzbischofs Reinhard Marx nicht als bloße Ethik verstanden werden. „Ich bin immer skeptisch, wenn Leute einfach Werte fordern, denn Werte fordern ist banal und einfach“, sagte Marx am 2. Juli in Dortmund. Dagegen vermittele die kirchliche Soziallehre darüber hinaus ein dezidiertes Menschenbild und ein gesellschaftliches Ordnungsmodell. Ihre Grundsätze müssten aber heute so formuliert werden, dass sie in einer vielfältigen Gesellschaft nicht nur für Christen zugänglich und verbindlich sein können.

In seiner Sozialzyklika habe Papst Benedikt XVI. verdeutlicht, dass das Leben ein Geschenk sei und

kein Verdienst, so der Erzbischof. Daraus resultiere, dass auch die Güter der Welt und die Ressourcen der Schöpfung der gesamten Menschheit zugänglich sein müssten. Dies sei jedoch in den vergangenen Jahren durch die „Ideologie des reinen Markts“ in den Hintergrund gedrängt worden. Er wünsche sich anstelle eines Kapitalismus im herkömmlichen Sinn gleichberechtigte Akteure auf den Märkten, die Tugenden und Regeln unterworfen sein müssten, sagte Marx. Zu der Veranstaltung hatte das Sozialinstitut „Kommende“ des Erzbistums Paderborn eingeladen, dessen Direktor Marx über Jahre war, sowie die Bank für Kirche und Caritas im Erzbistum Paderborn.

Bei dem Unternehmertreffen verliehen die Bank und die „Kommende“ den Unternehmerpreis „Erfolgreich Nachhaltig 2010“ an den Gründer der SuperBioMarkt AG, Michael Radau (49). Das 1985 gegründete Unternehmen habe mit seinem Angebot die Zielgruppe für ökologisch nachhaltige Produkte erheblich ausgeweitet, hieß es zur Begründung. Zudem habe es durch langfristige und faire Konditionen die regionale und überregionale ökologische Landwirtschaft gestärkt. Auch seien durch gezielte Aktionen Schulkinder über ausgewogene Ernährung informiert worden. Die SuperBioMarkt AG unterhält derzeit 15 Filialen in Nordrhein-Westfalen. (KNA)

Mehr Einsatz für die Religionsfreiheit

Die Bundesregierung soll zukünftig regelmäßig einen Bericht zur Lage der Religionsfreiheit in der Welt vorlegen. Das fordern die Koalitionsfraktionen CDU/CSU und FDP in einem gemeinsamen Antrag, der in dieser Woche im Bundestag beraten wird. Weltweit nehme die „Diffamierung von Religion“ zu, heißt es in dem vierseitigen Papier, der Einsatz für die Glaubensfreiheit müsse Teil einer „kohärenten Außen- und Entwicklungspolitik“ sein.

Der Deutsche Bundestag widmet dem Thema Religionsfreiheit in dieser Woche eine ausführliche Debatte. Initiiert wurde die Aussprache unter anderem vom Menschenrechtsausschuss. Doch zu einem gemeinsamen Vorgehen konnten sich die Parlamentarier dort nicht entschließen. Auf die Initiative der Koalition reagieren die Grünen mit einem eigenen Antrag. Aus ihrer Sicht wird die Verteidigung der Religionsfreiheit zu stark am Thema der Verfolgung von

Christen festgemacht. Vielmehr müsse es generell um die Verteidigung der grundlegenden Menschenrechte gehen, heißt es bei der grünen Opposition. Dazu gehöre auch, die Frage von Meinungs- und Religionsfreiheit im eigenen Land in Augenschein zu nehmen. In der Debatte wird Volker Beck, parlamentarischer Geschäftsführer der Grünen, zu dem Thema sprechen.

Die Union will hingegen gerade auf die Christenverfolgung

aufmerksam machen. Christen seien die am stärksten verfolgte Religionsgemeinschaft, so Fraktionschef Volker Kauder (CDU) in einem KNA-Interview. „Wir Christen müssen solche Menschenrechtsverletzungen an Christen noch klarer benennen.“ Der Forderungskatalog an die Bundesregierung hat 11 Punkte. Unter anderem soll auch die europäische Ebene sich stärker mit dem Schutz der Religionsfreiheit befassen. □



Gerhard Schröder, der siebte Bundeskanzler und die Bundeswehr (1998 bis 2005)

Zweckbündnis mit einer fremden Welt

VON DIETER KILIAN

Als Gerhard Fritz Kurt Schröder am 7. April 1944 in Mossenberg – 10 km ostwärts von Detmold – als Sohn des Kirmesarbeiters Fritz Werner Schröder (1912-1944) und dessen Frau Erika (* 1913; geb. Lauterbach)¹ geboren wurde, kämpfte sein Vater als Soldat in der Ukraine. Der aus Leipzig stammende Mann war Mitte der dreißiger Jahre mit der jungen Frau aus Magdeburg nach Westfalen gezogen.

Im Mai 1940 wurde Fritz Schröder in das 80 km entfernte Soest zu seinem Stammtruppenteil, der 3. Schwadron der Fahr-Ersatz-Abteilung 6 unter Oberstleutnant Kreuth, in der Kaserne Wilhelmsberg eingezogen; sie gehörte zur Division 166. Im Februar 1941 wurde er zur Bäckerei-Kompanie 306² versetzt, bei der er bis 1943 blieb. Die Kompanie unterstand dem Nachschubführer der Rheinisch-Westfälischen 306. Infanteriedivision (ID).³ Mit dieser war Schröder ab Februar 1941 fast zwei Jahre zum Schutz Nordseeküste beiderseits Ostende in Belgien stationiert. Doch im Dezember 1942 wurde sein Großverband unter dem General der Artillerie Georg Pfeiffer (1890-1944; Eichenlaub)⁴

bei 28 Grad minus an den Don-Bogen im Südabschnitt der Ostfront zur Armeegruppe Hollidt verlegt. Zu dieser Zeit war der Kessel von Stalinograd bereits geschlossen, und auch Schröders Division wurde – obwohl weiter im Westen – über Weihnachten 1942 am Don im Raum Millerovo in schweren Kämpfen nahezu aufgerieben. Wegen der hohen Verluste wurde der Tross „ausgekämmt“ und dessen Soldaten, darunter auch Schröder, am 10. Mai 1943 zur 10. Kompanie des Grenadierregiments 580 versetzt, das ebenfalls zur 306. ID gehörte.

Schröder wurde zum Infanteristen, zum Kämpfer. Sein Regimentskommandeur war zunächst Major d.R. Curt Ludwig Ehrenreich von Burgsdorff (1886-1962; Ritterkreuz) und ab März 1944 Oberstleutnant Heinrich Busse (1909-1998; Eichenlaub). Im Sommer 1943 war Fritz Schröder zum letzten Mal auf Heimaturlaub. Als er an die Ostfront zurückkehrte, stand sein Regiment 580 im Rahmen der Heeresgruppe A⁵ zwar in heftigen Abwehrkämpfen, aber die Lage war noch stabil. Das Weihnachtsfest 1943 verbrachte Schröder im Brückenkopf Nikopol am Dnjepr – versorgt mit zwei Schachteln Zigaretten, Tee mit Rum, einem Frontkämpferpäckchen und Feldpost von Daheim. Doch dann musste sich die Truppe – Schritt für Schritt zurückgedrängt – in Schnee und Eis, bisweilen aber auch auf grundlosen Schlammwegen durch den Süden der Ukraine kämpfen; am 23. März 1944 überquerte sie den Bug. Nur wenige Monate später,

im Sommer, verlief die Front über 800 km weiter westlich.

Am 12. April erreichte Schröders Regiment den 7 km breiten Dnjestr; beim Übersetzen mit Sturmbooten – eine Fahrt dauerte 18 Minuten – griffen Flugzeuge an. Rumänien lag nun vor und Russland hinter ihnen, doch die Strapazen waren keineswegs zu Ende. Die deutsch-rumänische Heeresgruppe – im April 1944 in „Süd-ukraine“⁶ umbenannt, obwohl der Name längst Makulatur war – versuchte unter Generaloberst Hans Friebner (1892-1971; Eichenlaub), Rumänien mit insgesamt 650.000 Mann gegen die immer schneller vorrückende Rote Armee zu verteidigen. Die Frontbreite von fast 1.000 km spannte sich von den Ostkarpaten über Jassy bis zum Schwarzen Meer. Die Heeresgruppe bestand aus der 6. (Armeegruppe Fretter-Pico) und der 8. Armee (Armeegruppe Wöhler), dem XXIX. Armeekorps, sowie rumänischen und slowakischen Großverbänden. Schröders 306. InfDiv gehörte zum XXX. Armeekorps⁷ und bildete südlich von Tirasopol entlang des Dnjestr den rechten Flügel der 6. Armee. Ihnen standen zwei sowjetische Heeresgruppen (= Front) mit 90 Schützendivisionen, 1.400 Panzern und Sturmgeschützen sowie 1.700 Flugzeugen gegenüber. Alle Anträge, frühzeitig auf ungarisches Gebiet auszuweichen, waren von Hitler⁸ kategorisch abge-

1 Aus dieser Ehe stammt noch Schwester Gunhild (* 1940).

2 Etwa 150 Soldaten mit fünf bespannten oder auch von LKW gezogenen und mit Holz zu befeuernden Feldbacköfen und 2 Wassertankwagen. Eine Bäckerei-Kp hatte eine Kapazität von 12.000 Broten (je 1,5 kg) pro Tag.

3 Sie war im November 1940 in Hamm (Wehrkreis VI) aufgestellt worden.

4 Kommandeure der 306. InfDiv waren u. a: Generalleutnant Theobald Lieb (Feb/Mar 1943), General der Kavallerie Karl-Erik Köhler (Mar 1943-Jan 1944), Generalmajor Karl Bär (Jan 1944) und ab Mitte Januar 1944 erneut General Köhler.

5 Sie war im August 1942 durch die Aufteilung der bisherigen Heeresgruppe Süd gebildet worden.

6 Am 5. Sept. 1944 wurde sie erneut umbenannt: „Heeresgruppe Süd“..

7 KG war Generalleutnant Georg Postel (1896-1953) und Chef des Stabes Oberst i.G. Joachim Clauss (1900-1944), der Vater des späteren Vier-Sterne-Generals der Bundeswehr, Dieter Clauss (* 1934).

8 So z.B. in der „Südost“-Besprechung

lehnt worden. Und so war die Katastrophe vorprogrammiert: Die 6. Armee wurde im Raum Kishinev eingekesselt und fast vollständig vernichtet. Bereits am 1. Tag des sowjetischen Großangriffes am 20. August 1944 verlor Schröders Division im Flussbogen des Botna durch Trommelfeuer der 37. sowjetischen Armee die Hälfte ihrer Soldaten. Drei Tage später wurde der rumänische Staatschef Marschall Ion Antonescu (1882-1946) gestürzt.⁹ Der ehemalige Verbündete erklärte Deutschland den Krieg, und nun waren die Versprengten nicht nur von sowjetischen, sondern auch von rumänischen Truppen bedroht. Die Reste der Division, darunter auch Schröder, schlugen sich mühsam zu Fuß über 400 km in Kleingruppen nach Westen bis in den Raum Klausenburg durch – zunächst über den breiten Pruth und dann über die steilen Berge der Ostkarpaten.

Mit einer weiträumigen Zangenbewegung umfassten die 2. und 3. Ukrainische Front die stark geschwächte 8. Armee von Südosten. Die sowjetische Überlegenheit lag in Durchbruchabschnitten bei 6 : 1 und die Artilleriedichte bei 240 Geschützen pro Kilometer.¹⁰ In der „Hölle Rumänien“ vollzog sich eine Katastrophe, jener von Stalingrad vergleichbar,¹¹ nur zu einer anderen Jahreszeit. Innerhalb von drei Wochen verlor die Wehrmacht mehr Soldaten als die heutige Bundeswehr stark ist.¹² Fritz Schröder stand – obwohl mit mehr als vier Jahren an der Front ein erfahrener und tapferer Soldat – auf verlorenem Posten. Es gab es keine geordnete Verteidigung und wegen fehlender Fern-

meldeverbindungen auch keine einheitliche Führung mehr – Zeichen der Auflösung. So legte am 29. August der Kommandierende General des XXIX. Armeekorps die Führung nieder und



Bild 2: Fritz Schröder, Obergefreiter.

gab den Divisionen Handlungsfreiheit. Schröders letzte Monate waren die schlimmsten seines Lebens. Die Vernichtung seines Regiments 580 im August hatte er überlebt und war beim Durchschlagen nach Westen auch der Gefangennahme entkommen. Als sich die versprengten Truppen im September im Raum Klausenburg sammelten, wurde er einem ad-hoc-Verband, der „Kompanie Stange“ im „Alarmbataillon Witzel“, zugeteilt,¹³ das dem Grenadierregiment 203 (ursprünglich 76. ID) unterstellt war. Der fällige Heimaturlaub konnte nicht angetreten werden. Das Regiment verteidigte im Rahmen der „Kampfgruppe von Kessel“¹⁴ (20. Panzerdivision) ab dem 24. September im Raum Klausenburg – Thorenburg.¹⁵ unter der Führung von

Oberstleutnant Busse,¹⁶ Schröders altem Kommandeur bei 580. Es bestand aus 6 Bataillonen (darunter das einzige Fallschirmjägerbataillon des Heeres und der Alarmverband Witzel). Die zusammengewürfelte Truppe sollte in einem 15 km breiten, d. h. überdehnten Abschnitt den Aufbau einer neuen HKL (Hauptkampflinie) in Ungarn sichern. Doch die Mittel dafür fehlten: es gab nur wenige Panzer und Geschütze, kaum Munition, dafür Hunger und Durst, Gefallene in Massengräbern, kein Verbandszeug. Die oberste Führung nahm dies wie so oft nicht zur Kenntnis.¹⁷ Dennoch leistete die Truppe erbitterten Widerstand – nicht für Hitler, sondern um zu überleben. Es war vergebens. Als der Obergefreite Fritz Schröder (Bild 2) am 4. Oktober 1944 auf einer Höhe¹⁸ bei Pusztacsan (heute: Ceanu Mic) – ca. 30 km südostwärts von Klausenburg – mit zweiunddreißig Jahren fiel,¹⁹ standen südlich davon sowjetische Angriffsspitzen schon in der ungarische Tiefebene. Emil Schröder, Gerhard Schröders Onkel, der ebenfalls Soldat war, überlebte den Krieg.

Vater und Sohn sind sich niemals begegnet, ein Schicksal, das Schröder mit Vielen teilt. „Für mich“, sagte Gerhard Schröder der „International Herald Tribune“, „existierte der Vater eigentlich nicht“. 1978 wurde der Ort, in dem Fritz Schröder mit acht Kameraden seine letzte Ruhe

16 Busse hatte das GrenRgt 203 im September 1944 übernommen. Als er am 04.10. schwer verwundet wurde – er lag bis Kriegsende im Lazarett – übernahm es Major Franz Knapp (schwere Panzerabteilung 663). Busse diente ab 1956 in der Bundeswehr und schied 1967 als Oberst aus.

17 Rumänien wurde im Wehrmachtsbericht vom 01.09.1944 nicht mehr erwähnt und Schröders alte 306. InfDiv am 9. Oktober 1944 offiziell aufgelöst. Die 6. Armee bestand Ende Oktober nur noch aus 20 zusammengewürfelten Einzel-Bataillonen (siehe: Hinze, Rolf: Hitze, Frost und Pulverdampf, S. 326).

18 Um welche Höhe es sich genau handelte, ist unbekannt. Die Gefechtsberichte der 23. PzDiv nennen z.B. die Höhen 371, 425, 429, 453 bei Thorenburg) und die Höhe 627 bei Tureni.

19 In den Medien wurden Augenzeugen zitiert, die von einem Beschuss durch Mehrfachraketenwerfer (die sog. „Stalin-Orgel“ – russ. „Katjuscha“), berichteten, was für reguläre Kampfhandlungen spricht.

im Führerhauptquartier am 23. August 1944.

- 9 In fataler Fehleinschätzung beurteilte die deutsche Gesandtschaft in Bukarest unter Manfred Frhr. von Killinger (1886-1944/ Freitod) – anders als die Truppe – die innere Lage Rumäniens bis kurz vor dem Umsturz als stabil. „Das rumänische Volk und die rumänische Armee stehen wie ein Mann hinter dem Marschall“ (= Antonescu), so Hitler noch am 24. Juli 1944 zu Generaloberst Frießner (Kissel, Hans a.a.O. S. 17).
- 10 Hnílčička, Karl Das Ende auf dem Balkan 1944/45 S. 50.
- 11 Schiebold, Kurt Opfergang in Rumänien S. 134.
- 12 Gem. KTB: 5 Korps-Stäbe und 18 Divisionen.

13 Brief der Truppe vom 6.10.1944 an Ehefrau Erika Schröder. Der Verband ist nach Hauptmann Heinz Witzel (1917-1992; später Major), dem Kommandeur der Heeres-Flak-Artillerie-Abteilung 276 der 14. PzDiv, benannt. Obwohl dieser bereits Ende August 1944 zur Heeresgruppe Nord verlegte (Geschichte der 14. PzDiv, S. 238), wurde der Name beibehalten.

14 General der Panzertruppen Mortimer von Kessel (1893-1981).

15 Siehe: Löser, Jochen Bittere Pflicht S. 399 ff.

fand, die rumänische Ortschaft Ceanu Mare südöstlich von Klausenburg, gefunden, aber erst 2001 erfuhr die Familie davon. Am 12. August 2004 besuchte Sohn Gerhard die Grabstätte.²⁰ Nur ein Bild – auf dem Schreibtisch platziert – ist geblieben: ein junger Mann mit unverkennbar „Schröder-schen“ Zügen blickt melancholisch unter dem Stahlhelm mit Reichsadler und Hakenkreuz.

Die alleinerziehende Mutter musste nach dem Krieg ihren Lebensunterhalt für sich und ihre fünf Kinder durch schwere Arbeit verdienen. Sie lernte den landwirtschaftlichen Hilfsarbeiter Paul Vosseler (1906-1966) kennen und heiratete ihn 1947.²¹ Auch er war Soldat gewesen²²; früh an Tuberkulose erkrankt, verbrachte er lange Zeit in Lungenheilstätten. Es waren harte Kinder- und Jugendjahre – zunächst in Bexten bei Bad Salzfluren und ab 1956 in Talle-Osterhagen²³ nördlich von Lemgo. Und so werden sie in Schröders Erinnerungen nur gestreift, Eltern und Großeltern bleiben gänzlich im Dunkel.

Der Großvater väterlicherseits, Emil Hermann Schröder (1887-1946) aus Naumburg an der Saale, hatte von 1909 bis 1911 seinen zweijährigen Wehrdienst im Königlich Sächsischen 7. Infanterieregiment „König Georg“ Nr. 106 in Leipzig-Möckern geleistet.²⁴ Im Ersten Weltkrieg diente er

ab 1914 in der 11. Kompanie des 3. Bataillons seines alten Regiments im mehrfachen Wechsel zwischen West- und Ostfront und kehrte 1918 aus dem Krieg zurück.

Gerhard Schröders Kindheit und Jugend bestimmten dessen Schulausbildung und Berufswahl. Nach der Hauptschule – von 1950 bis 1957 in der „Zwergschule“ in Bexten und der 8. Klasse in Talle – absolvierte Schröder im nahen Lemgo von 1958 bis 1961 eine Lehre als Einzelhandelskaufmann in einem Gemischtwarenladen. Danach ging er nach Göttingen, arbeitete in einer Eisenwarenhandlung und holte 1964 in der Abendschule die Mittlere Reife nach. Als einziger Sohn eines Gefallenen war Schröder vom Wehrdienst befreit.

Von 1964 bis 1965 bereitete er sich in Weidenau und Bielefeld auf dem Zweiten Bildungsweg auf das Abitur vor, das er 1966 ablegte. Andere haben den Aufstieg zum schulischen Gipfel auf einer leichteren Route geschafft. 1966 ging er ein zweites Mal nach Göttingen, studierte in der alten Universitäts- und Garnisonsstadt bis 1971 Jura und schloss es mit dem ersten Staatsexamen ab. Schröder war zwar vom Alter her zwar ein „68er“, rechnete sich selbst aber nicht dazu: *„Interessanterweise habe ich der Vätergeneration keine Vorwürfe gemacht. ... Ich habe das Studium als ein ungeheures Privileg begriffen. ... Ich bin von der 68er-Bewegung beeinflusst worden, aber ich war nicht ihr Teil.“*²⁵

In Göttingen lagen zu dieser Zeit der Stab der Panzergrenadierbrigade 4 und einige ihrer Truppen. Auch dort gab es in jenen Jahren Studentenunruhen, doch zum Demonstrieren hatte Schröder keine Zeit: Er wollte sein Studium schnellstmöglich beenden. *„Ich war daher kein Aktivist der 68er. Dem standen meine Herkunft und auch ein daraus erwachsender Mangel an politisch-intellektueller Schürfe entgegen.“*²⁶

1976 folgte das zweite Staatsexamen, und im selben Jahr wurde er

Rechtsanwalt – der soziale Aufstieg war geschafft.

Von 1978 bis 1980 war Schröder Bundesvorsitzender der Jungsozialisten (Jusos), denen keine besondere Nähe zum Militär nachgesagt wird – schon gar nicht in jener Zeit des NATO-Doppelbeschlusses. Nun war auch der Grundstein für seine politische Karriere gelegt. 1980 wurde Schröder in den Bundestag gewählt und gehörte ihm bis zu seiner Wahl als Oppositionsführer im niedersächsischen Landtag 1986 an. Allerdings arbeitete er noch bis 1990 parallel als Rechtsanwalt.

Am 21. Juni 1990 wurde Schröder zum niedersächsischen Ministerpräsidenten gewählt und übte dieses Amt – nach seiner Wiederwahl 1994 – bis 1998 aus.²⁷ Erst in dieser Zeit kam er ex officio mit dem Militär in Berührung. Im Falle einer militärischen Auseinandersetzung während des Kalten Krieges wäre Niedersachsen – das flächenmäßig zweitgrößte Bundesland – als Frontland zum Warschauer Pakt zur „Vorderen Kampfzone“ geworden. Es beherbergte zahlreiche deutsche und alliierte Truppenteile. Die Stäbe dreier Heeres-Großverbände – 1. und 3. Panzer- und die 11. Panzergrenadierdivision – lagen in Hannover, Buxtehude und Oldenburg; alle drei unterstanden dem I. Korps im westfälischen Münster. Die 3. Panzerdivision hatte zwar zwei ihrer Brigaden (8 in Lüneburg und 9 in Münster) auf niedersächsischem Boden und nur eine (7) in Hamburg stationiert, verstand sich aber als „Hamburger Hausdivision“ und orientierte sich hinsichtlich ihrer Kontaktpflege primär zur Hansestadt an der Elbe. Die 11. Panzergrenadierdivision in Oldenburg wurde 1994 – etwa zur Hälfte von Schröders Amtszeit in Hannover – aufgelöst.

Des Weiteren sind zahlreiche Luftwaffen- und Marinetruppenteile auf niedersächsischem Boden stationiert; so z. B. der Stab der 4. Luftwaffendivision im ostfriesischen Aurich und das Lufttransportgeschwader 62 in Wunstorf. Wilhelmshaven ist größter Standort der Deutschen Ma-

²⁷ Bis 1994 rot-grüne Koalition, danach absolute Mehrheit. 1998 wurde Schröder im Amt bestätigt.

²⁰ Der Direktor des Historischen Museums in Cluj Napoca, Gheorghe Bodea, bezweifelt die Grabangabe. Er glaubt, das Grab liege nicht in Ceanu Mare, weil das Rote Kreuz den alten Namen von Ceanu Mare (Mezönagycsan) versehentlich mit Pusztacsan angegeben hätte. Das damalige Pusztacsan heißt aber heute Ceanu Mic und liegt 20 Kilometer westlich von Ceanu Mare.

Als Fritz Schröder fiel, hatte es dort heftige Kämpfe gegeben. In Ceanu Mic gibt es auch ein deutsches Massengrab. Allerdings wurden die meisten Gefallenen auf dem jüdischen Friedhof in Klausenburg beigesetzt.

²¹ Aus dieser Ehe gingen noch die Halbschwister Heiderose, Ilse und Lothar hervor.

²² In den erhalten gebliebenen Unterlagen der Deutschen Dienststelle ist er gem. Auskunft vom 17.11.2009 nicht verzeichnet.

²³ Mit nur 87 Einwohnern war es eine der kleinsten Gemeinden Nordrhein-Westfalens.

²⁴ Sächsisches Staatsarchiv Leipzig: Geburtsregister (A-Sign. PP-M 8908) und Meldekarte (A-Sign. P-M 1128).

²⁵ Interview als Kanzlerkandidat in der „Jüdischen Rundschau“ mit Igal Avidan während einer Israelreise im März 1998.

²⁶ Schröder, Gerhard Entscheidungen S. 33

rine, und in Nordholz liegt das Marinefliegergeschwader 3 „Graf Zeppelin“. In der „Lucius-D.-Clay-Kaserne“ in Garlstedt bei Bremen waren zwischen 1978 und 1992 Teile der 2.

der 11. Panzergrenadierdivision.²⁹ Eine Befragung, wie sie Schröders Beziehung zur Bundeswehr als Ministerpräsident beurteilten, ergab ein weitgehend übereinstimmendes Bild.



Bild 3: Gerhard Schröder als Ministerpräsident des Landes Niedersachsen 1996 beim Kommandowechsel der 1. PzDiv in Hannover mit Generalmajor Gerd Schultze-Rhonhof (vorn) und Generalleutnant Ruud Reitsma.

US-Panzerdivision stationiert, heute ist es der Standort der „Logistikschule der Bundeswehr“. Auch die Truppenübungsplätze Bergen-Hohne und Munster befinden sich auf niedersächsischem Boden. Die Landeshauptstadt Hannover hat eine lange Tradition als Garnison, so beherbergt sie den Stab der 1. Panzerdivision und lange Jahre auch die Heeresoffizierschule I.²⁸ 1982 wurde eine Fregatte der „Bremen-Klasse“ auf den Landesnamen „Niedersachsen“ getauft. Von 1994 bis 2001 waren das „Wehrbereichskommando II und die 1. Panzerdivision“, d. h. Feld- und Territorialheer fusioniert.

1996 forderte Ministerpräsident Schröder, dass Frauen auch den Dienst an der Waffe ausüben dürften, „wenn dies auf der Basis von strikter Freiwilligkeit geschieht“. Er stellte sich damit gegen die offizielle Linie seiner Partei. Eine Wehrpflicht für Frauen lehnte er jedoch ebenso ab wie eine Berufsarmee. In den fast acht Jahren seiner Zeit als Landesvater erlebte Schröder vier Kommandeure der 1. Panzerdivision und zwei

Danach brachte Schröder der Bundeswehr „kein Interesse entgegen, das über ihre Funktion als ‚Dienstleister‘ im Notfall hinausging, konnte sich aber schnell in unsere Probleme hineinendenken.“ Die sich aus seinem Amt an der Spitze eines Bundeslandes ergebenden Pflichten waren weitgehend auf den Innenminister delegiert.

Nur zwei der Divisionskommandeure wurden zu Antritts- und Abschiedsbesuchen empfangen. Einem General wurde auf die Frage nach einem Antrittsbesuch durch das Büro beschieden „der Ministerpräsident hätte keine Zeit; man solle später nachfragen“, was aus verständlichen Gründen dann unterblieb. In einem Falle „gelang es nur mit Schwierigkeiten, einen Termin zu vereinbaren.“ Der andere Besuch fand „nicht unter vier Augen im Dienstzimmer des Ministerpräsidenten statt, sondern während der Mittagspause am Rande einer Sitzung der Landesregierung. Das höchstens zehn Minuten dau-

ernde ‚Gespräch‘ wurde von Schröder mehrfach unterbrochen, um sich mit anderen Personen auszutauschen, die in sein Blickfeld kamen.“ Insgesamt kein positives Bild. Nur einmal in den acht Jahren seiner Amtszeit nahm er persönlich an einer Veranstaltung der Bundeswehr teil.³⁰ Ende März 1996 war er als Ehrengast bei der Kommandoübergabe der 1. Panzerdivision von Generalmajor Gerd Schultze-Rhonhof (* 1939)³¹ an Generalmajor Christian Hellwig (* 1940), die vom Kommandierenden General des Deutsch-Niederländischen Korps, Generalleutnant Ruud Reitsma (* 1943), in der Scharnhorst-Kaserne in Hannover-Bothfeld vollzogen wurde (Bild 3). Zum scheidenden Divisionskommandeur sagte Schröder: „Sie haben Ihre Positionen aufrichtig vertreten und geradlinig die Konsequenzen gezogen. Beides hat mich tief beeindruckt.“³² Für das BMVg wurde der General zur „persona non grata“.

Nach dem Wahlerfolg der SPD bei der Bundestagswahl 1998 wurde Gerhard Schröder am 27. Oktober 1998 mit 351 von 666 abgegebenen Stimmen zum 7. Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland gewählt. Seinen Amtseid leistete er als bisher einziger Bundeskanzler ohne die Anrufung Gottes. Noch nicht im Amt, wurde der künftige Kanzler mit den Turbulenzen im Kosovo konfrontiert; auch der neu gewählte 14. Bundestag hatte sich noch nicht konstituiert. Am Ende monatelanger, ergebnisloser Verhandlungen, mit denen der UN-Sicherheitsrat das Regime in Belgrad zur Einstellung von Vertreibung und Ermordung der albanischen Bevölkerung im Kosovo bewegen wollte, hatte sich die NATO zu einer bewaffneten humanitären Intervention entschlossen. Washington verstärkte den militärischen Druck auf das Milošević-Regime und drängte die Bündnispartner auf Auslösung

³⁰ Einmal hatte er seine Teilnahme an einem Marsch mit Soldaten zunächst zugesagt, sie später aber nicht eingelöst.

³¹ Schultze-Rhonhof war von 1991 bis zur Außerdienststellung Ende September 1994 Kommandeur der 3. Panzerdivision in Buxtehude.

³² Bei einem Empfang hatte er 1995 das sog. „Mörder-Urteil“ des Bundesverfassungsgerichts kritisiert.

²⁸ Seit Oktober 2009 ist auf dem Gelände die Schule für Feldjäger und Stabsdienst der Bundeswehr stationiert.

²⁹ 1. PzDiv: Generalmajore Hartmut Behrendt (1987-1991), Ernst Lissinna (1991-1994), Gerd Schultze-Rhonhof (1994-1996) und Christian Hellwig (1996-1999); 11. PzGrenDiv: Generalmajore Hubertus Senff (1987-92) und Karsten Oltmanns (1992-94).

der „activation order“ (ACTORD)³³, für welche die Zustimmung aller Mitgliedsstaaten erforderlich ist. Der Druck der USA auf Deutschland war immens. Schröder – mit seinem designierten Außenminister Fischer am 9. Oktober zum Antrittsbesuch in Washington – musste sich innerhalb weniger Minuten entscheiden und sagte zu, ACTORD nicht zu blockieren. Ein deutsches Nein hätte die Bündnisolidarität massiv beschädigt. Am 12. Oktober stimmte das Kabinett Kohl – in Anwesenheit von Schröder, Fischer und Scharping – in einer letzten Amtshandlung den Luftschlägen gegen Rest-Jugoslawien zu.³⁴ Vier Tage später trat der bereits abgewählte 13. Bundestag zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen und stimmte mit großer Mehrheit einer Beteiligung der Bundeswehr zu.³⁵ Der Vorwurf, Schröder hätte als erster deutscher Regierungschef das Land wieder in einen Krieg geführt greift daher zu kurz. Zwar hatte er noch als Kanzlerkandidat im Falle einer Eskalation einen NATO-Einsatz „vorzugsweise mit, notfalls auch ohne VN-Mandat“ in Erwägung gezogen.³⁶ Doch auch Vorgänger Kohl hatte im September 1998 – anders als Außenminister Kinkel – für ein Eingreifen der NATO plädiert, auch wenn kein VN-Mandat vorlag.³⁷

Am 24. März 1999 begannen die völkerrechtlich umstrittenen Luftangriffe der NATO gegen Rest-Jugoslawien, obwohl für diesen ersten Kampfeinsatz der Bundeswehr seit dem Zweiten Weltkrieg kein VN-Mandat vorlag. Der öffentliche Protest blieb aus, biss sich lediglich am Begriff „Kollateralschaden“ fest. Zum einen, weil zwei Parteien die Armee in diesen Einsatz schickten, die ihr

33 Auftrag an den NATO-Oberbefehlshaber SACEUR, innerhalb eines bestimmten Zeitraumes Luftangriffe auf vom NATO-Rat festgelegte und gebilligte Ziele zu befehlen.

34 BT-Drucksache 13/11469.

35 Prof. Dr. Schmidt-Jortzig, der zuständige Justizminister, nahm an der Abstimmung nicht teil. Er hielt die Kabinettsvorlage für völkerrechtswidrig und gab dies zu Protokoll.

36 FAZ vom 06.06.1998.

37 FAZ vom 24.09.1998. Mehrere Strafanträge wegen Verstoßes gegen StGB § 80 (Vorbereitung eines Angriffskrieges) wurden von den Staatsanwaltschaften nicht angenommen.

per se skeptisch gegenüberstanden. Zum anderen war der Luftkrieg, der am 24. März begonnen hatte, ohne reale Kampfhandlungen und ohne Opfer auf westlicher Seite am 10. Juni nach zehn Wochen zu Ende. Mit überspitz-

Scharping (* 1947). „Es hat mich Überwindung gekostet, mich von ihm zu trennen. Er allein hätte es verhindern können, wenn er rechtzeitig gehandelt hätte.“⁴⁰ Dr. Peter Struck (* 1943), der Fraktionsvorsitzende der



Bild 4: Kanzler Schröder mit General Klaus Naumann.

ten moralischen Argumenten wie „Pazifismus bedeutet Völkermord“, wurden Gegner zum Schweigen gebracht und die Teilnahme mit umstrittenen Informationen („Operation Hufeisen“) forciert.

In den beiden Kabinetten Schröders waren – einschließlich des Kanzlers – 26 Minister; vier von ihnen hatten Wehrdienst geleistet.³⁸ Sechs Mitglieder des Kabinetts waren durch die 68er-Bewegung geprägt,³⁹ d.h. standen Bundeswehr und Militär ablehnend gegenüber. Verteidigungsminister war zunächst von 1998 bis zu seinem, durch den Kanzler im Juli 2002 erzwungenen Rücktritt, Rudolf

38 Funke, Müntefering, Riester und Scharping. Scharping hatte sich 1967 auf 2 Jahre verpflichtet, wurde aber nach 6 Monaten aus gesundheitlichen Gründen entlassen. Riester dient als Pionier; nach seinem Grundwehrdienst stellte er Antrag auf Wehrdienstverweigerung.

39 G. Schröder, J. Fischer, O. Schily, J. Trittin, Frau Wiczorek-Zeul und Frau Fischer.

SPD, folgte ihm.

An der militärischen Spitze der Bundeswehr standen während Schröders Kanzlerschaft drei Generalinspektoren: zunächst Hans-Peter von Kirchbach (* 1941) bis Mitte 2000, dem der Luftwaffengeneral Harald Kujat (* 1942) folgte. Dieser übergab das Amt im Juli 2002 an General Wolfgang Schneiderhan (* 1946).

Während der Kanzlerschaft Schröders wurde die Gruppe 23 Im Kanzleramt zunächst bis 2000 von Oberst i.G. Robert Bergmann (* 1949; später Generalmajor), danach bis 2004 von Oberst i.G. Josef Niebecker (* 1954; später Brigadegeneral) und bis zum Regierungswechsel von Oberst i.G.

40 Schröder, Gerhard Entscheidungen S. 295. Scharping geriet zunächst wegen umstrittener Geschäfte mit dem PR-Unternehmer Moritz Hunzinger in die Kritik. Zu Fall brachten ihn schließlich Fotos der Klatschpresse, die ihm beim Poolvergnügen auf Mallorca zeigten, während seine Soldaten auf dem Balkan im Einsatz waren.

Dr. Henning Hars (* 1955; später Brigadegeneral) geleitet. Am 6. Februar 1999 weilte der neue Kanzler erstmals auf der Münchner Sicherheitskonferenz. In seiner Eröffnungsansprache sagte er: *„Deutschland kann und will keinen Sonderweg gehen. ... Deshalb sind wir heute ohne jedes Wenn und Aber bereit, als „normale“ Alliierte Verantwortung zu übernehmen – ob in der EU oder in der NATO. ... Internationale Militäreinsätze über das Bündnisgebiet hinaus haben eine unbezweifelbare völkerrechtliche Grundlage zur Voraussetzung. In der Regel ist das ein Mandat des Weltsicherheitsrates oder ein Vorgehen in der Verantwortung der OSZE.“*

Der Kanzler empfing den Vorsitzenden des Militärausschusses der NATO, General Klaus Naumann (* 1939), am 13. April 1999 zu einem Meinungsaustausch (Bild 4). Die Beziehung Schröders zur Bundeswehr basierte nur darauf, dass er sie als Instrument politischen Handelns respektierte und anerkannte. In diesem Denken ähnelte er Adenauer. Streitkräfte waren für ihn ein Mittel, um den politischen Einfluss des wiedervereinigten Deutschlands auszubauen.

Sicher wurde jede Entscheidung über einen Auslandseinsatz der Streitkräfte in Bezug auf Kosten und verfügbare militärische Mittel geprüft; weniger genau jedoch hinsichtlich der zu erreichenden und erreichbaren militärischen Ziele. Die Entwicklung von einer Ausbildungsarmee zu einer Einsatzarmee vollzog sich schnell und weitgehend ohne Protest jener Kreise, die ansonsten über die militärische Jungfräulichkeit der Bundeswehr mit Argusaugen wachen. Auch die Bevölkerung nahm es hin. Am 19. Mai 1999 ließ sich der Kanzler auf dem oberitalienischen Luftwaffenstützpunkt San Damiano bei Piacenza während eines Briefings des Einsatzgeschwaders 1⁴¹ vom Inspekteur der Luftwaffe, Generalleutnant Rolf Portz (* 1940), über die Einsätze im Kosovo-Krieg einweisen.

41 Das Einsatzgeschwader 1 unter Oberst Johann-Georg Dora (* 1948; später Generalleutnant) wurde von Kontingenten des Jagdbombergeschwaders 32 (Lechfeld) und des Aufklärungsgeschwaders 51 „Immelmann“ (Schleswig-Jagel) gestellt. Es war vom August 1995 bis August 2001 in Piacenza stationiert.

Am 20. Juli 1999 sprach Gerhard Schröder als erster Kanzler bei dem Feierlichen Gelöbnis von 430 Rekruten des Wachbataillons der Bundeswehr im Bendlerblock in Berlin. Er sagte, die Bundeswehr hätte sich zu einer demokratischen Armee und einer „Friedens-Streitmacht“ entwickelt. Der Kosovo-Einsatz zeige, dass Deutschland bereit wäre, Verantwortung für Menschenrechte auch dort zu übernehmen, *„wo die deutschen Armeen in der Vergangenheit Terror und Verbrechen über die Völker gebracht“* hätten und mahnte zum Einsatz für Freiheit und Demokratie; dies sei das Vermächtnis des 20. Juli 1944. Zwei Tage später, am 22. Juli 1999, flog er in Begleitung von Generalinspekteur von Kirchbach und Brigadegeneral Helmut Harff (* 1939) als erster westlicher Regierungschef nach dem Ende des Kosovo-Krieges nach Prizren, wo er Soldaten der Multinationalen Brigade Süd unter Brigadegeneral Fritz von Korff (* 1943), überwiegend von der Panzerbrigade 12 „Oberpfalz“ gestellt, besuchte. Ihr Einsatz trage dazu bei, *„Schuld und historische Verbrechen, die in deutschem Namen begangen wurden“*, durch ein anderes Bild Deutschlands zu ersetzen, sagte der Kanzler. Die Soldaten sorgten dafür, dass die Menschen, deren Rückkehr in die Heimat die Bundeswehr sichere, *„ein Bild von einem friedlichen Deutschland“* bekämen, dessen Armee *„keine Eroberungstreitmacht“* sei.⁴² Schröder, der mit den Soldaten zu Mittag aß, erinnerte wie schon beim Gelöbnis in Berlin daran, dass die Verantwortung der deutschen Soldaten über den Schutz der Bundesrepublik hinausreiche. *„Ihr Hiersein gibt den Menschen die Sicherheit, die sie hier bleiben lässt“*, sagte er. Am 10. Juni 1999 hatte der UN-Sicherheitsrat mit der Resolution 1244 den Einsatz der NATO-Sicherheitstruppe Kosovo Force (KFOR), die den Abzug der jugoslawischen Truppen und die Entmilitarisierung des Kosovo überwachen sollte, genehmigt.

In seiner Ansprache am 3. Oktober 1999 beim Festakt im Kurhaus in Wiesbaden zum 10. Jahrestag der Wiedervereinigung gestand Kanzler

42 <http://rhein-zeitung.de/on/99/07/23/topnews/schroeko1.html>

Schröder: *„Die Entscheidung für eine Beteiligung am Krieg und an der Friedenssicherung durch die militärischen Maßnahmen im Kosovo ist niemandem leicht gefallen. Erst in den letzten Tagen ist uns schmerzlich vor Augen geführt worden, mit welchen Risiken der Einsatz unserer Soldaten behaftet ist.“*

Auf der 37. Kommandeurtagung der Bundeswehr im Hamburger Kongresszentrum (CCH) im November 1999 unter der Leitung von General von Kirchbach hatte Schröder bei seinem ersten Besuch einer Kommandeurtagung die Zusicherung gegeben, die Regierung werde *„alles daran setzen, dass die Soldaten über die Ausrüstung verfügen, die sie benötigen“*. Entscheidungen *„über Auftrag, Umfang, Wehrform, Ausbildung und Ausrüstung“* der Bundeswehr werde die Regierung von den Vorschlägen der Zukunftskommission abhängig machen. Schröder räumte ein, dass die Neuorientierung Geld kosten werde. Gleichwohl müsse aber auch die Bundeswehr trotz dieses „Nachbesserungsbedarfs“ einen Beitrag zur Sanierung der Staatsfinanzen leisten. Dies bedeute, dass sie sich *„viel Wünschenswertes nicht unbedingt und nicht sofort leisten“* könne. Das Geld müsse *„intelligenter und wirtschaftlicher“* eingesetzt werden, auch durch Teilung von Aufgaben und Kosten mit den europäischen Verbündeten. Der Kanzler sagte, er *„hege große Zurückhaltung gegenüber Forderungen nach einer Berufsarmee“*. Er ordnete die künftige Rolle der Bundeswehr einem *„erweiterten Sicherheitsbegriff“* zu. Frieden, Sicherheit, Freiheit und Stabilität könnten in Zukunft jedoch *„weniger denn je ausschließlich militärisch definiert werden“*.

Bei seinen Truppenbesuchen hatte Schröder keine Berührungängste. So begrüßte er z.B. am 3. Juni 2005 kurz vor dem Eintreffen eines Staatsgastes einen Musiker des Stabsmusikkorps, scherzte mit den Soldaten und plauderte mit einem Hauptbootsmann der Fahnenbegleitung am 15. Juni 2005 kurz bevor der mongolische Ministerpräsident eintraf. Am 14. August 2005 schüttelte der Kanzler Cornelius Ganzer, dem jüngsten der „Blauen Jungs“ des Chors der Marineoperationsschule, auf der Seebäderkaje in Bremerhaven die Hand.

Doch Bilder, die ihn auf einem Panzer sitzend zeigen, gibt es nicht. Und wenn Schröder mit soldatischen Formen konfrontiert wurde, spürte man, dass ihm ihr Wesen fremd war. Wer seit seiner Jugend auf Distanz zum Militärischen stand, kann dies später auch mit schauspielerischem Ge-



Bild 5: Kanzler Schröder beim Gelöbnis in Berlin im Jahre 2000 (v.l.: Generalinspekteur Schneiderhan, Verteidigungsminister Struck, Kanzler und der polnische Staatspräsident Aleksander Kwasniewski).

schick kaum übertünchen. So wirkte Schröder z.B. beim Abschreiten der Front stets gehemmt, linkisch beinahe und keineswegs souverän; man dachte unwillkürlich an Minister Apel.

Am 24. Februar 2000 empfing Kanzler Schröder den scheidenden NATO-Oberbefehlshaber Europa (SACEUR), den amerikanischen General Wesley K. Clark (* 1944), zum Abschiedsbesuch.

Am 20. Juli 2000, dem Gedenktag des deutschen Widerstandes, legten zum zweiten Mal Rekruten vor dem Bendlerblock in Berlin ihr Gelöbnis ab. In Anwesenheit von Kanzler Schröder und dem neuen Verteidigungsminister Struck sprach Polens Staatspräsident Aleksander Kwasniewski (* 1954) als erster ausländischer Politiker zu den 500 Rekruten des Wachbataillons unter Oberstleutnant Artur Schwitalla. (Bild 5)

In seiner Rede zur Beteiligung deutscher Streitkräfte an dem von der NATO geführten Einsatz in Mazedonien sagte Schröder im Bundestag am 29. August 2001: *„Die Deutschen sind auf dem Balkan, weil sie ein eigenes nationales Interesse an der Stabilität in der Region haben; denn Instabilität in*

der Region bedroht uns vielleicht nicht unmittelbar und gegenwärtig, aber potenziell schon.“

Am 4. Mai 2000 sprach der Kanzler auf einer Veranstaltung in Berlin über das Thema „Bundeswehr und Wirtschaft – eine strategische Partnerschaft auf dem Weg in den modernen Staat“. *„Moderner Staat, moderne Wirtschaft und moderne Streitkräfte ... gehören zusammen. ... Wir wollen Effizienz und Wirtschaftlichkeit in den Streitkräften erhöhen.“*

Wenige Tage später, am 23. Mai, überreichte Altbundespräsident von Weizsäcker in Berlin im Beisein des Regierungschefs den Bericht seiner Kommission „Gemeinsame Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr“.

Im Rahmen seiner Sommerreise besuchte Kanzler Schröder am 28.

August – begleitet von Dr. Harald Ringstorff (* 1939), dem Ministerpräsidenten von Mecklenburg-Vorpommern, Minister Scharping, Heeresinspekteur Willmann und Generalmajor Riechmann (* 1941), dem Kommandeur der 14. Panzergrenadierdivision – das Panzergrenadierbataillon 411 unter Oberstleutnant Rainer Nücken in der Kürassier-Kaserne in Stallberg nahe der polnischen Grenze in Mecklenburg-Vorpommern. Kommandeur der vorgesetzten Panzergrenadierbrigade 41 in Torgelow war Brigadegeneral Wolfgang Otto (* 1947; später Generalleutnant). (Bild 6)

Am 3. September 2000 ging Bundeskanzler Schröder als Schirmherr der „Sail 2000“ in Bremerhaven an Bord der Fregatte „Schleswig-Holstein“, wo er vom Inspekteur der Marine, Vizeadmiral Hans Lüssow (* 1942), mit militärischen Ehren begrüßt wurde. Danach lief das Schiff in die Weser aus, von wo der Kanzler die Windjammerparade – angeführt vom Segelschulschiff „Gorch Fock“ unter Kapitän z.S. John Schamong (* 1951) – abnahm. Abends holte ein Hubschrauber vom Typ „Sea King“ des Marinefliegergeschwaders 5 den Regierungschef ab und brachte ihn nach Nordholz zurück, von wo er mit einer Maschine der Flugbereitschaft nach Berlin zurückflog.

Am 9. August 2001 besuchte der Kanzler – gemeinsam mit Ministerpräsident Ringstorff, Minister Scharping und Vizeadmiral Lüssow, dem Inspekteur der Marine – Einheiten der Bundesmarine in der Ostsee. Auf der Fahrt von Warnemünde nach Rostock wurde er auf der Brücke des Schnellbootes „Falke“ vom Kommandanten, Korvettenkapitän Jungmann, im Beisein von Fregattenkapitän Thomas von Buttlar, dem Kommandeur des 2. Schnellbootgeschwaders, in das Waffensystem eingewiesen.

Im Herbst 2001 führte Bundeskanzler Schröder die obersten Offiziere von Heer, Luftwaffe und Marine durch das neue Kanzleramt in Berlin. Heeresinspekteur Gert Gudera (* 1943) unterbrach das Sightseeing: Dazu sei man nicht hergekommen, es „müsse über die Zukunft der Wehrpflicht gesprochen werden und über die ungenügende Finanzausstattung, die die Sicherheit der Soldaten im

Einsatz gefährde.“ Schröder bügelte den General ab: „*Sie wollen doch jetzt nicht mit mir Haushaltsverhandlungen führen.*“

Am 5. Oktober 2001 empfing der Kanzler den neuen Generalinspekteur Kujat, der sein Amt am 1. Juli übernommen hatte.

Nach den Anschlägen in den USA vom 11. September 2001 bekräftigte Schröder in Regierungserklärungen, Interviews und Ansprachen die „uneingeschränkte Solidarität“ mit den USA. „*Wir sind uns in der Bewertung einig, dass diese Terrorakte eine Kriegserklärung an die freie Welt bedeuten.*“⁴³

In seiner Regierungserklärung vom 19. September sagte er: „*Dabei wissen wir um die Verschiedenheiten der Kulturen in der Welt und wir respektieren sie. Wir bestehen aber darauf, dass die Verheißungen der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung universell gelten.*“

Der letzte Satz fordert zu Widerspruch heraus. Es gibt keine Grundsätze, die weltweit anerkannt sind. Einen Monat später sagte Schröder in seiner Regierungserklärung vom 11. Oktober 2001: „*Dass unsere zivile Gesellschaft gegenüber der Notwendigkeit militärischer Optionen ... zurückhaltender als jemals in der deutschen Geschichte geworden ist, begreife ich als einen zivilisatorischen Fortschritt, auch wenn es die eigene Argumentation ... schwerer macht. Mir ist ... die Zurückhaltung einer Gesellschaft, die sich zu Recht etwas auf ihren zivilen Charakter einbildet, allemal lieber als jede Form von Hurratriotismus.*“

Am 17. September 2001 hatte Bundeskanzler Schröder im ZDF einen militärischen Beitrag Deutschlands zu einem US-Gegenschlag nach der Terrorserie für denkbar gehalten. In der Regierungserklärung vom 08.11. betonte er die Bereitschaft seiner Regierung, den Bekundungen der uneingeschränkten Solidarität mit den Vereinigten Staaten konkrete Maßnahmen des Beistands folgen zu lassen, fügte aber hinzu: „*Der Kampf gegen den Terrorismus ist nicht mit militärischen Mitteln allein zu gewinnen.*“

⁴³ Regierungserklärung vom 12. 09.2001.

Am 10. November 2001 beschloss die Regierung Schröder den größten Militäreinsatz seit dem Zweiten Weltkrieg. Die parlamentarische Rückenbedeckung holte sich der Kanzler fünf Tage später im Bundestag mit einem bisher einmaligen Schachzug, als er den Afghanistan-Einsatz mit der Vertrauensfrage verknüpfte, um kritische Stimmen zum Schweigen zu bringen. Dabei konnte Schröder zunächst auf

deutsche Soldaten außerhalb Europas zu einem Kriegseinsatz kommandiert werden sollten.“⁴⁴

Am 22. Dezember 2001 stimmte der Bundestag auf der Grundlage der UN-Resolution 1386⁴⁵ der Beteiligung deutscher Kräfte am ISAF-Einsatz (International Security Assistance Force) in Afghanistan als Beitrag zum nationalen Versöhnungsprozess und zum Wiederaufbau des Landes zu.



Bild 6: Kanzler Schröder besuchte im Jahre 2000 die 14. Division in Neubrandenburg (v.l.: Ministerpräsident Ringstorff, Generalmajor Riechmann, Kdr 14. Div, Generalleutnant Willmann (halb verdeckt), Brigadegeneral Otto, Minister Scharping und Kanzler).

eine breite Mehrheit bauen, da die Opposition in dieser Frage auf seiner Seite stand. Doch als er sein Konzept änderte und das Votum über seine Regierung mit dem Bundeswehr-Einsatz verband, betrat Schröder verfassungsrechtliches Neuland. Aus der Vertrauensfrage wurde ein parlamentarisches Disziplinierungsinstrument. Bei „*außenpolitischen Notwendigkeiten*“, so der Kanzler, „*könne es keine Gewissensentscheidung geben.*“ Die militärische Teilnahme am Hindukusch war der Preis für deutsches Mitspracherecht in der politischen Oberliga. Weder war damals von einer Bedrohung Deutschlands die Rede, noch davon, dass dort unsere Freiheit und Sicherheit verteidigt würde. In seinen Erinnerungen schreibt Schröder: „*Erstmals ... hatte ich die Verantwortung auf mich zu nehmen ..., dass*

Die Kontingentgröße lag anfangs bei 1.200 Soldaten.

Ende März 2002 informierte sich Schröder in Oberhof in der Kaserne am Rennsteig über die Trainingsmöglichkeiten der Wintersportler in Uniform. Am 8. April 2002 weilte der Kanzler zum zweiten Mal nach 1999 auf einer Kommandeurtagung. In seiner Rede auf der 39. Tagung der militärischen Führungsspitze in Hannover unter Generalinspekteur Harald Kujat führte er u.a. aus: „*Ich habe mir nicht vorgestellt, dass ich ...*

⁴⁴ Schröder, Gerhard Entscheidungen S. 178.

⁴⁵ Vom 20.12.2001: „... to assist the Afghan Interim Authority in the maintenance of security in Kabul and its surrounding areas, so that the Afghan Interim Authority as well as the personnel of the United Nations can operate in a secure environment.“

mit verantwortlich sein würde, dass es zu diesen Einsätzen im Kosovo, ... jetzt in Afghanistan ... kommt. In meiner Lebensplanung war das nicht vorgesehen. ... Unser ... Verständnis von ‚Ultima Ratio‘ kann nicht heißen, dass man warten soll, bis alle anderen Mittel ausgeschöpft sind, sondern dass der rechtzeitige, präventive Einsatz von Streitkräften ... helfen kann, Konflikte ... zu regeln, noch bevor sie gewaltsam ausbrechen.“

Nun brachte er erstmals auch den Aspekt einer Bedrohung ins Spiel: „Uns am Kampf gegen den Terrorismus zu beteiligen, das ist ... nicht nur eine Frage der Solidarität mit den Vereinigten Staaten. Nein, es geht hier auch um ureigene nationale Interessen. Terrorismus ist auch eine Bedrohung der Sicherheit des eigenen Landes.“

Bei seinem Rundgang nach der Eröffnung der Internationalen Luft- und Raumfahrt ausstellung ILA am Flughafen Schönefeld am 6. Mai 2002 besichtigte der Bundeskanzler die für die Bundeswehr umgerüstete Medevac-Version des Airbus A 310 zur medizinischen Evakuierung Verletzter. Am 9. Mai 2002 reiste Schröder – u.a. in Begleitung von Generalleutnant Friedrich Riechmann, dem Befehlshaber des Einsatzführungskommandos und Franz Beckenbauer (* 1945) – über Usbekistan erstmals nach Afghanistan. Anstatt der Bevölkerung klar zu sagen, dass der Einsatz der Bundeswehr am Hindukusch aus Gründen der Bündnissolidarität erfolge, machte Schröders Verteidigungsminister Struck ihr glauben, die deutsche Freiheit würde dort verteidigt. Der deutsche UN-Gesandte Tom Koenigs (* 1944) meinte dazu, es wäre „ein blöder Spruch“; allerdings enthielt er einen Teil der Wahrheit.⁴⁶ Acht Jahre später sagte Struck in einem Interview,⁴⁷ „wir dachten, wir wären in 2-3 Jahren wieder draußen.“ „Naiv und blauäugig“ wäre man nach Afghanistan gegangen. Auf dem Flug von Termez nach Kabul saß Schröder im Cockpit.⁴⁸ Brigadegeneral Carl-Hubertus von Butler (* 1950; später Generalleutnant), der Kommandeur

des deutschen ISAF-Kontingents, und der britische General John McColl (* 1952) als ISAF-Kommandeur, empfingen den Regierungschef. In Schröders Erinnerungen ist von Butler der einzige deutsche Soldat, der namentlich erwähnt wird. Schröder schreibt: „Hier, aber auch bei Besuchen anderer Auslandsmissionen ... habe ich immer wieder erlebt dass sich das Image des deutschen Militärs in der Welt in sehr freundlicher Weise gewandelt hat. ... Ein Bruch mit alten militärischen Traditionen Deutschlands hat sich vollzogen und wird in der Praxis der Bundeswehr eindrucksvoll bestätigt.“⁴⁹

Auf den ersten Blick klingen Schröders Worte überzeugend. Näher betrachtet aber halten sie einer Prüfung nicht stand. Der Bruch ist eine Folge des Wandels der Politik, die über den Einsatz des Militärs entscheidet; mit Tradition hat dies nichts zu tun.

Am 2. Juni 2002 stattete General Kujat dem Kanzler seinen Abschiedsbesuch als Generalinspekteur ab, bevor er sein neues Amt als Vorsitzender des NATO-Militärausschusses in Brüssel antrat. Am 23. August 2002 empfing Bundeskanzler Schröder im Beisein von Minister Struck und Generalinspekteur Schneiderhan 65 Soldaten aus den Einsatzkontingenten und deren Familienangehörige im Bundeskanzleramt.

Nach der Wahl zum 15. Deutschen Bundestag im September 2002 wurde Schröder am 22. Oktober zum zweiten Mal zum Kanzler gewählt. In den Monaten danach verdichteten sich die Anzeichen, dass die USA die Lage im Irak militärisch lösen würden. Auf dem NATO-Gipfel in Prag am 21./22. November 2002 beschlossen die Staats- und Regierungschefs den Aufbau einer „NATO Response Force“ (NRF). Mit den ca. 25 000 Soldaten, an denen sich auch die Bundeswehr beteiligt, wurde aus bereits bestehenden Truppenteilen aller Teilstreitkräfte ein schnell verlegbarer Einsatz-Großverband geschaffen, der zu weltweiten Operationen in einem breiten Einsatzspektrum befähigt ist. Im Dezember 2002 bekräftigte Schröder in der ARD-Sendung „Farbe bekennen“, dass sich Deutschland zwar

nicht an einer Militäraktion gegen den Irak beteiligen werde, es allerdings im Kriegsfall nicht unbeteiligt bliebe. „Bündnisverpflichtungen werden erfüllt und das bedeutet natürlich auch, dass zum Schutze des Bündnisgebietes auch AWACS-Flugzeuge mit deutschen Soldaten besetzt sein werden.“

In seiner Fernsehansprache am 20. März 2003 zum begonnenen 3. Golfkrieg („Irak-Krieg“) sagte der Kanzler: „Wir haben versucht, den Krieg zu verhindern. Bis zur letzten Minute. Ich bin sicher: Es hätte einen anderen Weg zur Entwaffnung des Diktators gegeben, den Weg der Vereinten Nationen. ... Es bleibt dabei: Deutschland beteiligt sich nicht an diesem Krieg. Aber natürlich wird Deutschland nicht abseits stehen, wenn es gilt, den Menschen zu helfen.“

Am 3. November 2003 besuchte u. a. vom Inspekteur der Luftwaffe, Generalleutnant Gerhard W. Back (* 1944; später General) und dem Ministerpräsidenten von Mecklenburg-Vorpommern Harald Ringstorff – das Jagdgeschwader 73 „Steinhoff“ unter seinem Kommodore Oberst Peter Hauser (* 1955) auf dem Fliegerhorst Laage. Der Bundeskanzler ließ sich über fliegende und nicht fliegende Waffensysteme informieren. Den Auftakt bildete eine Einweisung in die Ausbildung der Piloten auf dem „Eurofighter“. In dem neuen Schulungsgebäude testete Schröder einen der Simulatoren. Danach wurden dem Kanzler einzelne Waffensysteme wie z.B. eine „MedEvac-Transall“ und das FlaRak-System „Patriot“ vorgestellt. Der Kanzler setzte sich in das Cockpit eines „Eurofighters“, und zeigte sich vom Leistungsspektrum der Luftwaffe und dem Engagement der Piloten sehr angetan. Medienwirksam signierte er noch ein Rumpfteil des „Eurofighter 98+03“.

Drei Tage später, am 6. November 2003, besuchte Schröder in Begleitung von Generalinspekteur Schneiderhan und Heeresinspekteur Gudera die Offizierschule des Heeres (OSH) in Dresden unter Brigadegeneral Fritz von Korff. In seiner Rede hob Schröder die Bedeutung einer guten Offiziersausbildung hervor und ging aus aktuellem Anlass auch kurz auf die

46 Interview Welt online vom 14.02.2010.

47 ZDF vom 16.03.2010 „Sterben für Afghanistan“-Dokumentation.

48 Schröder, Gerhard a.a.O., S. 189.

49 Schröder, Gerhard a.a.O., S. 193.

Entlassung des Brigadegenerals Günzel⁵⁰ ein. Die Aufgabe bei Auslandseinsätzen umriss er mit den Worten: „Sie werden gefordert sein als Schlichter von Streitfragen, als Vermittler zwischen Parteien und als Helfer in der Not.“

Von Kampfeinsätzen war nicht die Rede. Am 5. Februar 2004 war erstmals ein deutscher Regierungschef, wiederum begleitet von Generalinspekteur Schneiderhan, beim 1996 gebildeten Kommando Spezialkräfte (KSK) der Bundeswehr in der Graf-Zeppelin-Kaserne in Calw zu Gast (Bild 7). Ursprünglich war der Besuch schon im Dezember geplant. Doch Schröder wollte unmittelbar nach der Entlassung des KSK-Kommandeurs Günzel nicht nach Calw kommen. Nach der Begrüßung durch Brigadegeneral Carl Hubertus von Butler wurde dem Bundeskanzler über die Leistungsfähigkeit des Kommandos vortragen. Es folgten praktische Vorführungen und Gespräche mit Soldaten. Mit seinem ersten Besuch des KSK wollte Schröder ein Signal setzen, dass die Bundesregierung bereit sei, sich auch an internationalen Operationen zu beteiligen.

Am Freitag, dem 19. März 2004, übergab Kanzler Schröder dem Präsidenten der Bundesakademie für Sicherheitspolitik (BAKS), Vizeadmiral a.D. Hans Frank (* 1939), die Schlüssel zum neuen Dienstsitz in Berlin-Pankow, einem Nebentrakt des Barockschlosses Schönhausen. Es war der erste Besuch eines deutschen Regierungschefs in der – 1992 in Bonn gegründeten – höchstrangigen, Ressort übergreifenden Weiterbildungsstätte der Bundesrepublik.⁵¹ Der Kanzler führte in seiner Rede aus: „Deutsche Sicherheitspolitik ist, war und wird immer zuallererst Friedenspolitik sein. Wir wollen Konflikte verhüten und eindämmen, Unser Instrumentarium erschöpft sich nicht

in militärischen Mitteln. ... Deutsche Sicherheitspolitik ist Präventionspolitik, denn die Anwendung militärischer Gewalt kann und darf immer nur Ultima Ratio sein.“

Auf der Internationalen Luft- und Raumfahrt ausstellung ILA in Berlin ließ sich der Kanzler am 10. Mai 2004 von einem Luftwaffenpi-

pusch (* 1948; später Generalmajor) in Grafschaft-Gelsdorf. Um 14.30 Uhr schwebte der Kanzler in Begleitung von Generalleutnant Hans-Heinrich Dieter (* 1947), dem Inspekteur der Streitkräftebasis, mit dem Hubschrauber ein. In dem tief unter der Erdoberfläche liegenden Bau wurden ihm Arbeitsweisen und Methoden der militärischen Nachrichtengewinnung er-



Bild 7: Kanzler Schröder besucht 2004 das Kommando Spezialkräfte in Calw 2003 (von links: Brigadegeneral von Butler, Kommandeur KSK, Kanzler, Generalinspekteur Schneiderhan).

loten einen Flugsimulator erklären. Am 3. Juni 2004 besuchte Schröder das Zentrum für Nachrichtenwesen der Bundeswehr (ZNBw) 52 unter Brigadegeneral Armin Hasen-

läutert und Mittel der elektronischen Kampfführung „Hummel“ vorgestellt.

Als erster Bundeskanzler nahm Gerhard Schröder an den Feierlichkeiten zum 60. Jahrestag des „D-Day“ in Caen am 6. Juni 2004 teil. Sechs Jahre zuvor hatte er es noch abgelehnt, an den Feiern zum 90. Jahrestag des Endes des Ersten Weltkriegs in Frankreich teilzunehmen. Schröder besuchte den britischen Friedhof von Ranville in der Normandie, auf dem

50 Die Präsidenten waren: Admiral a.D. Wellershoff (1992-1995), Botschafter a.D. Günter Joetze (1995-1999); Vizeadmiral Frank (1999-2004), Dr. Rudolf Adam (2004-2008); Generalleutnant a.D. Kersten Lahl (seit 2008).

51 Die Präsidenten waren: Admiral a.D. Wellershoff (1992-1995), Botschafter a.D. Günter Joetze (1995-1999); Vizeadmiral Frank (1999-2004), Dr. Rudolf Adam (2004-2008); Generalleutnant a.D. Kersten Lahl (seit 2008).

52 Im Jahre 2002 aus dem vormaligen Amt für Nachrichtenwesen der Bundeswehr hervorgegangen, wurde es am 31.12.2007 aufgelöst. 52 Im Jahre 2002 aus dem vormaligen Amt für Nachrichtenwesen der Bundeswehr hervorgegangen, wurde es am 31.12.2007 aufgelöst.

auch 322 deutsche Soldaten ihre letzte Ruhestätte fanden und legte dort zwei Kränze nieder. Ein Besuch des größten deutschen Friedhofs La Cambe mit 21.500 Gefallenen unterblieb, weil dort auch Soldaten der Waffen-SS beigesetzt sind.⁵³ Die beiden ehemaligen Generalinspektoren Wellershoff und Naumann kritisierten diese Entscheidung. Es wird noch lange dauern, bis militärische Totenehrungen in Deutschland frei von Polemik und Hass sein werden. Dabei zeigte Schröder im Umgang mit noch lebenden ehemaligen Soldaten der Waffen-SS, wie dem Maler Prof. Bernhard Heisig (* 1925)⁵⁴, keine Berührungsängste. „Ohne irgendeine Reserve sage ich: Ich habe nicht nur großen Respekt vor Ihrem Lebenswerk, sondern auch vor Ihnen.“⁵⁵

Die versöhnlichen Worte des Kanzlers in Caen wurden kaum beachtet: „Tausende alliierter Soldaten starben an einem einzigen, grausamen Tag. Sie zahlten den höchsten Preis für die Freiheit. Deutsche Soldaten fielen, weil sie in einen mörderischen Feldzug zur Unterdrückung Europas geschickt wurden. Doch in ihrem Tod waren alle Soldaten über die Fronten hinweg verbunden ...“

Mit diesem Hinweis auf die überwindende Kraft des Todes sprach er aus, was sein Vorgänger Kohl mit dem Besuch des Soldatenfriedhofs in Bitburg 1985 ausgedrückt hatte. Sein Satz über die deutschen Soldaten klingt distanziert. Doch auch sie taten nur das, was die Politiker von ihnen forderten: ihre Pflicht. Und somit waren die Soldaten beider Seiten, auch sein Vater Fritz Schröder, nicht nur durch Tod, sondern auch durch Pflichterfüllung verbunden. „Zum Sturz der Hitler-Diktatur brauchte es Patrioten und Soldaten. Weil wir Deutsche das wissen, sind wir keine Pazifisten. Wir sind aber auch nicht

leichtthin bereit, zu militärischen Mitteln zu greifen. Wo militärisches Eingreifen jedoch nötig ... ist, entzieht sich Deutschland seiner Verantwortung ... nicht.“

Am 20. Juli 2004 beschwor Gerhard Schröder in Anwesenheit von Bundespräsident Köhler und des nie-



Bild 8: Kanzler Schröder mit Marineinspekteur Feldt an Bord der Fregatte „Hamburg“.

derländischen Ministerpräsidenten Jan Peter Balkenende (* 1956)⁵⁶ bei der Feierstunde zum Gedenken an den Widerstand Vergangenheit und Europas Zukunft. Im sonnendurchfluteten Innenhof des Bendlerblocks in Berlin erinnerte der Kanzler auch an den gescheiterten Aufstand im Warschauer Ghetto vor fast 60 Jahren: „Europa hat heute guten Grund, diese beiden Daten – den 20. Juli und den 1. August – als flammende Zeichen auf dem Weg zu einer wahren europäischen Wertgemeinschaft zu verstehen und in Ehren zu halten. ... Denn der Kampf für Freiheit und Recht, gegen Gewaltherrschaft und militärische Aggression ist die wichtigste Grundlage dessen, was uns in Europa eint.“

⁵⁶ Peter Balkenende würdigte das Attentat als „bedeutendes Ereignis auf dem Weg zur europäischen Zusammenarbeit und Integration“. Er verwies in seiner auf Deutsch gehaltenen Rede darauf, dass die Anhänger des Widerstands bereits damals über die Zukunft Europas und eine Verfassung für den Kontinent nachgedacht hätten.

Am 22. September 2004 nahm erstmalig ein Kanzler an der Verabschiedungsfeier eines Generalstabs- und Admiralstabslehrgangs an der Führungsakademie in Hamburg unter Generalmajor Hans-Christian Beck (* 1944) teil – eine besondere Auszeichnung. Nach dem Besuch von Kanz-

ler Kohl am 24. Juni 1993 war es der zweite eines amtierenden deutschen Regierungschefs. Er dankte den Offizieren des 45. Lehrgangs, darunter auch vielen ausländischen Offizieren, zum bestandenen zweijährigen Lehrgang und schloss deren Familien mit ein. Wegen der „privatisierten Gewalt“ könne heute kein Staat die Sicherheitsprobleme, die aus religiösen, ethnischen Gründen entstünden, mehr allein lösen. „Unsere Geschichte und unsere ... Erfahrung lehren uns auch, dass militärisches Handeln vielfach Ursachen von Konflikten nicht beseitigen kann. ... Deutsche Sicherheitspolitik folgt dabei einem umfassenden Sicherheitsbegriff. Wir dürfen deshalb unser Denken und Handeln nicht auf die militärischen Aspekte verengen.“

Auf dem Rückflug von einer Reise nach Indien, Vietnam und Pakistan machte er am 11. Oktober 2004 einen vierstündigen Zwischenstopp beim deutschen ISAF-Kontingent in Kabul unter Brigadegeneral Walter

⁵³ Fast zeitgleich besuchte Joseph Kardinal Ratzinger auf Einladung des Bischofs von Bayeux, Pierre Pican S.D.B., den Friedhof.

⁵⁴ Heisig diente ab 1942 als Freiwilliger in der 12. SS-Panzerdivision, wurde mehrfach schwer verwundet und nahm u.a. an der Ardennen-Schlacht teil. Er geriet in sowjetische Gefangenschaft, wurde aber 1945 als Invalide entlassen.

⁵⁵ Bei der Ausstellungseröffnung „Die Wut der Bilder“ in Leipzig am 20. März 2005.

Spindler (* 1954), dem Kommandeur der Multinationalen Brigade Kabul und Oberst Reinhard Barz (* 1953), dem Kommandeur der PRT-Gruppen Kunduz, Feyzabad und Pol-e-Khomri. Schröders Besuch – in schussicherer Weste – wurde von strengen Sicherheitsmaßnahmen begleitet. US-Kampfhubschrauber kreisten, als er in Begleitung des stellvertretenden ISAF-Kommandeurs, Generalmajor Wolf-Dieter Löser (* 1949; später Generalleutnant) per Helikopter im Camp Warehouse, dem Stützpunkt der rund 1.800 deutschen Soldaten, eintraf. Dort wurde er vom französischen Général de Corps d'Armée Jean-Louis Py (* 1948), dem Kommandeur der internationalen Schutztruppe ISAF,⁵⁷ begrüßt. Er habe „großen Respekt vor den jungen Leuten hier“, sagte Schröder. Im Eiltempo besichtigte er mit Generalleutnant Holger Kammerhoff (* 1945) und einem Journalisten-Tross das Feldlazarett.

Zum 8. Mai 2005, dem 60. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges in Europa, reiste Schröder als Zeichen der Versöhnung mit einer kleinen Delegation, darunter einige ehemalige Soldaten der Wehrmacht,⁵⁸ nach Moskau. Nach der Parade auf dem Roten Platz fand eine Diskussion mit Kriegsveteranen beider Seiten und Jugendlichen statt. Am Morgen hatte er als erster Bundeskanzler an der russischen Militärparade teilgenommen. In einem Interview der „Bild“-Zeitung – gemeinsam mit dem russischen Präsidenten Putin – wick Schröder der Frage nach den „Helden des Krieges“ aus. *„Ich gebe zu, mir fällt es schwer, angesichts der Millionen Toten, ... von Helden des Krieges zu sprechen. Sicherlich gab es viele mutige Soldaten und auch geniale Strategen unter den Offizieren und Befehlshabern. Aber für mich zeichnen nur ganz konkretes Verhalten oder eine klare Haltung jemanden als Helden aus.“*⁵⁹Nach den

Feiern legte Schröder – begleitet von seiner Gattin Doris Schröder-Köpf – auf dem deutschen Soldatenfriedhof Ljublino⁶⁰ im Südosten Moskaus einen Kranz für die gefallenen deutschen Soldaten nieder.

Am 11. Juli 2005 besuchte Schröder die Wehrtechnische Dienststelle für Schiffe und Marinewaffen in Eckernförde. Dort informierte sich der Kanzler über die technischen Möglichkeiten und das Einsatzspektrum des neuen Forschungsschiffes „Planet“. Als Schröder das U-Boot U 32 an der benachbarten Pier entdeckte, entschloss er sich, dieses ebenfalls zu besichtigen. Er wurde von Fregattenkapitän Jochen Brune, dem Kommandeur des 1. U-Boot-Geschwaders und Korvettenkapitän Frank Thiede, dem Kommandanten von U 32, begrüßt. An Bord schwärmte der Kanzler von Technik und Leistungsstärke des neuen U-Boots und zeigte sich von den Leistungen der Matrosen beeindruckt: *„Es ist unvorstellbar für einen Laien, dass auf so engem Raum so viele Leute arbeiten. Die Kunst liegt in der Konstruktion, und darin sind die deutschen U-Boot-Bauer die Besten der Welt.“*

Als Schirmherr der „Marine Sail Bremerhaven“ ging der Kanzler am 14. August 2005 gemeinsam mit Marineinspekteur Lutz Feldt (* 1945) an Bord der Fregatte „Hamburg“ unter Fregattenkapitän Rainer Engelbert und nahm die Abschlussparade des internationalen Festivals der Windjammer auf der Weser ab (*Bild 8*). Anfang Mai 2005 besuchte Schröder – auf der Rückreise von der Türkei – das 1. Einsatzkontingent EUFOR im bosnischen Feldlager Rajlovac unter Oberst Paul Bacher und dem britischen EUFOR-Kommandeur Generalmajor David Leakey (* 1952; später Generalleutnant). Er informierte sich u.a. über Arbeit und Aufgaben der Kampfmittelbeseitiger und Sanitäter. Nach 1999 war es sein zweiter Truppenbesuch auf dem Balkan. Beim Festakt zum 50. Jahrestag der Gründung der Bundeswehr im Deutschen Historischen Museum in Berlin am 7.

wurde vom Chefredakteur Kai Diekmann geführt und am 6. und 7. Mai 2005 veröffentlicht.

⁶⁰ Auf dem Friedhof, den auch schon Bundeskanzler Kohl besucht hatte, sind 596 Soldaten aus elf Ländern beigesetzt, darunter 486 Deutsche.

Juni 2005 betonte der Kanzler in seiner Festansprache unter dem Motto „Entschieden für Frieden“ die „tiefe Verankerung der Bundeswehr in unserer Gesellschaft und zwar in allen Schichten der Gesellschaft“ und begründete diese mit ihrer Hilfsfunktion bei Katastrophen und der Fähigkeit, „in schwierigen und lebensbedrohlichen Auslandseinsätzen Konflikte zu entschärfen, Hunger, Not und Elend zu bekämpfen, ... und Demokratie zu befördern.“ Überdies habe sie deutlich gemacht, *„dass sie nicht in der verhängnisvollen Tradition des deutschen Militarismus steht, sondern dass sie in der ... Auseinandersetzung mit der deutschen Vergangenheit eigene und überzeugende Traditionslinien entwickelt“* hat.“ Er nannte sie *„eine Erfolgsgeschichte ohne Beispiel“* und fügte hinzu: *„Die Regeln des demokratischen Rechtsstaates, die Unverletzlichkeit der Menschenrechte und der Primat der Politik müssen und werden auch weiterhin Grundsätze militärischen Handelns in der Bundeswehr bleiben.“*

Insgesamt aber war es eine unpersonliche Ansprache: Die Feststellung von der „tiefen Verankerung“ war Wunschdenken, denn diese hat trotz aller Appelle eher ab als zugekommen.

Der scheidende Kanzler nahm am 26. Oktober 2005 am Großen Zapfenstreich zum 50. Geburtstag der Bundeswehr auf dem Platz der Republik vor dem Reichstag – mit 4.500 Gästen, an ihrer Spitze Bundespräsident Horst Köhler, NATO-Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer und CDU-Vorsitzende Angela Merkel – teil. Am Ende seiner Amtszeit verabschiedeten ihn Minister Struck und Generalinspekteur Schneiderhan am 19. November 2005 in Hannover im Park hinter dem Rathaus mit einem Großen Zapfenstreich (*Bild 9*). Für die Serenade hatte Gattin Doris Schröder-Köpf die Musikstücke „Summertime“ von George Gershwin, Kurt Weills „Moritat von Mackie Messer“ aus Brechts „Dreigroschenoper“ und Frank Sinatras „My way“⁶¹ ausgesucht. Nach der Wahl von Angela Merkel zur Regierungschefin legte

⁶¹ Englische Adaption des von Claude François und Jacques Revaux komponierten französischen Liedes „Comme d'habitude“.

⁵⁷ Kommandierender General des Euro-Korps.

⁵⁸ Die deutschen Veteranen waren vom Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge ausgewählt worden: Lothar Scholz (Berlin), Günther Stiemke (Berlin), Emil Lachenmayer, (Berlin), Heinrich König (Echte), Heinz Keim (Kaarst), Dr. Jürgen Meyer-Wilmes (Berlin), Richard Wagner (Ehrenpräsident des Volksbundes) und Ernst August Ratje (Hamburg).

⁵⁹ Das Interview mit beiden Politikern

Schröder am 22. November 2005 sein Bundestagsmandat nieder.

Mit dem Wechsel in die Wirtschaft erloschen Schröders Kontakte zur Bundeswehr. Nur einmal, im Wahlkampf 2009, meldete er sich zu einem sicherheitspolitischen Thema zu Wort und forderte im westfälischen Lübbecke den Rückzug der Bundeswehr aus Afghanistan bis Ende 2015.

Literatur

- Böttger, Karl u. a.: Das Kgl. Sächs. 7. Infanterie-Regiment „König Georg“ Nr. 106.
- Erinnerungsblätter deutscher Regimenter, Heft 40, Verlag von Baensch-Stiftung Dresden 1927.
- Brugmann, Gerhard (Hrsg.): Wege eines Soldaten – Heinz Gaedcke –, Books on demand, Norderstedt 2005.
- Friebner, Hans: Verratene Schlachten, Holsten-Verlag, Hamburg 1956.
- Grams, Rolf Die 14. Panzerdivision 1940-1945 Podzun-Verlag Bad Nauheim 1957
- Hinze, Rolf: Hitze, Frost und Pulverdampf, Der Schicksalsweg der 20. Panzer-Divisio, Heinrich Pöppinghaus Verlage, Bochum 1981.
- Hnílčeka, Karl : Das Ende auf dem Balkan 1944/45, Studien und Dokumente zur Geschichte des Zweiten Weltkrieges, Bd. 13, Musterschmidt-Verlag, Göttingen 1970.
- Hogrefe, Jürgen: Gerhard Schröder, Ein Porträt, Siedler Verlag, 2002.
- Kissel, Hans: Die Katastrophe in Rumänien 1944, Darmstadt 1964.
- Löser, Jochen: Bittere Pflicht, Kampf und Untergang der 76. Infanterie-Division, Biblio Verlag, Osnabrück 1986.
- Rebentisch, Ernst: Zum Kaukasus und zu den Tauern, Die Geschichte der 23. Panzer-Division 1941-1945, Esslingen a.N. 1963.
- Sächsisches Staatsarchiv Leipzig, Geburtsregister und Meldekarte.
- Schiebold, Kurt: Opfergang in Rumänien, Niemeyer Verlag, Tübingen 1952.
- Schröder, Gerhard: Entscheidungen. Mein Leben in der Politik, Hoffmann und Campe Verlag, 2006.

– Siebenbürgische Zeitung vom 11.09.2004, Kroner, Dr. Michael.

Besonderer Dank gilt dem Bilderdienst des Bundespresse- und Informationsamtes, Herrn Rettig (Deutsche Dienststelle Berlin), dem Archiv des KSK in Calw und dem Sächsischen Staatsarchiv Leipzig, sowie

GenLt a.D. Oltmann, GenMaj a.D. Hellwig und GenMaj a.D. Schultze-Rhonhof sowie Frau Ursula Witzel, Düsseldorf.

Bildnachweis:

Presse- und Informationsamtes (BPA) der Bundesregierung (1, 4, 5, 6, 8, 9), dpa-Bilderdienst (3), Jagd-



Bild 9: Zapfenstreich für den scheidenden Bundeskanzler Gerhard Schröder am 19. November 2005 in Hannover.

den ehemaligen Kommandeuren der geschwader 73 „Steinhoff“ (10), und 1. und 3. Panzerdivision, den Herren Archiv des KSK, Calw (7).

Anglikaner Kanadas in voller Einheit mit dem Bischof von Rom

Die „Anglican Catholic Church of Canada“ hat entsprechend der Modalitäten der Apostolischen Konstitution „Anglicanorum coetibus“ für die Bitte um volle Einheit mit der Römisch-Katholischen Kirche unter der Leitung des Bischofs von Rom, Papst Benedikt XVI. gestimmt.

Die Kirchenführer dieser konservativen anglikanischen Gruppierung, die sich im Jahr 1970 in Kanada gebildet hat, trafen die Entscheidung mit einer breiten Mehrheit. Die Gruppierung hatte sich vehement gegen die Praxis der Ordination von Frauen zu Priesterinnen innerhalb der Anglikanischen Kirche ausgesprochen und deshalb ihre Abspaltung vor 40 Jahren organisiert.

Wie die vatikanische Zeitung „L'Osservatore Romano“ berichtet, war der Konsens zur Gründung eines anglo-katholischen Ordinariats in Kanada einmütig unter den Mitgliedern des „House of Clergy“. Die Synode approbierte einen Beschluss, mit dem Bischof Peter Wilkinson autorisiert wird, die notwendigen kanonischen Maßnahmen zu treffen sowie die Normen festzulegen, entsprechend denen das Ordinariat eingerichtet werden kann. Das „House of Clergy“ wählte die Mitglieder des „Interim Governing Council“. Der Rat schlug Bischof Wilkinson als ersten ordentlichen Bischof des Ordinariats vor. (ZENIT)

Vor 100 Jahren: Am 10. September 1910 Franz Kardinal Hengsbach geboren

Motor und Reformers des Laienapostolats – auch in der „Kirche unter Soldaten“

Ruhrbischof (1958-1991) – Militärbischof (1961-1978) – Kardinal (1988-1991)



Franz Kardinal Hengsbach (* 10. September 1910 in Velmede; † 24. Juni 1991 in Essen) war der erste Bischof von Essen und der zweite Katholische Militärbischof für die Deutsche Bundeswehr. Seine Ernennung zum Kardinal wurde am 29. Mai 1988 von Papst Johannes Paul II. bekannt gegeben. Hengsbach war ein tatkräftiger, sozial engagierter und auf Ausgleich bedachter Bischof. Doch sein besonderes Engagement galt dem Apostolat der Laien in der Kirche. – Den folgenden Beitrag hat Paul Schulz aus verschiedenen Publikationen redaktionell zusammengestellt (Quellenangabe am Schluss des Beitrags).

Eine kurze Biografie

Elternhaus

- Franz Hengsbach wurde als erstes von acht Kindern der Eheleute Johann und Theresia Hengsbach in Velmede im Sauerland geboren,
- von 1925 bis 1926 besuchte er das Gymnasium Petrinum in Brilon,
- ab 1926 das Theodorianum in Paderborn, wo er am 6. März 1931 das Abitur bestand. Während dieser Zeit lebte er im Knabenseminar zu Paderborn

Kirchliche Laufbahn im Bistum Paderborn

- Franz Hengsbach studierte in Paderborn, Freiburg und Münster Theologie, wurde am 13.03.1937 in Paderborn zum Priester geweiht und wirkte bis 1946 als Vikar in der Gemeinde St. Marien, Herne-Baukau. 1944 promovierte er zum Dr. theol. an der Theologischen Fakultät der Universität Münster.
- Von 1948 bis 1958 war er Leiter des Erzbischöflichen Seelsorgeamtes Paderborn und in dieser Funktion verantwortlich für den 73. Deutschen Katholikentag in Bochum zum Thema „Gerechtigkeit schafft Frieden“. Dieser Katholikentag gilt als ein wichtiger Meilenstein in der Geschichte der christlich-sozialen Bewegung.

- Am 30.04.1952 wurde er Generalsekretär des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK).
- Am 20.08.1953 erhielt er die Ernennung zum Titularbischof von Cantano und Weihbischof in Paderborn, wo er am 29.09.1953 die Bischofsweihe erhielt.

Bischof von Essen

- Franz Hengsbach wurde am 18.11.1957 zum ersten Bischof des neuen Ruhrbistums Essen ernannt und dort am 01.01.1958 inthronisiert.
- Am 29.05.1988 wurde seine Ernennung zum Kardinal durch Papst Johannes Paul II. bekannt gegeben. Als Titelkirche erhielt er Nostra Signora di Guadalupe auf dem Monte Mario in Rom zugesprochen.
- Am 21.02.1991 nahm Papst Johannes Paul II. sein Rücktrittsgesuch als Bischof von Essen an.
- Kardinal Hengsbach starb am 24.6.1991 in Essen und wurde am 29.6.1991 in der Adveniat-Krypta im Westen der Essener Domkirche beigesetzt.

Weiteres kirchliches Wirken

- 05.06.1960 Von Papst Johannes XXIII. in die Konzilsvorbereitungskommission für die Laienarbeit berufen
- 10.10.1961 bis zum Rücktritt am 22. 05.1978 Katholischer Militärbischof für die Deutsche Bundeswehr

- 1961 Gründung des Bischöflichen Werkes Adveniat
- 1963 Mitglied des Generalrates der Päpstlichen Kommission für Lateinamerika
- 1965 Briefwechsel des polnischen und des deutschen Episkopates zur Versöhnung der Völker als Frucht des Konzils. Bischof Hengsbach ist einer der drei vorbereitenden Bischöfe auf deutscher Seite
- 1968 verantwortlich für die Seelsorge an den katholischen Ersatzdienstleistenden
- 1973 Mitglied der römischen Kongregation für den Klerus und des Zentralkomitees für das Heilige Jahr
- Seit 1975 Großprior der Deutschen Statthalterei des Ritterordens vom Heiligen Grab.
- 1976 Vorsitzender der Kommission Weltkirchliche Aufgaben der Deutschen Bischofskonferenz
- 1977 Vertreter des Deutschen Episkopates im Rat der Europäischen Bischofskonferenzen (CCEE)
- 1977 in den päpstlichen Rat Cor Unum berufen
- 1980 Präsident der Kommission der Bischofskonferenzen der Europäischen Gemeinschaft (COMECE)
- November 1988 Berufung in die Kongregation für die Glaubensverbreitung, in das Sekretariat zur Förderung der Einheit der Christen, die Kommission „Justitia et Pax“.

Die Gründung des Bistums Essen und sein erster Bischof

Die Gründung des „Ruhrbistums“ am 1. Januar 1958, als der gerade 47 Jahre alte Dr. Franz Hengsbach am 1. Januar 1958 als erster Bischof des durch Papst Pius XII am 23. Februar



*„eritis mihi testes –
ihr sollt mir Zeugen sein“
Wahlspruch des Bischofs von Essen
Franz Hengsbach*

1957 errichteten Bistums Essen eingeführt wurde, war für alle Teilnehmer eine unvergessliche Feier. Zu den 15.000 bei Regen und Kälte auf dem Burgplatz vor der Essener Münsterkirche ausharrenden Christen sprach der Bischof nach dem Festgottesdienst die unvergessenen Worte: „Der Bischof ist hier vor Ort gegangen. Im Namen Gottes wollen wir die erste Schicht verfahren. Glück auf!“

Diese Wahl (von Franz Hengsbach zum ersten Bischof von Essen) stieß allgemein auf große Zustimmung, sowohl bei der Bevölkerung des Ruhrgebietes als auch bei den staatlichen, kommunalen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verantwortungsträgern. Hengsbach, der aus dem sauerländischen Velmede stammte, hatte schon als Kind bei seinem Onkel Pastor Konrad Hengsbach in Gelsenkirchen-Schalke das Ruhrgebiet kennen und lieben gelernt. Er wusste, dass die säuerliche Luft aus der Kokerei kam. Er wusste auch, was es heißt: „auf Schalke gehen“; er kannte die Lebensart der Stahlkocher und

Kumpel. Auch sein Bischofsring war Programm: Anstelle eines Edelsteins trug dieser ein Stück Kohle – von der er sagte, sie sei aus demselben chemischen Element wie ein Diamant –, darüber errichtet ein Kreuz: „Kreuz über Kohle und Eisen“.

Damit nicht genug. Der junge Bischof war, wie er am 1. Januar 1958 gesagt hatte, „vor Ort gegangen“. Und das verstand er sehr konkret. In seiner Amtszeit ist er mehr als 100mal in ein Bergwerk eingefahren. Es gab wohl kein größeres Unternehmen, das er nicht besucht hat. Er kannte die Bundesliga-Vereine und war Ehrenmitglied bei Schalke 04. Der Bischof scheute sich auch nicht, an der Spitze von Demonstrationen zu marschieren, als es um die ersten Zechenschließungen ging. Die Sorge um die Menschen, die Arbeiter und ihre Familien, trieb ihn Tag für Tag um.

Mit viel Engagement und Einsatz steuerte er den Aufbau des Bistums, das aus Teilen der Bistümer Köln, Münster und Paderborn zusammenwachsen musste. Immer war es ihm ein besonderes Anliegen, ein eigenes Essener Bistumsbewusstsein zu schaffen. Auch legte der Bischof von Anfang großen Wert auf die Mitarbeit und Mitverantwortung der Laien. So fand bereits am 17. Juni 1959 die Konstituierung des „Diözesankomitees der Katholikenausschüsse des Bistums Essen“ statt. Diese Mitarbeit und Mitverantwortung der Laien war dann auch eines der großen Themen beim II. Vatikanischen Konzil, das am 25. Januar 1959, also gerade ein Jahr nach Bistumsgründung, von Papst Johannes XXIII angekündigt wurde. Das „Konzilsdekret über das Laienapostolat“ wurde von Bischof Hengsbach vorbereitet und später ausführlich kommentiert.

Einen weiteren Schwerpunkt legte Bischof Hengsbach auf die Präsenz der Kirche in der Öffentlichkeit. „Wenn es um den Menschen geht, um seine Sorgen und Probleme, darf die Kirche nicht wie ein stummer Hund da stehen.“ Dieses öfters von ihm gebrachte Wort des heiligen Augustinus entfaltete er in seinen vielen Predigten; er war aber auch auf die Präsenz in den Medien, in Presse, Fernsehen und Hörfunk bedacht. Am 5. April 1959 erschien die erste Nummer der

Essener Kirchenzeitung unter dem Namen „Ruhrwort“. Es sollte eine Kirchenzeitung modernen Stils sein mit flotter Aufmachung und mit einer Schreibe, die dem Ruhrmenschen aufs Maul schaute.

Laienapostolat und Kirche unter Soldaten

Am 10. Oktober 1961 übernahm der Bischof von Essen, Dr. Franz Hengsbach, das mit dem Tode von Joseph Kardinal Wendel am 31. Dezember 1960 verwaiste Amt des Katholischen Militärbischofs. Mit dem „Ruhrbischof“ Dr. Franz Hengsbach trat ein Kirchenführer an die Spitze der Militärseelsorge, der sich vor allem für soziale Fragen und die Stellung des Laien in der Kirche engagierte. In ihm sollten der Königsteiner Offizierkreis (KOK) und die spätere Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) ihren bedeutendsten Förderer erhalten.

Der Militärbischof hatte stets betont, dass sowohl die Verantwortung für Menschen wie der Beitrag zum Frieden vom Soldaten – auf allen Verantwortungsebenen – mehr als fachliches Können verlangen. In seinen Reden zeigte er den Zusammenhang von Sach- und Sinnfragen, die sittlichen Aspekte von Beruf und Auftrag des Soldaten und immer wieder die Wurzeln christlicher Weltverantwortung.

In der Zeit des Aufbaus der Militärseelsorge hat man – mit Fug und Recht – von einer „neuen Konzeption der Militärseelsorge“ gesprochen. Ein Ergebnis dieser Konzeption ist, dass man Militärseelsorge heute nur beschreiben und verstehen kann als „Kirche unter Soldaten“. So jedenfalls lautete die Erkenntnis einer Bestandsaufnahme von 1973¹. Militärbischof Hengsbach hatte das Geleitwort zu dieser Dokumentation am 29. September, dem 20. Jahrestag seiner Bischofsweihe, unterschrieben. Seitdem ist „Kirche unter Soldaten“ zwar keine offizielle Bezeichnung, aber ein gängiger Begriff, die zutreffender ist als der Begriff „Militärseelsorge“, der den Eindruck erweckt, es handle

¹ Bestandsaufnahme des Priesterrates des Militärbischofs in: Dokumentation zur Kath. Militärseelsorge, Heft 5/1973, S. 35-64.

sich hier nur um eine Tätigkeit von Geistlichen.

Der entscheidende Anstoß zu dieser Entwicklung kam aus der so genannten Laienarbeit. Katholische Offiziere und auch Unteroffiziere, trafen sich schon gegen Ende der 1950er Jahre zu Gruppenabenden. Die meisten kamen aus katholischen Jugend-

umfangreichen Akten über die einzelnen „Wochen der Begegnung“ im Archiv des Katholischen Militärbischofs durchsieht, ist klar erkennbar, wie stark sich der Militärbischof persönlich für die Ausgestaltung dieser Tagungen engagiert hatte. Er nahm an allen Wochen der Besinnung teil und stellte sich häufig als Referent

deshalb aktiv an der nach innen und außen gerichteten Heilssendung der Kirche beteiligen. Dies solle in der „Heiligen Ordnung“ in Einheit mit dem Bischof und unter dem Bischof geschehen. Aus diesem Grunde müsse ein Wandel von Formen der Zusammenarbeit zwischen hierarchischem Apostolat und Laienapostolat stattfinden. Vor allem werde eine ständige Koordination und Kooperation der Apostolatsarbeit notwendig.

So kam es bereits 1963 zu Bildung von Pfarrausschüssen in einzelnen Militärpfargemeinden. Im Jahre 1964 wurden die Militärpfarrer aufgefordert, in ihren „Seelsorgebezirken“ Pfarrausschüsse einzurichten. In seiner Verordnung vom 18. April 1969 hat der Militärbischof dann die Bildung der „Beratenden Ausschüsse beim katholischen Standortpfarrer“ und die Schaffung einer „Beratenden Versammlung beim Katholischen Militärbischof“ angeordnet. In diesen Laiengremien arbeiteten von Anfang an zahlreiche Mitglieder des KOK mit. Da der Militärpfarrer die katholischen Soldaten aller Dienstgrade und deren Familien seelsorgerisch zu betreuen hatte, waren die Offiziere, die hier tätig wurden, auf die Zusammenarbeit mit Unteroffizieren und hier vor allem mit den Portepeunteroffizieren angewiesen.

Der Militärbischof hat dies auch auf der 5. Woche der Besinnung in Königstein am 16. April 1964 deutlich zum Ausdruck gebracht und die Zusammenarbeit zwischen Offizier und Unteroffizier auf kirchlichem Gebiet als „unerlässlich“ bezeichnet: „Die Pfarrausschüsse sollen Aussprache- und Planungsgruppen sein und dem Seelsorger die Arbeit erleichtern helfen. Der Königsteiner Offizierkreis ist in diesem Rahmen eine Arbeitsgruppe.“

Während der 6. Woche der Besinnung 1965 konnte der Bundesprecher „Vertreter des Unteroffizierkorps“ willkommen heißen.

Zu weiteren zentralen Veranstaltungen des KOK in den folgenden Jahren wurden erneut Unteroffiziere eingeladen. Auf örtlicher Ebene kam es nach der Bildung von Pfarrausschüssen bzw. Beratenden Ausschüssen zu enger und vertrauensvoller Zusammenarbeit von Soldaten



Die Militärbischöfe Joseph Kardinal Wendel, Erzbischof von München und Freising, (links) und Dr. Franz Hengsbach, Bischof von Essen, förderten den Aufbau des Laienapostolates in ihrem Jurisdiktionsbereich nach Kräften (als das Bild 1960 aufgenommen wurde, war Bischof Hengsbach allerdings noch nicht Militärbischof)

verbänden. Sie kannten die Diskussionen um den deutschen Beitrag zur atlantischen Verteidigung und stellten Fragen, was sich für Beruf und Auftrag des Soldaten ergebe, wenn man die Maßstäbe christlicher Verantwortung anlegt – sowohl im Hinblick aus „Verteidigung“ als auch auf (eine an den Grundrechten und der Menschenwürde orientierten) „Menschenführung“. Das waren die Anfänge des Königsteiner Offizierkreises (KOK).

Bischof Dr. Franz Hengsbach nahm vom Beginn seiner Tätigkeit als Katholischer Militärbischof regen Anteil an der Arbeit des KOK. Als Ausdruck des Dankes und der Verehrung erhielt er am 12. April 1962 das von den Militärseelsorgern und dem KOK gestiftete Militärbischofsbrustkreuz überreicht, dessen Form auch heute noch Signum der katholischen Militärseelsorge ist. Wenn man die

zur Verfügung.

In der Entscheidung für die Beteiligung der Laien an der Mitverantwortung innerhalb der Bereiche der Militärseelsorge liegt ein besonderes Verdienst des früheren Militärbischofs Dr. Hengsbach, der diese Entwicklung maßgeblich vorangetrieben hatte.

Der Militärbischof hatte auf der Gesamtkonferenz der hauptamtlichen Militärgeistlichen in Königstein am 3. Oktober 1963 die theologischen und pastoralen Grundzüge dieses Neubeginns vorgestellt: Das Apostolat ist die entscheidende Klammer, in der alle Lebens- und Erscheinungsformen der geistlich handelnden Kirche übereinkommen. Das „Volk Gottes“ habe sowohl einen Heils- als auch einen Weltauftrag. Ihm gehören Bischöfe, Priester und Laien an. Auch die Laien hätten Anteil an der priesterlichen Sendung Christi und müssten sich

aller Dienstgradgruppen, insbesondere von Offizieren und Unteroffizieren. Die Diskussionen um die Öffnung des KOK führten dazu, dass während der 9. Woche der Besinnung in Königstein (1969) grundsätzlich beschlossen wurde, den KOK für Soldaten aller Dienstgrade zu öffnen; mit Durchführung und Festlegung der Organisationsform wurde der Führungskreis beauftragt.

Bei der darauf folgenden 10. Woche der Besinnung, die unter dem Thema „Soldat und Kirche – Laienarbeit in der Zukunft“ vom 16. bis 20. März 1970 in Essen-Heidhausen stattfand, übertraf erstmals die Zahl der teilnehmenden Unteroffiziere die der Offiziere. Die Delegierten berieten den vom Führungskreis des KOK unter der Leitung von Helmut Korn erarbeiteten Entwurf einer „Ordnung 70 der Gemeinschaft Katholischer Soldaten“, der nach Überarbeitung vor Ort am 17. März mit großer Mehrheit angenommen wurde. Damit war die GKS gegründet. Militärbischof Hengsbach bestätigte die Gründung am folgenden Tag. Zum ersten Sprecher der GKS wurde Oberstleutnant i.G. Dr. Helmut Korn gewählt.

Im Verlauf des Zweiten Vatikanischen Konzils (1961-1965) hatte Bischof Hengsbach entscheidend bei der Formulierung der Pastoralkonstitution „Über die Kirche in der Welt von heute“ mitgewirkt. So war er einer der Redakteure des 5. Kapitels der Konstitution, in dem sich die Konzilsväter u.a. zu den ethischen Fragen atomarer Bewaffnung äußerten. Die Anregungen für den KOK, sich mit den vom Konzil erarbeiteten theologischen Erkenntnissen zu beschäftigen und für das Leben nutzbar zu machen, war mit Sicherheit eine unmittelbare Folge der persönlichen Beziehungen des Konzilsvaters und Militärbischofs Hengsbach zur Führung des KOK. In den Vordergrund des Interesses trat nunmehr die christliche Weltverantwortung als Pflicht und Zeichen des katholischen Soldaten. Die Pastoralkonstitution wies die Wege für eine Legitimation des Soldatenberufes aus christlicher Verantwortung auf. Diese neuen Leitgedanken wurden unabhängig von den Konzilsdokumenten auch deutlich, als beim zweiten Weiß-

buch im Titel an die Stelle von „Verteidigungspolitik“ (1969) nunmehr die „Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland“ trat. Als „Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker“ fühlte sich „der katholische Berufs-

keinerlei Dienstverhältnis zum Staat steht. Kraft der Autorität, die er als residierender Diözesanbischof „mitbringt“, gilt daher der Militärbischof immer auch als „offizieller“ Vertreter der (Gesamt-)Kirche. Mit seinen



Militärbischof Franz Hengsbach begrüßt Soldaten vor dem Kirchenportal.

soldat“ in doppelter Weise legitimiert: als katholischer Christ in der Bundeswehr und als Soldat in seiner Kirche.

Das Interesse dieser katholischen Soldaten gilt nicht ausschließlich den sittlichen Aspekten der Verteidigung und Menschenführung, den Problemen der Friedensforschung und Friedenslehre. Sie bekennen sich zur christlichen Mitverantwortung in der Breite des Dekretes über das Laienapostolat des II. Vatikanischen Konzils. (Schon vor Beginn dieses Konzils hatte der Militärbischof den damaligen KOK in diese Richtung gewiesen.) ... Der frühe Aufruf des Militärbischofs, die katholischen Soldaten sollten sich nicht als „Objekt der Seelsorge“ betrachten, sondern sich „vor Ort“ auch als „Subjekte“ ihrer Kirche verstehen und engagieren, ist auf fruchtbaren Boden gefallen.

In Deutschland ist – anders als in andern Ländern – immer ein residierender Diözesanbischof mit dem zusätzlichen Amt des Katholischen Militärbischofs für die Deutsche Bundeswehr betraut. Auch damit wird deutlich, dass der Militärbischof in

Visitationsreisen als Militärbischof sind deswegen „offizielle Besuche der Bundeswehr“ verbunden. Bei Verhandlungen mit der staatlichen Seite ist er der „kirchliche“ Partner des zuständigen Bundesministers. Schon der erste Militärbischof, Joseph Kardinal Wendel, Erzbischof von München und Freising, hatte den offiziellen Besuchen der Bundeswehr großes Gewicht beigemessen. Bischof Hengsbach hatte diese Konzeption, dass mit dem Militärbischof immer auch der Vertreter der Kirche in die Bundeswehr kommt, stabilisiert – vor allem durch seine Reden und Vorträge, in denen er nicht nur die Fragen der Soldaten, sondern auch die Fragen von allgemeiner Bedeutung aus kirchlicher Sicht Stellung nahm.²

² Einige Beispiele aus den 1970er Jahren: „Kirche und Wehrdienst“, Vortrag im WBK II, Düsseldorf, 1970. „Warum berät die Kirche in Sachen Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen?“, HOS I Hannover, 1972. „Zukunft als Folge menschlicher Entscheidungen“, vor Offizieren der StO Garmisch-Partenkirchen und Mittenwald, 1975. „Erziehung in der Welt von heute“,

Auf diese Weise hat Bischof Hengsbach die Bundeswehr daran gewöhnt, dass es auch zur Aufgabe des Militärbischof gehört, offiziell – als Vertreter der Kirche – zu den Gegenwartsfragen Stellung zu nehmen. Gespräche und Besprechungen mit den Kommandeuren ergänzten diese Tätigkeit. Die Bundeswehr hat diese Konzeption, als Militärbischof mit jedem Zoll „Mann der Kirche“ zu sein, um so leichter akzeptieren können, als der „Ruhrbischof“ auch in der Bundeswehr im Umgang mit jedermann das bewies, was unter Soldaten als „Ausstrahlung“ geschätzt wird. Das Vertrauen katholischer Soldaten zu ihrem (Militär-)Bischof hat von dieser Amtsführung profitiert. Es ist der Militärseelsorge gut und auch der Bundeswehr nicht schlecht bekommen, dass der „Chef“ der Militärseelsorge ein residierender Diözesanbischof in der Bundeswehr für die Identität von „Kirche unter Soldaten“ und „Gesamtkirche“ bürgt und geradesteht.

Soldat und Frieden

Das II. Vatikanische Konzil (1962-1965) richtete in seiner Pastoral- konstitution „Die Kirche in der Welt von heute“ an die Soldaten die folgende Mahnung; „Wer als Soldat im Dienst des Vaterlandes steht, betrachte sich als Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker. Indem er diese Aufgabe recht erfüllt, trägt er wahrhaft zur Festigung des Friedens bei.“ (GS Nr. 79)

Zur Vorgeschichte dieses seitdem unzählige Male zitierten Satzes gehört auch, dass Bischof Hengsbach sehr früh erkannt hatte, wie unerlässlich es sein würde, dass dieses Konzil im Abschnitt über die „Förderung des Friedens“ auch ein Wort zum Dienst des Soldaten sage. Als Militärbischof hatte er die Möglichkeit, auch mit

sachkundigen und verantwortungsbewussten Soldaten darüber zu beraten, wie der Zusammenhang zwischen der Förderung des Friedens und dem Dienst des Soldaten zu sehen und zu formulieren sei. Als Konzilsvater hat-

mühungen des Militärbischofs fielen auf fruchtbaren Boden. Während der gemeinsamen Synode der Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland (1972-1975) veröffentlichte z.B. die GKS ein Arbeitsbuch mit dem Ti-



Militärbischof Franz Hengsbach besucht während der Internationalen Soldatenwallfahrt 1977 kranke Soldaten in Lourdes.

te der Militärbischof die Möglichkeit, entsprechende Erkenntnisse rechtzeitig in die Arbeit des Konzils einzubringen.

Für die Militärseelsorge war von Anfang an klar, dass die zitierte Konzilsaussage über den Dienst des Soldaten davor bewahrt werden musste, als bloßes Zitat ein Eigenleben zu entwickeln. Vielmehr war es notwendig, den Soldaten alles ohne jede Ausnahme nahe zu bringen, was dieses Konzil unter der Überschrift „Die Förderung des Friedens und der Aufbau der Völkergemeinschaft“ gesagt hatte, insbesondere auch das Kapitel „Von der Vermeidung des Krieges“. Der Militärbischof begann damit bei der jährlichen Zentralen Veranstaltung für katholische Offiziere. Er legte ferner die Grundgedanken dieser Konzilsaussagen vielen Reden und Vorträgen zugrunde.³ Diese Be-

tel „Wenn Soldaten Frieden sagen“.⁴ Hierzu gehört auch, dass sich katholische Offiziere als geeignete Gesprächspartner in den Kommissionen, (Ausschüsse und Arbeitskreise) der Gemeinsamen Synode bewährten, damit dort die bestehenden Meinungsverschiedenheiten in den Bereichen Wehrdienst, Kriegsdienstverweigerung und Zivildienst auf eine Wiese ausgetragen werden, „die dem gemeinsamen Ziel der Friedenssicherung und Friedensförderung dient“.⁵

Auch persönlich hat der Militärbischof diese Grundhaltung vorbe-reiten helfen. Er hatte 1970 in der Deutschen Bischofskonferenz die Fe-

den Heften 3 (1970) und 6 (1978) der „Dokumentationen zur kath. Militärseelsorge“, Hrsg. KMBA.

4 „Wenn Soldaten Frieden sagen. Aus der Arbeit der Gemeinschaft Katholischer Soldaten“, hrsg. von Walter Loch u. Helmut Fettweis i.A. der GKS, Echter Verlag, Würzburg, 11974, 21975, Verlag Bachem, Köln, 31988.

5 Das Ergebnis dieser Gespräche ist in die Formulierung des Synodenbeschlusses „Entwicklung und Frieden“, Nr. 2.2.4.5 eingeflossen

3 Auszüge aus diesen Reden bei seinen offiziellen Besuchen der Truppe, der Offiziersschulen und bei hohen Stäben sind in den Publikationen der Militärseelsorge veröffentlicht, insbesondere in

WBK V, Stuttgart, 1976. „Hat der Frieden an Boden gewonnen?, Ansprache beim Volkstrauertag in Munster/Örtze, 1976. „Werte der Zukunft – Zukunft der Werte“, TerrKdo Süd, Heidelberg, 1976. „Lernziel Menschlichkeit. Zur politischen Bildung und Menschenführung in den Streitkräften“, OSH, Hannover, 1977. „Lebenskundlicher Unterricht als pastoraler Dienst“, TerrKdo Süd, Heidelberg, 1978.

derführung für die Seelsorge an den Zivildienstleistenden übernommen, nicht obwohl, sondern weil er Militärbischof war. Seine Begründung: „Auch in diesen Fragen darf die Kirche nicht mit gespaltener Zunge sprechen.“ Und: „In der Kirche haben die Zivildienstleistenden den gleichen Anspruch auf Seelsorge wie die Wehrdienstleistenden“.

In die Thematik „Soldat und Frieden“ gehören sicherlich auch die jährlich im Mai stattfindende Internationale Soldatenwallfahrt nach Lourdes, zu der der französische Militärbischof erstmals im Jahr 1958 auch die katholischen Soldaten der Bundeswehr einlud sowie die seit 1965 auf Initiative von Apostolat Militaire International (A.M.I.) und GKS stattfindende „Feier des Weltfriedenstages“. Diesen begehrt die Militärseelsorge i.d.R. im ersten Quartal als Friedensgottesdienst der Ortsbischöfe mit den in ihren Diözesen stationierten deutschen und ausländischen Soldaten.

Bischof Dr. Franz Hengsbach hat im Jahr 1978 die Internationale Soldatenwallfahrt nach Lourdes als Anlass gewählt, den „Wechsel im Amt des Militärbischofs“ bekannt zu geben. Dass Bischof Hengsbach als Ort des Wechsels im Amt des Militärbischofs Lourdes wählte, hatte die Qualität eines geistlichen Testaments. Diese jährliche Soldatenwallfahrt nach Lourdes zeigt nicht nur Chancen und Aufgaben der Seelsorge in der Deutschen Bundeswehr, sie weckt und rechtfertigt auch Hoffnungen.

Über 17 Jahre hat er den Dienst als Militärbischof getan und sich engagiert für die Belange der Soldaten eingesetzt. Noch heute sind die Spuren des Mannes, den die Feldjäger zu ihrem Ehrenmitglied ernannten, in der Militärseelsorge deutlich zu sehen.

Zum Kardinal erhoben

Als am 29. Mai 1988 der Rundfunk in den Mittagsnachrichten mitteilte, Bischof Hengsbach sei vom Papst Johannes Paul II. zum Kardinal erhoben worden, da herrschte bei vielen Gläubigen große Freude.

Denn dieser Bischof hat einen Namen, der über die Grenzen seines Bistums hinausgeht. Der „Ruhr-

bischof“ hat es verstanden, den Bereich, der aus ehemaligen Gebieten mehrerer Bistümer besteht, zu einer Einheit zusammenzufügen. Er erkannte die Zuverlässigkeit der arbeitenden Bevölkerung an der Ruhr, er lernte „seine Kumpels“ kennen und schätzen. Er bahnte die deutsch-polnische Versöhnung an, als noch



Franz Kardinal Hengsbach im Sommer 1988.

niemand an einen solchen Schritt zu denken wagte. Er bemühte sich um die Menschen und übertrug dem Laien schon vor dem Konzil Aufgaben in dieser Kirche. Als er dann noch zusätzlich das Amt des Militärbischofs für die Bundeswehr übernahm, da glaubten viele, dass er für „sein Revier“ weniger Zeit haben werde. Das Gegenteil war der Fall; auch in dieser Position ließ er seine Gläubigen von der Ruhr nicht im Stich. Er machte das Ruhrgebiet nunmehr überall bekannt. Und er suchte unter den Soldaten nach denen, die aus seinem Bistum stammten. Die Freude über die Begegnung war dann meist beiderseitig. Aber er brachte es auch fertig, den Leuten „im Pütt“ den Dienst der Soldaten verständlich zu machen.

Doch über den engen Kreis der Bundesrepublik hinaus engagierte er sich für diese Kirche. Er erkannte schon frühzeitig, dass auf die Kirche Teilhabe an der Weltverantwortung zukommen würde.

Im Konzil hatte er großen Anteil an der Vorbereitung der Konzilskonstitution „Kirche in der Welt von heute“. Über das Dekret über die Laienarbeit schrieb er einen Kommentar.

Aus ersten Kollekten für das Partnerbistum Hongkong wuchs der Gedanke an das Werk Adveniat. Durch dieses Werk wird den Völkern Lateinamerikas neue Hoffnung und Stärke geschenkt. So hat der Bischof von Essen immer wieder auf die Verflechtung der einzelnen Diözesen mit den Gläubigen in der ganzen Welt hingewiesen. Er vertritt die Belange der europäischen Katholiken, aber er weiß auch, dass sie ins Gesamtkonzept einer Weltkirche eingebracht werden müssen.

Durch die Verleihung der Titelkirche „Unsere liebe Frau von Guadalupe“ auf dem Monte Mario in Rom kommt diese Einbindung in die Weltkirche besonders zum Ausdruck. Auf der einen Seite wird der Essener Bischof nun auch Priester des Bistums Rom. Zum anderen weist der Name der Kirche auf das Engagement des Kardinals für Südamerika hin.

Wir, die wir Kardinal Hengsbach lange Jahre als unseren Hirten für den Bereich der Militärseelsorge erleben konnten, freuen uns über diese hohe Auszeichnung. Wir danken ihm, dass er aus seiner Berufung zum Priester den Menschen zugewandt, helfend und sorgend, offen für die Not des Nächsten geblieben ist.

Wir wissen auch, dass die neuen Aufgaben nicht leicht sein werden. Aber wir können auch heute versichern, was einer der Unseren vor 26 Jahren, am 12. April 1962, als Bischof Dr. Franz Hengsbach als Militärbischof eingeführt wurde, versprochen hat: Er wies auf das Bischofskreuz hin und sagte auf die Querbalken deutend: „Daran helfen wir tragen.“

In dieser Zeit, da Kardinal Hengsbach nicht mehr unser Militärbischof ist, können wir ihm auf zwei Wegen helfen, einmal, dass wir seinen Amtsnachfolger, unseren Militärbischof Dr. Elmar Maria Kredel, Erzbischof von Bamberg, nach Kräften unterstützen und so der Kirche als Gemeinschaft dienen. Der zweite Ansatzpunkt aber ist das Gebet. So soll unser Versprechen sein: „Eminenz, wir helfen tra-

gen durch unser Gebet.“ Wir sind gewiss, Gott wird dann alles dazu geben, was notwendig ist.

Ein bischöfliches Leben ist vollendet

Unmittelbar nach der Feier seines 80. Geburtstages am 10. September 1990 traf Kardinal Hengsbach eine schwere Krankheit. Mit Energie stemmte sich der erste Bischof von Essen dagegen und nahm nach mehrwöchigem Krankenlager seine Amtsgeschäfte wieder auf. Am 21. Februar 1991 teilte Rom mit, dass Papst Johannes Paul II. das vor fünf Jahren gestellte Rücktrittsgesuch des Bischofs nun angenommen hatte.

„Noch am Fronleichnamfest 1991 feierte er auf dem Burgplatz in Essen mit etwa 7.000 Menschen einen Gottesdienst.“, schreibt Klaus Hellmich in einem Nachruf⁶ auf den ersten Bischof von Essen und fährt fort: „Die anschließende Prozession jedoch konnte er schon nicht mehr mitmachen. Sein Gesundheitszustand ließ das nicht mehr zu. Schweren Herzens blieb er auf der Altarinsel zurück, auf der etwas mehr als einen Monat später das Pontifikalrequiem für den verstorbenen Kardinal vom Kölner Erzbischof Joachim Kardinal Meisner gefeiert wurde. Die Feier des Gottesdienstes an Fronleichnam sollte der letzte öffentliche Auftritt des Essener Kardinals sein. Dort, wo er seine erste Schicht im Bistum Essen 1958 begonnen hatte, auf dem Burgplatz, sollte er auch seine letzte Schicht verfahren.“

Der Essener Diözesanadministrator, Weihbischof Wolfgang Große, der seit der Annahme des Rücktrittsgesuchs von Kardinal Hengsbach im Februar 1991 das Bistum verwaltete, bezeichnete den verstorbenen Essener Gründerbischof als einen Mann, der mit großer Energie und Umsicht das Bistum Essen aufgebaut habe. Darüber hinaus habe Hengsbach den Menschen an Rhein und Ruhr Zuver-

sicht und Hoffnung gegeben in der Zeit der Strukturkrise. „Einer von uns“ oder „Kumpel Franz“ oder auch „Ruhrbischof“, das waren Begriffe, die deutlich machten, wie sehr der Name Franz Hengsbach mit der Region an Rhein und Ruhr verbunden war. Er war es, der auch den Initiativkreis Ruhrgebiet gegründet hatte, um Maßnahmen zur Überwindung der Strukturkrise im Revier zu ergreifen. Dieser Kreis, dem Spitzenvertreter aus Wirtschaft und Industrie angehörten, hatte entscheidend einen wirtschaftlichen Aufschwung im Revier angeschoben.

Aber auch über den Bereich des Bistums Essen hinaus hat Kardinal Hengsbach viel bewirkt. So war er einer der Gründer der Bischöflichen Aktion Adveniat 1961 und deren Vorsitzender bis zum Schluss. Als „Außenminister“ der Deutschen Bischofskonferenz empfing der Essener Kardinal Besucher aus aller Welt in Essen. So war er einer der Initiatoren des Briefwechsels zwischen der polnischen und der deutschen Bischofskonferenz zur Aussöhnung zwischen den beiden Völkern. Er war ebenso einer der Motoren der Polenhilfe, die im Jahre 1981 begann. Dabei ging es ihm nicht nur um materielle Hilfe, sondern auch um die Begegnung der Menschen. Als Vorsitzender der Kommission Weltkirche der Deutschen Bischofskonferenz war er zudem entscheidend beteiligt an der Annäherung und Zusammenarbeit der europäischen Bischofskonferenz.

Es wäre müßig, so heißt es im Nachruf von Klaus Hellmich, alle Verdienste und Tätigkeiten des ersten Bischofs von Essen aufzuzählen. Am 28. Juni 1988 würdigte der Papst das Wirken des Bischofs mit der Aufnahme in das Kardinalskollegium. Der Essener Bischof hat diese ehrenvolle Berufung jedoch nie als persönliche Ehrung empfunden, sondern immer als Auszeichnung für das gesamte Revier.

Als im Februar 1991 sein Rücktrittsgesuch als Bischof von Essen vom Papst angenommen worden war, steckte er noch voller Pläne. Er wollte, wie er selbst sagte, „Sachen tun, die ich bis dato nicht

tun konnte“. Dazu war er dann doch nicht mehr gekommen. Er hat jedoch im Bistum Essen, im Revier, in der Weltkirche Spuren hinterlassen, die von einer fest verwurzelten Liebe zur Kirche und zum Menschen zeugen. Und die Menschen haben ihn geliebt. Nicht enden wollte der Zug der Trauernden, die dem toten Kardinal im offenen Sarg in der Essener Domkirche die letzte Ehre erwiesen haben, und auch heute noch besuchen Bürger aus dem Revier seine Grabstätte in der Westkrypta der Domkirche.

Quellenangabe:

- Kapitel „Eine kurze Biografie“: BiographischBibliographisches Kirchenlexikon: www.bbkl.de/h/hengsbach_f.shtml
- Kapitel „Die Gründung des Bistums Essen und sein erster Bischof“: Dompropst em. Ferdinand Schulte Berge, Die Gründung des Ruhrbistums, auf der Internetseite: www.kirche-im-ruhrgebiet.de/
- Kapitel „Laienapostolat und Kirche unter Soldaten“: Katholisches Militärbischofsamt (Hrsg.), Katholische Christen in der Bundeswehr, Bachem Verlag, Köln, 1987.
- Kapitel „Laienapostolat und Kirche unter Soldaten“ und „Soldat und Frieden“: Martin Gritz, Militäraseelsorge – Kirche unter Soldaten, in: Zeugnis und Dienst. Zum 70. Geburtstag von Bischof Dr. Franz Hengsbach, Verlag Ferdinand Kamp, Bochum, 1980.
- – Kapitel „Zum Kardinal erhoben“: Helmut Fettweis, Zum Kardinal erhoben, in: AUFTRAG Nr. 175/Aug. 1988, S. 8-9.
- Kapitel „Ein bischöfliches Leben ist vollendet“: Klaus Hellmich, Kardinal Dr. Franz Hengsbach - Erster Bischof von Essen. Sein Name stand für das Revier, auf der Internetseite: www.bistum-essen.de/.../kardinal-dr-franz-hengsbach.

Fotonachweis:

Zeugnis und Dienst (1), www.bistum-essen.de/.../kardinal-dr-franz-hengsbach (2-Wappen), K MBA-Archiv (3, 4 u. 5), Archiv Bistum Essen (6)

6 Klaus Hellmich, Kardinal Dr. Franz Hengsbach - Erster Bischof von Essen. Sein Name stand für das Revier, aus: www.bistum-essen.de/.../kardinal-dr-franz-hengsbach.

52. Internationale Soldatenwallfahrt nach Lourdes

Wallfahrer unter der Obhut des Katholischen Militärpfarramtes Veitshöchheim

VON RAINER ZINK

Vom 19.05. bis 25.05.2010 fand die 52. Internationale Soldatenwallfahrt in Lourdes statt. In diesem Bericht sollen die Erlebnisse der Soldaten auf dieser Soldatenwallfahrt aus der Region Veitshöchheim, Hammelburg, Walldürn und Wildflecken geschildert werden.

Eingestimmt wurden die „unterfränkischen“ Wallfahrer durch Pfarrhelfer Elmar Fries vom Katholischen Militärpfarramt, Veitshöchheim bei einem Informationsgespräch am 17.05.2010. Am 19.05.2010 um 10.00 Uhr startete dann die Wallfahrt unter Leitung des Katholischen Militärpfarrers Martin Klein in Veitshöchheim, Hammelburg per Bustransport nach Fulda. Dort war Treffpunkt der Pilger aus den verschiedenen Standorten, um in den

stellen, dass der Zug pünktlich im Ziel war und darüber hinaus ein strahlend blauer Himmel in Lourdes die Pilger ab sofort verwöhnen sollte.

Schon die Begrüßung am Bahnhof in Lourdes sollte ein besonderes Ereignis sein, denn es spielte das Heeresmusikkorps 1 aus Hannover und der deutsche Pilgerleiter, Militärdekan Msgr. Johann Meyer sowie der militärische Leiter, Oberstleutnant Stefan Graichen begrüßten die Teilnehmer, indem diese ein Glas französischen Rotwein bekamen.

Vom Bahnhof aus marschierten die Soldaten ins Zeltlager und die Hotelgäste wurden ins Hotel chauffiert. Gegen 16.00 Uhr stand dann der erste Programmpunkt an: Die Einführung in den Heiligen Bezirk, die Pfarrhelfer Fries durchführte. Deutlich erkennbar war das Erstaunen auf den Gesichtern der Pilger über die Ausstrahlung des heiligen Bezirks, aber auch über die Vielzahl der Menschen aus allen Nationen. Nach dieser Einweisung war ein kurzer Marsch ins Zeltlager angesagt, denn dort sollte die offizielle Begrüßung stattfinden.

Am nächsten Morgen wurde die Messfeier für alle deutschen Pilger an der Grotte durch Militärgeneralvikar Apostolischer Protonotar Walter Wakenhut zelebriert. Ein sehr schöner Gottesdienst, bei dem alle deutschen Pilger,

aber auch andere Nationen mit viel Begeisterung mitfeiern konnten. Im Anschluss daran übernahm Militärpfarrer Klein „seine“ Pilger, um den Kreuzweg zu gehen. Nach einer ausgedehnten Mittagspause zeigten sich alle Nationen in vielen herrlichen Farben, um sich bei der Parade der Delegationen vorzustellen. Ein weiterer Höhepunkt stand für die Wallfahrer zur Verfügung, denn in der Basilika Pius X fand die Internationale Eröffnung der 52. Soldatenwallfahrt Lourdes statt. Eindrucksvoll und unter dem Applaus der riesigen Menschenmenge marschierten alle 30 Nationen mit ihren Delegationen, ihren Fahnen und ihren höchsten militärisch-geistlichen Würdenträgern ein. Die Soldaten aller Nationen bekundeten bei dieser Eröffnungsfeier ihren Glauben und ihre Hoffnung und vereinten sich im Singen, Beten und in der Freude – in der großen Familie der Gläubigen einen gemeinsamen Frieden auf der Welt anzustreben.



Feierlicher Gottesdienst im Zeltlager der Soldaten in Lourdes

Sonderzug 2 aus Hamburg einzusteigen, der gegen 12.30 Uhr ab Fulda losfahren sollte. Es sei angemerkt, dass im Zug schon eine besondere Stimmung vorhanden war, denn alle Pilger freuten sich auf die nächsten Tage.

Nach circa 4 Stunden Fahrt erreichte der Sonderzug Offenburg. Dort war ein 3-stündiger Halt eingeplant, denn es fand in Offenburg der Eröffnungsgottesdienst (siehe Bild 1) in der Heiligkreuzkirche statt. Alle Militärpfarrer des Sonderzuges 2 zelebrierten gemeinsam mit Dekan Bürkle von der Heiligkreuzkirche diese Messfeier. Gestärkt von diesem Gottesdienst konnten die Wallfahrer die Reise im Zug gegen 19.00 Uhr fortsetzen. Die Reise war sehr kurzweilig, denn es fanden in den Abteilen gute Gespräche statt und auch die Nacht in den Liegewägen war angemessen.

Am nächsten Tag erreichte der Sonderzug 2 gegen 12.40 Uhr den Wallfahrtsort Lourdes und der Militärische Transportführer Oberstleutnant Alfred Warner konnte fest-

Der Samstag begann um 08.00 Uhr mit der Messfeier im Zeltlager (siehe Bild 2). Auch dieser erneute Höhepunkt war mit vielen Glanzleistungen geprägt. Zum Einen hatte unser Herr und Schöpfer weiterhin dafür Sorge getragen, dass uns schon zu diesem Zeitpunkt ein strahlend blauer Himmel erwartete, alle deutschen Pilger waren rundum glücklich, zum Anderen hat auch hier Militärgeneralvikar Wakenhut eine sehr eindringliche und beherzte Predigt gesprochen und zu Guter letzt durfte bei dieser Messfeier ein Soldat die Taufe erhalten. Viele Gläubige bei dieser Messfeier waren gedanklich bei anderen Taufen, seien es die Taufen ihrer Kinder oder auch die Taufen bei Freunden und Verwandten. Ein wirklich sehr eindrucksvolles Erlebnis, das hier allen Pilgern widerfahren ist. Danach trafen sich die deutschen Pilger im so genannten Herzstück der Soldatenwallfahrt, im Zeltlager, in dem die Soldaten dem soldatischen „Leben im Felde“ entsprechende Unterbringung in Zelten haben. Dort im Zeltlagerbereich der deutschen Soldaten fand ein ausgedehntes Treffen mit dem Militärgeneralvikar Wakenhut und seinen Gästen mit allen Pilgern statt. Am späten Nachmittag versammelten sich alle Pilger zur Totenehrung am Ehrenmal der Stadt Lourdes, am Place Peyramale. Auch diese Gedenkfeier war eine der großen Augenblicke der Soldatenwallfahrt, denn dieser Platz beinhaltet sowohl Gedenken und ist zugleich Zeichen der Hoffnung:

- Gedenken für die im Kampf gefallenen Soldaten, welcher Nation sie auch immer angehören mögen und
- Hoffnung darauf, dass tieferes Verständnis zwischen den Nationen entsteht und eine echte Wallfahrt des Friedens zustande kommt.

Am Abend wurde dann aufgerufen zur traditionellen Lichterprozession, einer Sternprozession auf der Esplanade. Die Soldaten nahmen an dieser Prozession in ihren Uniformen teil und die Pilger aller Nationen waren an dieser circa 2-stündigen Prozession mit ihren Kerzen ausgestattet, unterwegs.

Mit der Internationalen Messfeier in der unterirdischen Basilika Pius X wurde der Sonntag begonnen. Auch diese Messfeier war ein Höhepunkt der Soldatenwallfahrt und hat viele positive Eindrücke hinterlassen, denn insbesondere das Miteinander aller Nationen war bei dieser Feier deutlich erkennbar.

Am Nachmittag fand dann auch schon für die Pilger aller Nationen die Internationale Abschiedsfeier statt. Auch hier präsentierten sich wieder alle Nationen mit ih-

ren Delegationen und der Verantwortliche der Abschiedsfeier, Militärdékan Msgr. Johann Meyer hat diese Veranstaltung genutzt, um auf beeindruckende Art und Weise ein schönes Rollenspiel zu dokumentieren.

Am Abend dieses wunderschönen Sonntages mit sehr vielen eindrucksvollen Bildern gab es dann noch einen besonderen Genuss für alle Musikliebhaber. Das Heeresmusikkorps 1, Hannover unter der Leitung von Oberstleutnant Manfred Peter hat mit ihrem Konzert nicht nur die Musikliebhaber, sondern alle deutschen Pilger verzaubert. Von klassischer Musik über Tophits britischer und schwedischer Gruppen bis hin zur Filmmusik verschiedener Kultfilme war für jeden Pilger sicherlich seine Musikrichtung getroffen und unter tobenden Applaus mit Zugabe verabschiedet sich das Heeresmusikkorps.

Der letzte Tag in Lourdes begann mit dem gemeinsamen Abschlussgottesdienst in der Kirche St. Bernadette. Hier gilt es zu erwähnen, dass in diesem Gottesdienst Pilger verschiedener Nationen ihre Eindrücke wiedergeben konnten. Alle Redner waren sehr beeindruckt von dieser Soldatenwallfahrt, vom Miteinander, vom gemeinsamen Frieden und werden diese Soldatenwallfahrt auch stets in bester Erinnerung behalten.

Gegen 12.00 Uhr durften dann die Pilger, Sonderzug 2 die Rückreise antreten. Auch diese Zugfahrt war sehr kurzweilig. In den Abteilen wurden viele Gespräche geführt, die äußerst positiven Eindrücke der Soldatenwallfahrt wurden ausgetauscht, es wurde viel gelacht und alle Pilger waren äußerst zufrieden. Der Zug kam dann am Dienstag gegen 07.40 pünktlich ins Ziel Fulda und von dort aus ging dann die Reise per Bus zurück nach Veitshöchheim bzw. Hammelburg. Aus vielen Gesprächen heraus ist festzustellen, dass diese 52. Internationale Soldatenwallfahrt für alle Pilger ein besonderes Erlebnis war, dass alle ein bisschen näher zusammen gerückt sind und dass alle Pilger irgendwie ein Stück weit glücklicheren Eindruck hinterlassen.

Mein Dank gilt dem Katholischen Militärpfarramt, Veitshöchheim mit Militärpfarrer Martin Klein und Pfarrhelfer Elmar Fries, dem deutschen Pilgerleiter, Militärdékan Msgr. Johann Meyer, für den reibungslosen Ablauf der Zugfahrt dem Militärischen Transportführer, Oberstleutnant Alfred Warner, aber auch allen organisatorischen und helfenden Kräften, die an dieser 52. Internationalen Soldatenwallfahrt, Lourdes mitgewirkt haben. □

Diakonweihe

Aktiver Soldat zum Diakon geweiht

Am 22.05.2010 wurde der stellvertretende Vorsitzende im GKS-Bereich West, Hptm Wilfried Puth, im Hohen Dom zu Trier von Bischof Dr. Stephan Ackermann mit vier weiteren Weiehekandidaten zum Diakon geweiht.

Die Weiehekandidaten hatten sich als Segensspruch einen Vers aus dem Kolosserbrief (3.17) gewählt: „Alles,

was ihr in Worten und Werken tut, geschehe im Namen Jesu, des Herrn“.

Bischof Ackermann ging in seiner Predigt auf diesen Vers ein und betonte insbesondere die Verkündigung und die Caritas als Hauptaufgabe eines Diakons. Doch bevor die Weihe und das Gehorsamsversprechen der Kandida-



Stabsfeldwebel Wolfgang Wedekin mit der GKS-Fahne hinter dem neu geweihten Diakon Willfried Puth.

ten erfolgte, wurde vom Bischof das Einverständnis der Ehefrauen zum Dienst ihrer Männer eingeholt. Den neuen Diakonen wurde danach als Zeichen Stola, Dalmatik und das Evangeliar überreicht.

Eine kleine Abordnung aus dem GKS-Bereich, die einschließlich Fahne auftrat, hat die Feier der Diakonenweihe miterlebt. Nach dem Gottesdienst war auf dem Domplatz Zeit und Gelegenheit unserem neuen Diakon alles Gute und Gottes Segen für seine künftige Arbeit zu wünschen.

Bei einem Empfang im Priesterseminar sprach Diakon Puth auch im Namen seiner Mitbrüder den Dank an die Personen aus, die sie in den letzten Jahren auf ihren zukünftigen Dienst als Diakon vorbereitet und begleitet haben.

Eine Dankandacht in der Jesuitenkirche bildete den Abschluss dieses ereignisreichen Tages. Hptm Puth trat am Ende des Monats in den Ruhestand, dennoch ist es nicht die Regel, dass Soldaten dieses Weihesakrament noch während ihrer aktiven Dienstzeit empfangen.

(Text und Foto: Heinrich Dorndorf)

Seminar Dritte Lebensphase

„Nach dem Arbeitsleben fängt das Leben an !?“

VON REINHARD KIESSNER

Vom 21.04.2010 bis 25.04.2010 fand in Nürnberg im Caritas-Pirkheimer Haus (cph) das Seminar 3. Lebensphase statt. 22 Teilnehmer konnten sich „Im Zeichen der Burg“ wie eine große Versicherungsgesellschaft als Werbeslogan hat, auf die Zeit nach dem Berufsleben vorbereiten.

Der Veranstaltungsort Nürnberg zeigte sich mit dem gesamten Charme seines mittelalterlichen Stadtbildes und rundete somit das Seminar ab. Hauptziel der Veranstaltung war die sozial-psychologische Vorbereitung der Teilnehmer auf den bevorstehenden Lebensabschnitt. Der mit der Gesamtleitung beauftragte Professor Dr. Heimo Ertl hatte bei der inhaltlichen Ausgestaltung des Seminars die richtige Mischung gefunden. Auch verwaltungstechnische Themenbereiche kamen nicht zu kurz. Es trug vor Herr Regierungsamtmann Thomas Hörmann Sozialberater vom Bundeswehrdienstleistungszentrum Ingolstadt Außenstelle Roth. Sein sehr interessanter Vortrag brachte den Teilnehmern viele neue Erkenntnisse auf dem Gebiet der sozialen Versorgungslage nach Beendigung des Dienstverhältnisses. Die Gesundheit im Alter war das Thema von Dr. Klaus Bender, Oberarzt für Innere Medizin an der Universitätsklinik Erlangen. Altern als Chance, Schicksal oder Perspektive zu betrachten war das Ziel des Referates das der Mediziner den Seminarteilnehmern vortrug. Die geistliche Leitung hatte Pater Ludwig Schuhmann S.J. Sein tägliches Morgenlob und die spirituellen sowie psychologischen Anteile regten die Teilnehmer zum positiven Nachdenken an. Für eine Eucharistiefeier am Samstag konnte Dekan Alfons Hutter, stellv. Leitender Militärdekan Süd gewonnen werden. Die Gemeinschaft Katholischer Soldaten wurde durch den Haushaltsbeauftragten OstFw a.D.

Johann Schacherl vorgestellt. Außerdem standen der organisatorische Leiter OstFw a.D. Friedrich Mirbeth und der 1. stellv. Vorsitzende Bereich Süd OstFw Reinhard Kießner als Insider für Einzelfragen zur Verfügung. Abschließend zogen alle Teilnehmer ein sehr positives Resümee zu dem



Von links: Pater Ludwig Schuhmann S.J., OstFw a.D. Johann Schacherl, Prof. Dr. Heimo Ertl, OstFw a.D. Friedrich Mirbeth.

Seminar bei dem die hervorragende Versorgung durch das Caritas-Pirkheimer Haus und die sehr gute Harmonie der Gruppe besonders angesprochen wurde.

Gerüstet, um eine hohe Qualität in der dritten Lebensphase erreichen zu können, wurden die Teilnehmer durch das Team der Seminarleitung verabschiedet. □

50. Woche der Begegnung

Den Wandel mitgestalten – Glauben weitertragen

VON BERTRAM BASTIAN

Vom 13.09.10 bis 17.09.10 findet in Bensberg im Tagungshaus des Erzbistums Köln die 50. Woche der Begegnung statt. Im Kardinal Schulte Haus treffen sich vom 13.09. bis 15.09. die Delegierten des Katholikenrates beim Katholischen Militärbischof und vom 14.09. bis 17.09. findet die Bundeskonferenz der Gemeinschaft Katholischer Soldaten statt. Diese Woche steht unter dem Wort des II. Vaticanums:

An der Aufgabe der Kirche, Träger der Heilsendung Christi zu sein, haben die ganze Gemeinde und jedes ihrer Glieder Anteil. Von der gemeinsamen Verantwortung kann niemand sich ausschließen oder ausgeschlossen werden.

Kraft der Taufe und Firmung wirken alle in ihrer Weise mit am Auftrag Christi, seine Botschaft zu verkünden, seine Gemeinde aufzubauen und sein Heil in der liturgischen Feier zu vergegenwärtigen und im Leben zu bezeugen. Damit alle an der Sendung der Kirche teilhaben können, schenkt der Geist Gottes die Gaben und Charismen, die zum Aufbau der Kirche und zur Erfüllung ihrer Heilssendung erforderlich sind (1 Kor 12).

Jeder Christ hat ein ihm eigenes Charisma, das im Allgemeinen mit seinen natürlichen Fähigkeiten, mit seinem Beruf und seinen Lebensumständen im Zusammenhang steht. Dazu gehört die selbstlose Bereitschaft, Kirche als lebendige, brüderliche Gemeinschaft zu verwirklichen und Dienste in ihr zu übernehmen. (Dogmatische Konstitution über die Kirche „Lumen gentium“ 12).

Aufgrund des Jubiläums wird der Ablauf anders sein als gewohnt. Zum Höhepunkt der Jubiläumswoche wird ein gemeinsamer Bildungsteil mit dem Festvortrag von Pater Eberhard von Gemmendingen S.J. am Mittwoch, den 15.09. sein, der über das Laienengagement in der Weltkirche vortragen wird. Anschließend werden sich Zeugnisse von Zeitzeugen, die das langjährige Wirken der Laien gerade in der Militärseelsorge begleitet haben. Ein Vortrag des Militärgeneralvikars Apostolischer Protonotar Walter Wakenhut über die Zukunft der Katholischen Militärseelsorge und die sich daraus ergebenden Perspektiven für die Arbeit des organisierten Laienapostolats wird diesen festlichen Takt beschließen. Ab 17.00 Uhr zelebriert Militärgeneralvikar Wakenhut einen feierlichen Gottesdienst in St. Gereon, bevor der Empfang des Generalvikars im Maternushaus diesen gemeinsamen Teil der Woche der Begegnung beschließt.

Am Donnerstag stehen am Vormittag nach der Begrüßung durch den Bundesvorsitzenden sein Lagebericht im Mittelpunkt. Nachmittags findet die Mitgliederversammlung des FGKS e.V. statt (siehe Seite 56), bevor Brigadegeneral Reinhard Kloss, Stabsabteilungsleiter Fü S I im BMVg, über die Attraktivität des Dienens in den Streitkräften in den Zeiten des Strukturwandels referieren wird. Der Vortrag des Bundesvorsitzenden über den zukünftigen Weg der Gemeinschaft wird den Freitagvormittag ausfüllen und die Bundeskonferenz beschließen. □

Kurznachrichten

Turkmenistan gewährt der katholischen Kirche
offizielle Anerkennung

Der Apostolische Nuntius in der Türkei, Erzbischof Antonio Lucibello, hielt sich im Juli in Turkmenistan auf. Angesichts der Tatsache, dass dieses Land der katholischen Kirche eine offizielle Anerkennung gewährte, hat sich der Gesandte des Vatikans mit Vertretern des Justizministeriums zu Gesprächen getroffen, in deren Rahmen diese offiziellen Schritte ratifiziert wurden. Eine Tatsache, die im Vatikan Genugtuung hervorgerufen hat.

In der ehemals sowjetischen zentralasiatischen Republik Turkmenistan sind 90 Prozent der rund 5 Millionen Einwohner Muslime. Es gibt derzeit keine katholischen Kirchen, nachdem diese von sowjetischen Revolutionären nach 1920 zerstört wurden. Bisher waren nur die sunnitische und die russisch-orthodoxe Glaubensgemeinschaft offiziell anerkannt. Die turkmenischen Christen sind größtenteils polnischer oder deutscher Abstammung. Es gibt zwei katholische Priester und einen Diakon von den Oblaten von der Makellosen Jungfrau Maria (OMI) und bisher noch keine Ordensschwester. Nun kann die kleine katholische Gemeinde mit neuer Hoffnung in die Zukunft blicken. (ZENIT)

Förderkreis der Gemeinschaft

Katholischer Soldaten e.V.
Vorstand

48317 Drensteinfurt, im Juli 2010

Sehr geehrte Mitglieder,

im Namen des Vorstandes des Förderkreises der Gemeinschaft Katholischer Soldaten e.V. lade ich Sie zur Mitgliederversammlung 2010 ein.

Termin: Donnerstag 16.09.2010
 Zeit: 14:00 Uhr
 Ort: Kardinal Schulte Haus
 Tagungszentrum des Erzbistums Köln
 Overather Straße 51 – 53
 51429 Bergisch Gladbach (Bensberg)
 Kosten: ***sind selbst zu tragen, einschließlich Fahrtkosten.***

Tagesordnung:

1. Berichte des Vorstandes
2. Bericht der Kassenprüfer
3. Entlastung des Vorstandes
4. Sachstand:
 - a) Gemeinnützigkeit
5. Wahlen:
 - a) Kassenprüfer
6. Verschiedenes

Mitglieder des FGKS, die an der Mitgliederversammlung teilnehmen, melden sich bitte
bis Freitag, 3. September 2010

schriftlich, per Fax (030 – 206 199 91) oder per E-Mail (gks.berlin@online.de)
 bei der Geschäftsstelle der GKS, z.Hd. Bundesgeschäftsführer, Oberstleutnant Artur Ernst,
 Am Weidendamm 2, 10117 Berlin.

Mit freundlichen Grüßen
 gez. der Vorstand des FGKS

Vorsitzender	Oberstleutnant i.G. Rüdiger ATTERMEYER, Josef-Rhein-Straße 9a, 53359 Rheinbach E-Mail: Bundesvorsitzender@Kath-Soldaten.de
Stellv. Vorsitzender	Oberst a.D. Dipl.-Ing. Karl-Jürgen KLEIN, Poststraße 12, 52477 Alsdorf E-Mail: KarlJuergenKlein@t-online.de
Schatzmeister	OStFw a.D. Hubert BERNERS, Mecklenburger Straße 11, 48317 Drensteinfurt E-Mail: FGKS@Kath-Soldaten.de

GKS-Kreis Unna

Updates für den christlichen Glauben

Jeder kennt von seinen Computerprogrammen die notwendigen Updates. Für den persönlichen Glauben ist eine solche Maßnahme wünschenswert, jedoch noch ungewöhnlich. Seit Ende Mai bringen die Mitglieder des GKS-Kreises Unna ihren Glauben mit diesen Updates „auf Vordermann“. Bei einem Familienwochenende in Günne/Möhnesee begann dieses mit der Reflektion der Schöpfungsgeschichte für den christlichen Glauben.

Der Kreis Vorsitzende Ralf Eisenhardt bemerkte, dass die Grundlagen des christlichen Glaubens oftmals nicht so gegenwärtig wären, wie es sich viele Christen wünschen. In den Heiligen Messen sei es kaum zu schaffen, die Grundlagen des Christlichen und Katholischen immer wieder neu und grundlegend zu vermitteln. Militärfarrer Martin Tilles nahm diese Anregung auf und begann jetzt mit dem GKS-Kreis Unna das Programm „Glaubenssache – 7 christliche Updates“ zu bearbeiten. „Wir haben alle schon die richtigen Grundlagen für unser Glaubensleben, aber es ist sicher gut, sich dieser Grundlagen immer wieder neu bewusst zu werden“, meint Militärfarrer Tilles. Glaubenssache – 7 christliche Updates ist ein Bildungsprogramm für die Erwachsenenbildung, es kann auch in begrenztem Rahmen für Kinder interessant sein. Die Mitglieder der GKS Unna fanden den ersten Teil, der sich mit Fragen der Schöpfung und mit der besonders spannenden Frage „Mit welchen Augen sehen wir die Welt?“ beschäftigte, spannend und freuen sich auch schon auf die Fortsetzung im Herbst.

Der GKS-Kreis beschäftigte sich auch mit den wesentlichen Vorschlägen zur Satzung der GKS. Die Erhebung eines Mitgliedsbeitrages sahen die Unnaer nicht als Problem an. Ebenfalls diskutierten die Mitglieder eingehend die besondere Situation, in der sich die katholische Kirche in Deutschland zurzeit befindet. Hier brachte es



Die Familien nutzten die großen Freiräume, um ausgiebig mit Militärfarrer Martin Tilles über die Fragen der Schöpfung zu diskutieren.

Helmut Krause auf den Punkt. „Die Vorfälle sind sicher oftmals schrecklich, aber für mich ändert das an meinem Glauben und auch an meiner Zugehörigkeit zur katholischen Kirche gar nichts“. Diese Einstellung teilten auch die anderen Mitglieder.

(Text: R.Eisenhardt, Foto: F.Johland)

GKS-Kreis KÖLN

„Ehe und Familie – Fernbeziehung gestalten“

Vom 11. bis 13.06.2010 lud die Gemeinschaft Katholischer Soldaten KÖLN zum ersten Familienwochenende nach der Neuaufstellung im Februar ins Familienhotel Hochwald mit dem Thema „Ehe und Familie – Fernbeziehung gestalten“ ein. Als Referentin konnte die Familientherapeutin Ulla Kuhn gewonnen werden.



Erfreulich war die große Anzahl der Kinder und Jugendlichen, die das Wochenende zu einem richtigen Familienwochenende machten.

Nachdem alle Teilnehmer mit mehr oder weniger Stau die Reise nach Horath erfolgreich gemeistert und sich mit dem Abendessen gestärkt hatten, begab sich die Gruppe in den Tagungsraum. Nach Begrüßung, kurzer Vorstellungsrunde und Einführung in das Thema durch den GKS-Vorsitzenden Oberstleutnant Walter Raab, übernahm Ulla Kuhn das „Zepter“ und lud alle Teilnehmer ein, ihre Erwartungshaltung für das Familienwochenende aufzuschreiben. Anschließend ließ man diesen Abend in gemüthlicher Runde im Freien ausklingen.

Während am Samstag nach dem Frühstück die Kinder durch die Kinderbetreuung gut versorgt waren, versammelten sich die Erwachsenen, um sich mit dem Thema weiter auseinanderzusetzen. Zu Beginn stellte die Referentin die emotionalen Entwicklungsphasen bei längeren Trennungen im Vergleich zu Wochenendbeziehungen vor. So wurde bei allen Teilnehmern deutlich, dass sich Einsatzzzeiten und lange Trennungen stark auf das emotionale Erleben und Handeln in der gesamten Familie und deren Umfeld auswirken. Herausgestellt wurde auch, dass Fernbeziehungen i.d.R. nicht der Grund für Trennungen sind. In Gruppenarbeit erarbeiteten die Teilnehmer Regeln für eine gute und tragfähige Partnerschaft bei Fernbeziehungen. Als weiteren Schwerpunkt stellte Ulla Kuhn die Beeinflussung der veränderten Lebens- und Gefühlssituation bei Kindern heraus. Hier vermittelte sie einen interessanten Einblick auf typische altersbedingte Reaktionen und möglichem Umgang mit dieser Problematik. Am Ende der

Arbeitseinheiten stellte man einhellig fest, dass man dieses Thema an diesem Wochenende nur „anreißen“ konnte. Trotz der Kürze der Zeit haben aber die meisten viele neue Erkenntnisse mitnehmen können.

Nachmittags war dann „Familienzeit ohne Barrieren“ angesagt. Hier ging es um die Gestaltung der Wochenenden für Familien in Fernbeziehungen. Dass hier die Nutzung des vielfältigen Angebotes solcher familienfreundlichen Häuser, gerade bei schlechtem Wetter, hilfreich ist, wurde von allen großen und kleinen Teilnehmern bestätigt. Nach einem gemütlichen Beisammensein am Abend, mit weiteren regen Gesprächen über das Thema Fernbeziehung, traf man sich am Sonntag zur Nachbereitung und stellte fest, dass solche Familienwochenenden eine hervorragende Möglichkeit bilden, die Gemeinschaft weiter zu vertiefen.

Da der Militärpfarrer van Dongen aus gesundheitlichen Gründen absagen musste, organisierte die Gruppe eigenständig einen Wortgottesdienst, der das Wochenende gelungen abrundete.

(Text und Foto: W.Raab)

Militärpfarramt Bonn

Militärgemeinde Bonn auf Wallfahrt zur Rosa Mystica

Nein, es war wirklich kein Frühlingswetter, als sich am 05. Mai ca. 25 Personen an der Südwache des Verteidigungsministeriums in Bonn zusammenfanden und dem Aufruf des katholischen Militärpfarrers zur traditionellen Fußwallfahrt nach Buschhoven folgten. Bei gefühlten Temperaturen knapp über dem Gefrierpunkt (es schneite übrigens an diesem Tag in der Eifel) und ständigem Regen trotzten sie diesen widrigen Bedingungen und begannen



Nach dem Motto, dass es kein schlechtes Wetter gibt, nur unpassende Kleidung machten sich die Teilnehmer an der Wallfahrt in angepasster Ausrüstung auf ihren Weg durch den Kottenforst bei Bonn.

die Wallfahrt mit einer kurzen Station, an der Militärdekan Porovne die kleine Gruppe auf die Wallfahrt vorbereitete und auf den Weg durch den Kottenforst entließ. An weiteren Stationen wurde der Gottesmutter gedacht und der gemeinsame Weg in der Welt mit Gebeten und im Gespräch reflektiert.

Nass und trotz angepasster Kleidung durchfrozen, erreichten die Wallfahrer nach 2 ½ Stunden dann in Buschhoven die Wallfahrtskirche der Rosa Mystica, wo der feierliche Gottesdienst bereits vorbereitet war. Doch nicht nur der Abschlussgottesdienst der Wallfahrt konnte gefeiert werden. Drei neue Mitglieder wurden in die Gemeinde aufgenommen. Militärdekan Porovne spendete Oberfeldwebel Anja Gamsa und ihrer Tochter Caroline sowie Obergefreiter Oliver Wissenbach im Rahmen des Gottesdienstes unter Anwesenheit von nunmehr ca. 80 Mitfeiernden die Taufe und legte mit der gleichzeitigen Spendung der Firmung der Erwachsenen das von ihnen erbetene christliche Fundament. Auch die Mitfeiernden aus der Gemeinde Buschhoven freuten sich über die schwungvolle musikalische Untermalung durch Oberstleutnant Mayer (Gitarre, Gesang) und Obergefreiter Baumgärtner (Saxophon), die den Gottesdienst mitgestalteten. Kameradinnen und Kameraden der Gemeinschaft Katholischer Soldaten, Kreis Bonn, unterstützten beim Ministrieren und beim Lektorendienst sowie beim weiteren Ablauf der Veranstaltung.

Dem Grundsatz, dass neben den geistlichen Werten auch das Weltliche nicht vernachlässigt werden sollte, folgten die Teilnehmer der Wallfahrt anschließend im Pfarrheim. Dort erwartete alle die von Matthias Curtius, Pfarrhelfer Katholisches Militärpfarramt Bonn, mit Team professionell vorbereitete obligatorische „Bayerische Brotzeit“ mit Leberkäse, Kartoffel- und Krautsalat sowie Getränken. Alle waren sich einig: nächstes Jahr geht es wieder auf nach Buschhoven, hoffentlich bei besserem Wetter!

(Text und Foto: R.Gradl)

Militärpfarramt Bonn

Klausurtagung des Mitarbeiterkreises

Heute noch eine Vorlage für den Inspekteur der Luftwaffe, später noch ein Betreuungsgespräch, morgen muss der Haushalt mitgezeichnet werden. Alle kennen den Zeitdruck im täglichen Dienstgeschäft, der so wenig Zeit für den Feierabend oder auch für andere Aktivitäten lässt. Auch die monatlichen Sitzungen des Mitarbeiterkreises beim Katholischen Militärpfarramt Bonn leiden grundsätzlich unter Zeitdruck. Und so beschlossen die Mitarbeiter um Militärdekan Benno Porovne und Oberstabsfeldwebel Joachim Lensch, in einer Sitzung ohne Termindruck die Aussprache über grundsätzliche Fragen und Themenkreise zu suchen.

Es war schnell klar, dass dies nur in einem auswärtigen, nicht durch die gewohnten Rahmenbedingungen beeinträchtigten Umfeld gelingen kann. Deshalb nahmen wir das Angebot unseres früheren Mitarbeiters Oberstleut-

nant Andreas Unkelbach, jetzt Kommandeur der Technischen Gruppe beim Lufttransportgeschwader 62, an, eine Klausurtagung mit seiner Unterstützung in Wunstorf bei Hannover durchzuführen. Nachdem die vorbereitenden Planungen zwecks Unterkunft und Tagungsraum geregelt waren, konnten wir uns am Donnerstag, den 24. Juni auf



Der Mitarbeiterkreis beim Militärpfarramt Bonn bei der Diskussion um das Werbe- und Pressekonzept, in dem festgelegt werden soll, wer für welche Veranstaltung beworben wird und wie die Berichterstattung aussehen sollte.

den Weg machen. Nach der Anreise bezogen wir unsere Unterkunft am Steinhuder Meer und wurden durch Kamerad Unkelbach herzlich begrüßt. In einer dichtgedrängten Übersicht brachte er uns sein derzeitiges forderndes Aufgabenfeld nahe, geprägt vom Umbau des Verbandes auf den in Zukunft einzuführenden Airbus A400M. Als Zuhörer war einem sehr schnell klar: das verlangt alle Kräfte und Ressourcen des Verbandes.

Nachdem die organisatorischen Vorbereitungen durch Frau Feldwebel Friedrich vom Stab der Technischen Gruppe, nochmal abgeglichen wurden, begannen wir mit der thematischen Arbeit. Dabei wurden die aktuellen Themen vorgezogen und möglichst schnell abgeschlossen, um später und in den weiteren Arbeitseinheiten dann die Zeit für die angestrebte Grundlagenarbeit zu haben. Und so wurden neue Ideen zur Struktur der Laienarbeit im Seelsorgebereich Bonn ebenso diskutiert wie die Grundlagen für eine angepasste Werbe- und Pressearbeit gelegt wurden. Dass wir bei einer kurzen Unterbrechung der Tagung an der Rückkehr des amtierenden Kommandeurs des Lufttransportkommandos, Generalmajor Hans-Werner Ahrens, von seinem letzten Flug teilnehmen konnten, setzte für den Aufenthalt noch ein weiteres Highlight.

Vor der Fortsetzung der Grundlagenarbeit am Freitagmorgen hatten wir die Möglichkeit, am Standortgottesdienst teilzunehmen, den Militärpfarrer Heribert Weinbrenner zusammen mit Militärdekan Benno Porovne zelebrierte. Die musikalische Ausgestaltung unterstützte OGeFr Robert Baumgärtner in bewährter Manier mit seinem Saxofon, und wir Bonner Katholiken konnten als Ministrant und Lektoren unterstützen.

Um uns in diesem historisch sehr geprägten Umfeld – so ist der Nachbarort Bordenau aufs Engste mit General Scharnhorst verbunden – auch unter diesem Gesichtspunkt

weiterzubilden, schloss sich am Freitag Nachmittag eine Fahrt zur Festung Wilhelmstein im Steinhuder Meer an. Die von seinem Erbauer Graf Wilhelm von Schaumburg-Lippe eingeführten sozialen und militärischen Neuerungen waren ausgesprochen richtungsweisend und finden sich in manchen heutigen Festlegungen und Regularien wieder. Bei einem gemeinsamen Abend in der Wunstorfer (und Steinhuder) Gastronomie konnten wir in der Nachbesprechung feststellen, dass sich der zeitliche Aufwand auf jeden Fall gelohnt hat. Eigentlich sollten wir uns eine solche Möglichkeit zur Grundsatzdiskussion regelmäßig ermöglichen – ein Thema, das auf der Heimfahrt am Samstagmorgen noch vertieft wurde.

(Text: R. Gradl, Bilder: A. Preuss)

GKS-Kreis Nörvenich

Gelungene Premiere

Etwas skeptisch war der Vorsitzende des neu gegründeten GKS Kreis Nörvenich, Oberstabsfeldwebel Matthias Hasebrink, zu Beginn des ersten Familienwochenendes des Kreises. Auch wenn die Teilnehmerzahl nach Ansicht des Vorsitzenden noch nicht den Möglichkeiten entsprach, waren alle Anwesenden zufrieden, dabei sein zu können.



Die Teilnehmer dieser Premiere des Kreises Nörvenich am Ende der Veranstaltung - der Kern der Teilnehmer für künftige Vorhaben des Kreises

So reisten ins Familienhotel Hochwald 10 Familien mit ihren Kindern an. Das Haus in der Nähe von Trier bietet für Familien alles, was man sich wünschen kann. Bereits am ersten Abend wurden die Erwachsenen mit Rollenspielen in das Thema „Fernbeziehungen erfolgreich gestalten“ durch die Referentin Martina Müller von der Katholischen Arbeitsgemeinschaft für Soldatenbetreuung (KAS) und dem Referenten Rudolf Strothmann eingeführt.

Die Kinder wurden zwischenzeitlich und im weiteren Verlauf des Wochenendes von der erfahrenen Kinderbetreuerin Rosa Ponzel professionell und ideenreich betreut.

Von den Erwachsenen wurde am Samstagvormittag in einer weiteren Arbeitseinheit Regeln und Voraussetzungen für das Gelingen einer Fernbeziehung erarbeitet. Insbesondere die Rahmenbedingungen und Gründe für eine Fernbeziehung führten in den bewusst heterogen zusammengestellten Arbeitsgruppen zu kontroverser Diskussionsstoff. Am Ende der Arbeitseinheiten konnten die Teilnehmer einen kleinen Wegweiser für den steinigen Weg der Fernbeziehungen mitnehmen. Mit gemeinsamen Kommunikationsritualen das Wir-Gefühl stärken, Vertrauen und Vertrautheit aufbauen, regelmäßig Zeit zum reden einplanen, weniger Druck aufbauen, nicht zu hohe Erwartungen beim Partner aufbauen, eine ausgewogene Streitkultur entwickeln, auch auf die Distanz und am Telefon müssen Probleme gelöst werden können, Aufmerksamkeiten nicht vergessen („kleine Geschenke erhalten die Freundschaft“), Perspektive schaffen, eine Zukunft ohne räumliche Trennung planen. In der Zusammenfassung stellte Martina Müller noch einmal heraus, dass der Wegweiser zwar ein griffiges Gerüst sein kann, die Individualität jedes Einzelnen jedoch Berücksichtigung finden muss, vor allem aber dass gegenseitiges Vertrauen für das Gelingen einer Fernbeziehung unerlässlich ist.

Zum Abschluss des Wochenendes stellte der Vorsitzende des Bereiches West Oberstleutnant Albert Hecht den Förderverein der Gemeinschaft Katholischer Soldaten vor. „Jeder kann Mitglied im Förderverein werden und eine gute Sache für kleines Geld unterstützen“ betonte Hecht.

Für die geistliche Betreuung und den Gottesdienst sorgte Militärfarrer Stephan van Dongen aus Köln.

(Text und Foto: Daniel Hecht)



Soldaten des Standortes Köln folgen während der Prozession den Fahnen der GKS und der Katholischen Militärseelsorge.

Anschließend führte die Prozession durch die Innenstadt Kölns. Beeindruckend war die große Anzahl von Gruppierungen, darunter Ritterorden, Bruderschaften, Ordensleute, Gemeinden der internationalen Katholischen Seelsorge, Vertreter der katholischen Vereine und Verbände sowie der Militärgemeinde.

Die Schlussfeier mit dem sakramentalen Segen fand im Hohen Dom statt.

(Text und Foto: Dirk Ponzel)

Kreise Köln und Wahn

Fronleichnam in Köln

Mitglieder der Kreise Köln und Wahn beteiligten sich gemeinsam mit Vertretern der Militärgemeinden Köln I und Köln II, darunter Militärfarrer Stephan van Dongen, an der Fronleichnamsprozession in Köln.

Auf dem Roncalliplatz vor dem Hohen Dom zu Köln wurde durch Erzbischof Joachim Kardinal Meisner die Heilige Eucharistie gefeiert. Über den Feiertag predigte er: „Das ist Fronleichnam: nicht Gebot, sondern Überschwang; nicht Pflicht, sondern Begeisterung; nicht Verordnung, sondern Freude! Wer dieses eucharistische Brot gläubig nimmt, erfährt bis in sein leibliches Leben hinein, dass Gott den Himmel verlässt und Mitbewohner seines kleinen und engen irdischen Daseins wird. In der Eucharistie enthüllt sich Gott als einer, der alles für die Seinen tut. „Es gibt keine größere Liebe, als wenn einer sein Leben für seine Freunde hingibt“ (Joh 15,13). Er hat es nicht nur gesagt, sondern auch getan. Er ist wirklich der Gebende, ja die Gabe selbst. Am Gründonnerstag hat er sich selbst in die Hand genommen und sich den Menschen ausgehändigt: Hier bin ich! Nehmt mich!“

Fresko aus dem 7. Jahrhundert in Rom entdeckt

In der römischen Basilika Santa Sabina ist ein bislang unbekanntes byzantinisches Fresko aus dem 7. Jahrhundert entdeckt worden. Wie die römische Tageszeitung „Il Messaggero“ berichtete, wurde das 2,80 Meter hohe und 4,30 Meter breite Bild im Zuge von Restaurierungsarbeiten unter dem Putz freigelegt. Es zeigt Maria mit dem Jesuskind flankiert von den Aposteln Petrus und Paulus. Am Rande des Freskos sind zudem die heilige Sabina und die heilige Serafina zu sehen. Die Datierung ermöglichten nach Angaben der Zeitung zwei weitere Figuren, die als päpstliche Gesandte für das dritte Konzil von Konstantinopel (680/681) identifiziert wurden. Das Fresko soll ab September öffentlich zu sehen sein. Wie die italienische Tageszeitung „Il Tempo“ berichtete, wird das Bild zusammen mit einem neuen Museum der Basilika der Öffentlichkeit präsentiert. In den Ausstellungsräumen sollen antike Funde und christliche Kunst gezeigt werden.

(KNA)

Neue Ordnung – eine zukunftsweisende Lösung

VON CHRISTOPH AUER

Die erste außerordentliche Bundesversammlung der GKS vom 12. auf den 13. Juni in Fulda diente der Diskussion und der Verabschiedung der neuen Ordnung der GKS, um den Inhalt des Leitershofer Programms umzusetzen. Die Konsequenzen sind vielfältig und werden unsere Gemeinschaft noch einige Zeit beschäftigen. Dennoch ist der Weg jetzt frei, weg von den organisatorischen Dingen hin zu inhaltlicher Arbeit in der Gemeinschaft zu kommen. Der Leiter der Antragskommission Oberstleutnant Christoph Auer gibt einen Überblick über das Geschehen von 2004 in Lingen bis hin zu 2010 in Fulda und erläutert die Zusammenhänge zwischen der GKS, der GKS e.V. und dem Förderkreis FGKS e.V.

Begonnen hatte das Ganze auf der Bundeskonferenz 2004 in LINGEN. Der damalige Bundesvorsitzende, Oberst Karl-Jürgen Klein und der Bundesgeschäftsführer Oberst a.D. Dr. Klaus Achmann stellten für die GKS in Ablösung der Ordnung und Geschäftsordnung eine neue Satzung vor, welche die GKS zukunftssicher machen sollte. Dies betraf zunächst die Rechtsform als eingetragener und gemeinnütziger Verein und darüber hinaus die Einführung eines Mitgliedbeitrages. Beides wurde von der Bundeskonferenz in Lingen nach heftiger und kontroverser Diskussion zurückgewiesen. Die Delegierten waren mehrheitlich der Auffassung, dass Geist und Charakter der Gemeinschaft Katholischer Soldaten sich nicht mit dem Status eines Vereins vertragen, man wollte Gemeinschaft bleiben. Und im Übrigen wollte man auch keinen Beitrag zahlen.¹

Zu diesem Zeitpunkt existierte nämlich der Förderkreis der GKS bereits seit sieben Jahren und war gemäß seiner Satzung durchaus in der Lage, komplementäre Finanzmittel einzuwerben. Was durch den FGKS allerdings nicht geleistet werden konnte, war eine befriedigende Lösung der Haftungsfrage. Dadurch dass die Gemeinschaft Katholischer Soldaten ausdrücklich kein eingetragener Verein und damit keine juristische Person werden wollte, hafteten handelnde Personen (Kreisvorsitzende bei Vertragsabschluss mit Häusern für ein Familienwochenende) mit ihrem Privatvermögen.

Noch bei der Bundeskonferenz in Lingen brachte der damalige Beauftragte der Aktion Kaserne und heutige Chefredakteur des Kompass Josef König das Modell eines Trägervereins nach Beispiel des BDKJ in die Diskussion ein. Ein aus dem Plenum dann als Beschlussvorschlag eingereichter Antrag: „Die Bundesversammlung möge beschließen, eine GKS e.V. als Trägerverein mit beschränkter Anzahl der Mitglieder, in dem die Kreise und Bereiche mehr Mitglieder als die Bundesebene stellen“, fand großen Zuspruch und beendete die Satzungsdebatte. Zumindest für 2004.

Die GKS e.V. wurde als Trägerverein gegründet, sie ist heute wie auch der FGKS e.V. vom Finanzamt als gemeinnützig anerkannt. Und so existiert neben der GKS als Katholischer Verband nach den Regeln des Codex Ju-

ris Canonici (CIC) heute parallel dazu der FGKS e.V. und die GKS e.V.

Nach der Bundeskonferenz in Lingen wurde parallel die Fortschreibung des Grundsatzpapiers der GKS „Gemeinsam in die Zukunft! Ziele und Wege“ betrieben, was bei der Bundeskonferenz 2007 zur Verabschiedung des Leitershofer Grundsatzprogramm führte (siehe Auftrag Nr. 267).

Die Fortentwicklung der Ordnung, die Einarbeitung der Geschäftsordnung im notwendigen Umfang sowie die Schaffung einer Wahlordnung hingegen dauerte deutlich länger. Wieder wurden gewichtige Stimmen laut, die GKS müsse sich von ihrer Ordnung an eine Satzung annähern. Konstitution als eingetragener Verein, basisdemokratische Wahlen, schlanke Gremien, ausführliche Rechenschaft über das Finanzgebaren: All das sollte nach dem Willen des einen Flügels in eine neue Satzung eingearbeitet werden. Und damit könne dann der Trägerverein GKS e.V. aufgelöst werden und sogar mittelfristig der FGKS überflüssig werden, wenn die Regelungen für Mitgliedschaft die ehemaligen Soldaten auffänge und eine Beitragspflicht die Gewinnung komplementärer Finanzmittel erlaube.

Auf der anderen Seite standen die Befürworter der Dreier-Gliederung. Sie fürchteten um die Bundeskonferenzen, die dann zu Jahreshauptversammlungen des Vereins würden und damit anstatt spirituelle Nahrung zu bieten, in Vereinsmeierei abgleiten könnten.

Einen Vorgeschmack auf solche Zustände erhielten die Delegierten der Bundeskonferenz 2009 in Hamburg. Die neue Ordnung zu der auf dem Wege der Änderungsanträge ein kompletter Gegenentwurf im Sinne einer Vereinsatzung eingebracht worden war, konnte nicht beschlossen werden. Das Abstimmungsverfahren uferete in Sach- aber auch Verfahrensdebatten aus und wurde ergebnislos abgebrochen. Entsprechend frustriert reisten die Delegierten nach Hause.

Militärgeneralvikar Apostolischer Protonotar Walter Wakenhut sprach bei der nächsten Bundesvorstandssitzung dem Bundesvorstand Mut zu und regte eine Außerordentliche Bundeskonferenz mit einem einzigen Tagesordnungspunkt, eben der neuen Ordnung, für den Juni 2010 an.

Diese Außerordentliche Bundeskonferenz hat nun am 12. Juni in Fulda die neue Ordnung einstimmig bei nur einer Enthaltung beschlossen. Die Wahlordnung erhielt ausnahmslose Zustimmung.

¹ Dokumentiert in AUFTRAG 256

Die 39 Änderungsanträge zur Ordnung und die vier Anträge zur Wahlordnung haben zwar gegenüber den Entwürfen und den Beschlussempfehlungen der Antragskommission noch Änderungen eingebracht, aber die Grundstruktur ist nun bestätigt:

- die GKS bleibt auch von ihrer Ordnung her eine Gemeinschaft und wird kein rechtsfähiger Verein,
- die Mitgliedschaft ist sehr weit gefasst und ermöglicht allen, die auf der Suche nach den ethischen Grundlagen ihres Berufes und nach dem Sinn des Lebens sind die Mitgliedschaft, soweit sie sich zu den Zielen und Aufgaben der Gemeinschaft bekennen, erklären und entsprechend handeln,
- die schriftliche Erklärung der Mitgliedschaft wird unverzichtbar,
- ein Mitgliedsbeitrag wird auch künftig nicht erhoben. Lediglich diejenigen, die nicht zum Jurisdiktionsbereich des Katholischen Militärbischof für die Deutsche Bundeswehr gehören, müssen zugleich Mitglied im Förderkreis, also im FGKS sein,
- die Gremien Bundeskonferenz, Bundesvorstand und Geschäftsführender Bundesvorstand bleiben wie im Ordnungsentwurf in der „großen“ Zusammensetzung. Zum Stimmrecht und aktiven / passiven Wahlrecht sind tragfähige Lösungen gefunden, die sowohl die Führung der Gemeinschaft durch aktive katholische Soldaten sicherstellt, als auch die Rechtsstellung der Familienangehörigen klar regelt.

Als nächster Schritt wird daher das Formular der Beitrittserklärung neu zu gestalten sein, bei dem die Familienangehörigen mit dem vollendeten 14. Lebensjahr ihren Beitritt jeweils selbst erklären müssen und jedes Mitglied auch eine Einwilligung zum Datenschutz unterzeichnen muss.

Das Zusammenwirken von GKS als Katholischer Verband, GKS e.V. als dem in der Mitgliederanzahl beschränkten Trägerverein und dem Förderkreis, also dem FGKS wird im folgenden Abschnitt nochmals kurz erläutert.

Die GKS existiert in drei Rechtsformen. Wer steht für was?

Die GKS tritt unter drei verschiedenen Bezeichnungen, mit zwei unterschiedlichen „Labeln“ auf (siehe Bild 1)

Zum einen als der katholische Verband im Jurisdiktionsbereich des Katholischen Militärbischofs.

Der Förderkreis zum zweiten bietet neben dem Erschließen komplementärer Finanzmittel die Möglichkeit der gleichberechtigten Integration der Ehemaligen und anderer Personen außerhalb des Jurisdiktionsbereiches. Daher ist in der neuen Ordnung der GKS festgelegt, dass die GKS zwar keinen Beitrag erhebt, aber Personen außerhalb des Jurisdiktionsbereichs nur dann Mitglied werden können, wenn sie auch (im beitragspflichtigen) FGKS Mitglied sind.

Der GKS e.V. schließlich ist als drittes ein in der Mitgliederanzahl beschränkter Trägerverein, der als juristische Person das Haftungsrisiko der handelnden Vorstandsmitglieder auf das Vereinsvermögen beschränkt und die persönliche Haftung weitestgehend ausschließt.

Er war wegen des Votums von 2004 in Lingen notwendig geworden, da ansonsten die Verantwortlichen weiterhin mit ihrem Privatvermögen haften würden.

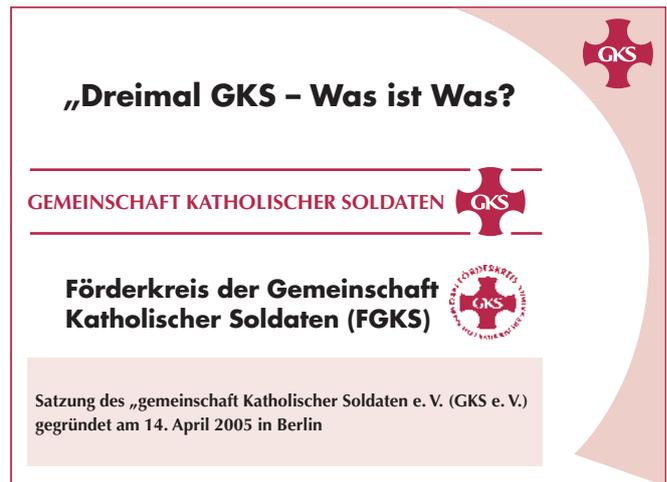


Bild 1: Die dreifache GKS

Die Meilensteine vom KOK (Königsteiner Offizierkreis) zur GKS

1. 17. März 1961 Königsteiner Grundsätze
2. 15. Juli 1961 Ordnung des KOK
3. 19. März 1970 Konstituierung der GKS (Öffnung für alle Dienstgrade)

(siehe Bild 2)

Insbesondere die Herausforderung, ehemalige Soldaten und ihre Familien, aber auch Nicht-Katholiken in die GKS integrieren zu können, aber auch die Erschließung

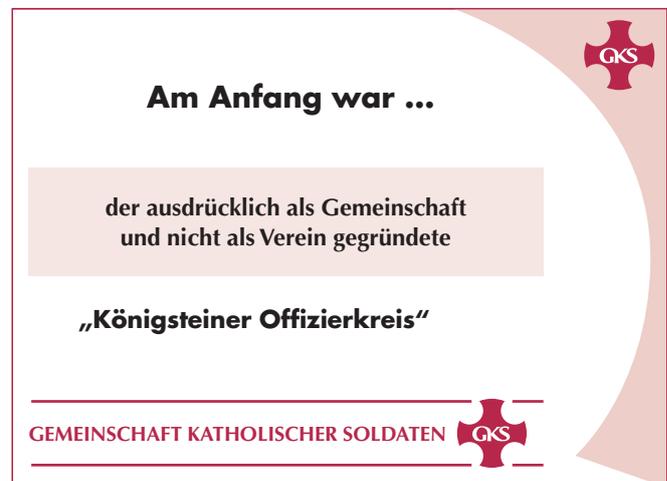


Bild 2: der Anfang

komplementärer Finanzmittel, führten 1997 zur Gründung des Förderkreises. (siehe Bild 3)

Die Verwaltung der Mitgliedsbeiträge, das Ziel der anerkannten Gemeinnützigkeit und der steuerlichen Abzugsfähigkeit von Spenden führten zwangsläufig zur Rechtsform der juristischen Person eines eingetragenen Vereins und die Anerkennung seiner Gemeinnützigkeit.

Mit der jetzt verabschiedeten Ordnung hat sich die GKS soweit geöffnet, dass allen Mitgliedern des FGKS auch die Mitgliedschaft in der GKS offensteht, soweit sie auf der Suche nach den ethischen Grundlagen ihres Berufes und nach dem Sinn des Lebens sind und sich zu den Zielen

Warum FGKS?

- ✗ Im Kern nur für Personen innerhalb des Jurisdiktionsbereichs
- ✗ keine Mitgliedsbeiträge

führte zum

✓ formale Mitgliedschaft incl. Beitrag
✓ ist offen für alle Personen, auch außerhalb des Jurisdiktionsbereichs

Bild 3: der Förderkreis der Gemeinschaft Katholischer Soldaten

Warum GKS e.V.?

- ✗ Vorstand haftet persönlich für das Finanzgebahren
- ✗ Gemeinnützigkeit nur als e. V.
- ✗ Basis votiert in Lingen gegen Umwandlung in einen e. V.

führte zur Bildung /Gründung

Satzung des „Gemeinschaft Katholischer Soldaten e. V. (GKS e. V.), gegründet am 14. April 2005 in Berlin

ZIEL: ✓ beschränkter Trägerverein als juristische Person
✓ gemeinnützig und haftungsbeschränkend

Bild 4: Entstehung des GKS e.V.

und Aufgaben der Gemeinschaft bekennen, erklären und entsprechend handeln.

Damit wird der „Verwaltungskram“ in den e.V. verlagert (siehe Bild 4), die Gemeinschaft Katholischer Soldaten kann sich in allen Ebenen und Gremien, insbesondere auf ihren Bundeskonferenzen den spirituellen Themen widmen und verwirklicht damit einen Appell der Deutschen Bischöfe zu der „Stellung der Verbände in der Kirche“², die am 07.03.1990 in Augsburg erklärten:

„Vielleicht wird auch in den katholischen Verbänden heute zuviel verwaltet und zuwenig geführt und persönliche Lebensorientierung gegeben. Verwaltung und Führung sind beide wichtig. Verwalter machen die Dinge richtig, Führende tun die richtigen Dinge. In der Zeit eines gesellschaftlichen und kirchlichen Umbruchs halten wir es für entscheidend, dass sich die Verbände wieder verstärkt auf ihre Führungsaufgaben besinnen und, wenn nötig, ihre Richtung neu bestimmen und formulieren“. □

2 <http://www.dbk.de/fileadmin/redaktion/veroeffentlichungen/deutsche-bischoefe/DB45.pdf>

Dokumentation

Die Vatikan-Erklärung zur „Causa Mixa“ im Wortlaut

Der ehemalige Augsburger Bischof Walter Mixa (69) ist am 1. Juli von Papst Benedikt XVI. in Audienz empfangen worden. Im Anschluss veröffentlichte das vatikanische Presseamt eine Erklärung, die AUFTRAG in der von der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA) veröffentlichten Originalfassung dokumentiert:

Der Heilige Vater hat am 1. Juli 2010 den emeritierten Bischof von Augsburg Monsignore Walter Mixa in Audienz empfangen. Der Papst hatte mit Schreiben vom 4. Mai 2010 der Bitte des Bischofs um Entpflichtung von seinen Ämtern als Oberhirte der Diözese Augsburg und als deutscher Militärbischof entsprochen; die Endgültigkeit dieser Entscheidung wurde in der Audienz nochmals bestätigt. Bischof Mixa wird sich zu einer Zeit des Schweigens, der Sammlung und des Gebets zurückziehen und nach einer Periode der Heilungen und der Versöhnung wie andere emeritierte Bischöfe für Aufgaben der Seelsorge im Einvernehmen mit seinem Nachfolger zur Verfügung stehen.

Bischof Mixa hat betont, dass er seinen bischöflichen Dienst immer gern und gewissenhaft zu erfüllen sich mühte. Er hat aber auch in aller Ehrlichkeit und Demut sein Bekenntnis bekräftigt, dass er Fehler und Irrtümer begangen hat, die zu einem Vertrauensverlust führten und den Rücktritt unvermeidlich werden ließen. Er hat erneut für all seine Fehler um Verzeihung gebeten, bittet aber zu Recht auch darum, dass man über seinen Fehlern das Gute, das er getan hat, nicht ganz vergessen möge.

Der Heilige Vater hat die Hoffnung ausgedrückt, dass die Vergebungsbitte auf offene Ohren und Herzen stoße. Nach einer Zeit oft maßloser Polemik wünscht er sich Versöhnung, ein neues Sich-Annehmen in der Gesinnung der Barmherzigkeit des Herrn und im gläubigen Sich-Anvertrauen an seine Führung. Er bittet vor allem auch die Mitbrüder im bischöflichen Amt, Bischof Mixa mehr als bisher ihre freundschaftliche Nähe, ihr Verstehen und ihre Hilfe zur Findung der rechten Wege spüren zu lassen.

Alle Gläubigen der Diözese Augsburg bittet der Papst, neu aufeinander zuzugehen und den Bischof offenen Herzens anzunehmen, den er als Nachfolger von Bischof Mixa bestellen wird. Die Welt wartet in einer Zeit der Gegensätze und der Unsicherheit auf das gemeinsame Zeugnis der Christen, das sie von ihrer Begegnung mit dem auferstandenen Herrn her zu geben vermögen und in dem sie einander wie der ganzen Gesellschaft helfen, den rechten Weg in die Zukunft zu finden. □



Das Kreuz der GKS

Das »Kreuz der GKS« ist das Symbol der Gemeinschaft Katholischer Soldaten. Vier Kreise als Symbol für die GKS-Kreise an der Basis formen in einem größeren Kreis, der wiederum die Gemeinschaft versinnbildlicht, ein Kreuz, unter dem sich katholische Soldaten versammeln.

Der Königsteiner Engel

Der »siebte Engel mit der siebten Posaune« (Offb 11,15–19) ist der Bote der Hoffnung, der die uneingeschränkte Herrschaft Gottes ankündigt. Dieser apokalyptische Engel am Haus der Begegnung in Königstein/Ts., dem Gründungsort des Königsteiner Offizierkreises (KOK), ist heute noch das Traditionszeichen der GKS, das die katholische Laienarbeit in der Militärseelsorge seit mehr als 40 Jahren begleitet.



Impressum

AUFTRAG ist das Organ der GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN (GKS) und erscheint viermal im Jahr.

Hrsg.: GKS, Am Weidendamm 2,
10117 Berlin
www.katholische-soldaten.de

Redaktion: verantwortlicher Redakteur
Bertram Bastian (BB),
Paul Schulz (PS), Oberstlt a.D., Redakteur,
Klaus Brandt (bt), Oberstlt a.D., Redakteur
Rainer Zink (RZ), Oberstlt a.D., Redakteur

Zuschriften: Redaktion AUFTRAG
c/o Bertram Bastian,
Alter Heerweg 104, 53123 Bonn,
Tel: 0177-7054965, Fax: 0228-6199164,
E-Mail: redaktion-auftrag@kath-soldaten.de

Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Namensartikel werden allein vom Verfasser verantwortet. Nicht immer sind bei Nachdrucken die Inhaber von Rechten feststellbar oder erreichbar. In solchen Ausnahmefällen verpflichtet sich der Herausgeber, nachträglich geltend gemachte rechtmäßige Ansprüche nach den üblichen Honorarsätzen zu vergüten.

Druck: Verlag Haus Altenberg GmbH,
Carl-Mosterts-Platz 1, 40477 Düsseldorf.
Überweisungen und Spenden an:
GKS e.V. Berlin, Pax Bank eG Köln,
BLZ: 370 601 93, Konto-Nr.: 1 017 495 018.

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe. Nachbestellung gegen eine Schutzgebühr von EUR 10,- an den ausliefernden Verlag.

ISSN 1866-0843